

Östliche
Untergrundarbeit
gegen
Westberlin

DENKSCHRIFT
Östliche Untergrundarbeit
gegen Westberlin

Stand: 15. April 1959

Herausgegeben vom
Senator für Inneres
Berlin-Wilmersdorf
Fehrbelliner Platz 2

ERSTER TEIL

*Die Tätigkeit staatlicher Stellen
mit geheimdienstlichen Aufgaben*

A. Organisation, Aufgaben und Tätigkeit der gegen Westberlin arbeitenden Nachrichtendienste	7
I. Organisation und Aufgaben der Dienste	7
1. Das Ministerium für Staatssicherheit	7
2. Die „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA)	8
3. Die Verwaltung für Koordinierung (VfK)	11
4. Die Aufklärungsabteilung der sowjetzonalen Grenzpolizei	12
5. Die sowjetischen Nachrichtendienste	15
6. Die übrigen Satelliten-Nachrichtendienste	15
7. Die Zusammenarbeit der Dienste	16
II. Die Tätigkeit der Dienste	16
1. Erkundungsziele	16
2. Agentenwerbung durch Androhung von Repressalien	20
3. Agentenwerbung unter Einschaltung von Tarneinrichtungen und sonstigen Mitteln der Irreführung	21
4. Menschenraub	25
5. Zersetzung	26
B. Rechtskräftige Verurteilung wegen Landesverrats oder landesverräterischer Beziehungen	28
C. Versuche, Angehörige des öffentlichen Dienstes von Berlin zu landesverräterischen Beziehungen zu verleiten	31

ZWEITER TEIL

Die Infiltrationstätigkeit gegen Westberlin

A. Wesen und Ziel der kommunistischen Infiltrationstätigkeit	33
B. Methoden der Infiltrationstätigkeit	33
I. Der Delegationsaustausch	33
II. Die „Betreuung“ der privaten Besucher in der Sowjetzone	34
III. Die gesamtdeutschen Veranstaltungen	34
IV. Die Briefaktionen	34
V. Die Unterwanderung legaler Organisationen	37
VI. Der Aufbau von Tarnorganisationen	37
VII. Die Agitationstätigkeit	38
C. Die zentrale Steuerung der Infiltrationstätigkeit	38
I. Das Politbüro des ZK der SED — ZK der KPD	38
II. Arbeitsbüro des ZK der SED	41
III. Abteilung Gesamtberliner Arbeit der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED	41
IV. Abteilungen für Gesamtdeutsche Arbeit	42
D. Die Träger der Infiltrationstätigkeit, ihre speziellen Aufgaben und ihre Arbeitsweise	42
I. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	42
1. Die Kreisorganisationen in Westberlin	42
2. Die Kreisorganisationen im Sowjetsektor von Berlin	46
3. Die Pressearbeit der Berliner Parteiorganisation	49

II. Die Massenorganisationen	53
1. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)	53
— Büro für Deutsche Gewerkschaftseinheit —	53
2. Freie Deutsche Jugend (FDJ)	
— Abteilung für gesamtdeutsche Arbeit des Zentralrates der FDJ —	58
3. Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	62
— Demokratischer Frauenbund Berlin —	62
— Abteilung für gesamtdeutsche Arbeit des DFD —	62
4. Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)	65
— Abteilung für gesamtdeutsche Fragen des Zentralvorstandes der DSF —	65
— Abteilung für Gesamtberliner Arbeit —	65
5. Deutscher Kulturbund (DKB)	66
— Abteilung für gesamtdeutsche Arbeit —	66
— Der Deutsche Kulturtag —	66
6. Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB)	66
III. Die Tarnorganisationen	69
1. Die Infiltration der Friedensbewegung	69
— Verlag und Redaktion „SOS“ —	69
— LV Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) —	69
— Westberliner Friedenskartell —	70
2. Die Infiltration auf dem Gebiet der Schule und Erziehung	70
— Großberliner Schulausschuß —	70
— Pestalozzibund —	70
— Gemeinschaft gegen Schund und Schmutz —	73
3. Die Infiltration auf kulturellem Gebiet	73
— Schutzverband Deutscher Autoren —	73
— Großberliner Komitee der Kulturschaffenden —	73
— Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst (StAG) —	74
— Gesellschaft der Bücherfreunde — Kulturbund Wedding —	77
— Künstlerkreis Wilmersdorf — Berliner Kunstgemeinschaft —	77
— Interessengemeinschaft Theater und Kunst —	77
4. Die Infiltration auf wirtschaftlichem Gebiet	77
— Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels —	77
— Nationale Mittelstandspartei Deutschlands (NMD) —	78

IV. Die Nationale Front und die sogenannten bürgerlichen Parteien	78
1. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland	78
— Das Arbeitsgebiet 10 — Die Abteilung IV —	81
— Ausschuß der NF des demokratischen Deutschland der Hauptstadt Berlin —	81
2. Die sogenannten bürgerlichen Parteien	82
— Die LDPD — Die NDPD — Die Ost-CDU —	82
V. Der sowjetzonale Staatsapparat	85
1. Die örtlichen Organe des Staatsapparates und die sogenannten Volksvertretungen	85
— Der Deutsche Städte- und Gemeindetag der DDR —	85
— Abteilungen „Innere Angelegenheiten“ —	85
2. Die Deutsche Volkspolizei	85
3. Der Ausschuß für deutsche Einheit	86
4. Das Staatliche Rundfunkkomitee	86
— „Büro Berliner Rundfunk“ —	86
5. Das Ministerium für Nationale Verteidigung	89
E. Umfang und Finanzierung der Infiltrationstätigkeit	89
Verzeichnis der Abbildungen	95
Verzeichnis der Abkürzungen	95
Anlagen	96

Die Tätigkeit staatlicher Stellen mit geheimdienstlichen Aufgaben

A. Organisation, Aufgaben und Tätigkeit der gegen Westberlin arbeitenden Nachrichtendienste

Bei Betrachtung der nachrichtendienstlich gegen Westberlin wirkenden Einrichtungen sind zwei Gruppen zu erkennen, und zwar:

1. die nachrichtendienstlichen Organisationen, deren unmittelbares Aufklärungsinteresse gegen Westberlin gerichtet ist, und
2. diejenigen Dienste, für die der Berliner Raum vorwiegend Operationsbasis ihrer gegen die Bundesrepublik gerichteten Tätigkeit ist.

Zur ersten Gruppe gehören die sowjetischen und die sowjetzonalen Dienste. Nach der Größe der Apparate und der von ihnen entfalteten Aktivität kommt den letzteren eine überragende Bedeutung zu.

Die zweite Gruppe wird von den Nachrichtendiensten der östlichen Satelliten-Staaten gebildet. Sie unterhalten entsprechend der sowjetischen Übung innerhalb ihrer diplomatischen Vertretungen oder an diese angelehnt in Ostberlin Führungsköpfe, mit deren Hilfe sie Auslands-espionage betreiben.

I. Organisation und Aufgaben der Dienste

Die sowjetzonalen Nachrichtendienste sind:

das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit der „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA);

die Verwaltung für Koordinierung (VfK); das ist der Nachrichtendienst des sowjetzonalen Ministeriums für „Nationale Verteidigung“;

die Aufklärungsabteilung der sowjetzonalen Grenzpolizei.

1. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Das durch Gesetz vom 8. Februar 1950 gebildete Ministerium für Staatssicherheit hat Schutz- und Informationsfunktionen. Es vereinigt in sich den Auslandsnachrichtendienst und den Sicherheitsdienst. Es verfügt über Verwaltungsstellen in den Bezirksstädten (Bezirksverwaltungen), in Kreis- und kreisfreien Städten (Kreisdienststellen) und in Schwerpunktbetrieben der volkseigenen Industrie. Die Gesamtorganisation ist militärisch aufgebaut und wird zentral geleitet. Sie ist verantwortlich für den inneren Staatsschutz. Das MfS ist Exekutivbehörde. Seine Machtbefugnis wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß es von der Volkspolizei jeden Vorgang politischen Inhalts an sich ziehen kann und gegenüber den anderen Nachrichtendiensten eine gewisse Vorrangstellung einnimmt. Bei einem Gesamtpersonalbestand des MfS von rund 13 000 Offizieren, Unteroffizieren und Angestellten verfügt die Zentrale in Ostberlin allein über eine Personalstärke von rund 1450 hauptamtlichen Mitarbeitern.

Der Auslandsnachrichtendienst, wahrgenommen von der „Hauptverwaltung Aufklärung“, und die Organe für innere Sicherheit, im Volksmund gewöhnlich mit „SSD“ bezeichnet, sind fachlich und räumlich voneinander getrennt.

Das Ministerium für Staatssicherheit, das seinen Sitz in Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 22, hat, ist wie folgt gegliedert (siehe Abbildung 1):

Leitung

Der Minister für Staatssicherheit (zur Zeit Generalleutnant Erich MIELKE) hat vier Stellvertreter für beratende und koordinierende Aufgaben.

Operative Abteilungen

Der *Hauptabteilung I* (Leiter: Oberst Karl KLEINJUNG) obliegt die Sicherheit der Nationalen Volksarmee, der Grenzpolizei und der Bereitschaftspolizei. Diese Hauptabteilung wirkt auch in den Westberliner Raum hinein, weil sie hier im Rahmen ihrer Abwehrfunktionen persönliche und nachrichtendienstliche Kontakte untersucht und bemüht ist, nach Westberlin desertierte Angehörige der bewaffneten Kräfte in die Sowjetzone zurückzuholen. Zahlreiche Aufträge, nach dem Verbleib von Deserteuren in den Berliner Notaufnahmелagern zu forschen, sind wahrscheinlich auf die Tätigkeit der Hauptabteilung I zurückzuführen.

Die *Hauptabteilung II* (Leiter: Oberst Josef KIEPEL) ist mit der Spionageabwehr betraut. Die Aufgabe dieser Hauptabteilung liegt in der Abwehr westlicher Spionagetätigkeit in der Sowjetzone. Daneben ist ihr — wenn auch in beschränktem Umfang — ein Informationscharakter geblieben, da diese Hauptabteilung im Frühjahr 1953 als eigentliche „West-Abteilung“, also als Abteilung für Nachrichten-Beschaffung, gebildet wurde. Ende März 1953 wurde sie jedoch mit der damaligen Hauptabteilung IV (Spionageabwehr) vereinigt, seitdem übt sie eine Doppelfunktion aus. Diese Zweigleisigkeit ist erhalten geblieben, obwohl die „Hauptverwaltung Aufklärung“ in vollem Umfang den Auslandsnachrichtendienst übernommen hat.

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Hauptabteilung II liegt in der Abwehraufgabe, die mit ihrem offensiven Teil für Westberlin bedeutungsvoll ist, denn mit Hilfe „umgedrehter“ oder eigens für diesen Zweck geworbener Agenten versucht sie, in westliche Informations-Organen einzudringen.

Der **Hauptabteilung III** (Leiter: Oberst Artur HOFFMANN) ist die Sicherung der sowjetzonalen Wirtschaft, und zwar der Leichtindustrie, Landwirtschaft, Banken, Kreditinstitute und Handels- und Versorgungseinrichtungen, aufgetragen.

Auch durch die Tätigkeit dieser Hauptabteilung werden Westberliner Belange berührt. Sie trachtet nämlich danach, West-Ost-Handelsbeziehungen nachrichtendienstlichen Zwecken nutzbar zu machen und geeignet erscheinende Geschäftspartner für Spionagezwecke einzusetzen.

Eine **Hauptabteilung IV**, beauftragt mit der Spionageabwehr, hat bis Ende März 1953 bestanden. Sie wurde aufgelöst und ist seitdem nicht mehr aufgetreten (siehe auch HA II).

Die **Hauptabteilung V** beschäftigt sich mit allen politischen, religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen und Gruppen, die in Verdacht geraten, eine politische Gegnerschaft zum SBZ-Regime zu entwickeln.

Sie wirkt in besonders aktiver Weise über die Grenzen der SBZ hinaus, auch nach Westberlin hinein, indem sie mit Mitteln der Gegenspionage unter anderem auch in die Büros der demokratischen Parteien, den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen, Emigrantenorganisationen sowie Flüchtlings- und Soldatenverbände einzudringen versucht. Von ihr werden Verschleppungsaktionen und Karteidiebstähle vorbereitet und gelenkt.

Die **Hauptabteilung VI** (Leiter: Oberstleutnant Eduard SWITALLA) ist für die Sicherheit der sowjetzonalen Schwer- und Rüstungsindustrie einschließlich der Einrichtungen der wissenschaftlichen und technischen Forschung zuständig.

Die **Hauptabteilung VII** (Leiter: Oberstleutnant Robert SCHINDLER) ist für die Sicherheit der Volkspolizei verantwortlich. Als Nebenfunktion hat sie die Aufgabe, in die Westberliner und westdeutsche Polizei einzudringen.

Die **Hauptabteilung XIII** (Leiter: Oberst Artur PACZINSKI) sichert das Verkehrswesen. Sie überwacht Eisenbahn, Schifffahrt, Luftfahrt, ferner den gesamten Reiseverkehr.

Die **Hauptabteilung PS** (Leiter: Oberst Franz GOLD) — Personenschutz — ist für die Sicherheit der Staats- und Parteifunktionäre verantwortlich.

Hauptabteilungen mit unterstützenden Funktionen

Hauptabteilung VIII: (Leiter: Oberst Rudolf GUTSCHE) Beobachtungen, Ermittlungen, Festnahmen. Die Beobachtungen und Ermittlungen erstrecken sich auch auf Westberlin.

Hauptabteilung IX: (Leiter: Oberstleutnant Rudolf GEBHARDT) Vernehmungen und Untersuchungen.

Hauptabteilung X: Verbindung zu Nachrichtendiensten der Länder des Warschauer Paktes.

Hauptabteilung XI: (Leiter: Major KOPPLER) Chiffrierwesen.

Hauptabteilung XII: (Leiter: Oberstleutnant Paul KARROOS) Kartei, Aktenverwaltung.

Hauptabteilung M: (Leiter: Oberst SCHLEWICKE) Postüberwachung.

Die Tätigkeit dieser Hauptabteilung ist nicht nur darauf gerichtet, im Auftrage der operativen Abteilungen die Post verdächtiger Personen zu überwachen, sondern auch durch möglichst umfassende Kontrolle der von West nach Ost fließenden Post Hinweise auf nachrichtendienstliche Anbahnungsmöglichkeiten und Anschriften westdeutscher und Westberliner Bürger zu gewinnen.

Hauptabteilung K: (Leiter: Major Rudi WEBER) Kriminaltechnik.

Hauptabteilung O: (Leiter: Major Adolf VIEHMANN) Einsatz technischer Mittel, Telefon-Überwachung, Einbau von Abhóranlagen.

Administrative und sonstige Hauptabteilungen

Hauptabteilung K und S: (Leiter: Oberst Richard WICHERT) Kader und Schulung.

Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft (Leiter: Oberst Walter MUNDT).

Folgende weitere Einrichtungen des Ministeriums für Staatssicherheit befinden sich in Berlin:

Die **Bezirksverwaltung Groß-Berlin** mit einer Personalstärke von rund 220 Offizieren, Unteroffizieren und Angestellten. Die Bezirksverwaltung (BV) ist in einem geschlossenen Gebäudekomplex, begrenzt durch Prenzlauer Allee, Nordmarkstraße, Diesterwegstraße und Stargarder Straße, untergebracht.

In jedem Stadtbezirk des Sowjetsektors besteht ferner eine sogenannte Kreisverwaltung (KV). Die Kreisverwaltungen haben je eine Durchschnittsstärke von 20 bis 30 hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Kreisverwaltungen unterhalten sogenannte Außendienststellen oder operative Stützpunkte, die in allen größeren volkseigenen Betrieben eingerichtet sind:

Kreisverwaltung I	Friedrichshain
Kreisverwaltung II	Köpenick
Kreisverwaltung III	Lichtenberg
Kreisverwaltung IV	Mitte
Kreisverwaltung V	Pankow
Kreisverwaltung VI	Prenzlauer Berg
Kreisverwaltung VII	Treptow
Kreisverwaltung VIII	Weißensee

2. Die „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA)

Die „Hauptverwaltung Aufklärung“ ist aus dem „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) — unabhängig vom MFS — hervorgegangen. Es hatte seinerseits Vorläufer in verschiedenen nachrichtendienstlichen „Apparaten“ („Haid-Apparat“, „Stoph-Apparat“), die bereits in den Jahren 1948/49 vom Zentralkomitee der SED gebildet und mit politischen bzw. wirtschaftlichen

Partelleitung
SEDSowjetischer
BeraterHVA (Hauptverwal-
tung Aufklärung)Stellvertreter
OperativStellvertreter
OperativStellvertreter
AllgemeinStellvertreter
AdministrationHA I
Schutz der
StreitkräfteHA VI
Schwer- u. Rüstungs-
industrie, Wissen-
schaft u. ForschungHA X
Verbindung mit
anderen östlichen
NachrichtendienstenHA XIV
HaftanstaltenHA
Wirtschaft und
Verwaltung

Planung u.
Beschaffung
Finanzen
Sozialwesen
Versorgung.
Beworratung
Konstruktion,
Instandhaltung
Unterkunft,
Grundbesitz
Kraftfahrz.-
Park, Fahrer
Vermittlung,
Postverteilung
Kurierdienst
Nachrichten-
gerät, Waffen
Photografische
Einrichtungen

HA II
Spionage-
AbwehrHA VII
Sicherheit der
VolkepolizeiHA XI
ChiffrierwesenHA PS
PersonenschutzHA O
Einsatz technischer
MittelHA III
Industrie,
Wirtschaft,
LandwirtschaftHA VIII
Beobachtungen,
Ermittlungen,
FestnahmenHA XII
Kartell,
AktenverwaltungHA
InformationHA K
Kriminal-
technikHA V
Politischer
Untergrund, öffentl.
EinrichtungenHA IX
Vernehmungen,
UntersuchungenHA XIII
VerkehrHA M
Postüber-
wachungHA K u. S
Kader und Schulung

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT [MfS]

OHNE HVA

Informationsaufgaben betraut worden waren. Das IWF war jedoch im Gegensatz zu seinen Vorläufern ein voll entwickelter und nach allen Regeln der Konspiration arbeitender geheimer Nachrichtendienst, dem es gelang, besonders in der Bundesrepublik Agenten anzuwerben. Er trat seit dem Frühjahr 1953 nicht mehr in Erscheinung. Als im Jahre 1955 die Hauptabteilung XV des MfS bekannt wurde, zeigte sich an der personellen Besetzung und an der Arbeitsweise, daß man es hier mit einer Nachfolgeorganisation des IWF zu tun hatte.

Im Spätfrihjahr 1956 wurde die Hauptabteilung XV in „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) umbenannt und ohne administrative Verknüpfung mit den übrigen Dienststellen des MfS dem Minister für Staatssicherheit unmittelbar unterstellt. Inzwischen hat sich die HVA zu einem Apparat entwickelt, der über rund 800 Mitarbeiter verfügt. Ihr Leiter ist der Generalmajor Markus WOLF, sein Stellvertreter der Generalmajor Hans FRUCK.

Die Ernennung FRUCKS zum stellvertretenden Leiter der HVA hat für Westberlin deshalb besondere Bedeutung, weil er zuvor die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des MfS und in ihr die Abteilung XV leitete. Dieser Abteilung ist als Aufklärungsraum Westberlin zugewiesen.

Die HVA, die ihren Sitz in Berlin-Johannisthal, Groß-Berliner Damm, hat, ist wie folgt gegliedert:

Hauptabteilung I:

Politische Spionage, Aufklärung politischer Einrichtungen wie Parlament, Regierung, Parteispitzen.

Hauptabteilung II:

Militärische Spionage. Aufklärung der westdeutschen Bundeswehr sowie der in der Bundesrepublik und in Westberlin stationierten alliierten Truppen, Eindringen in alliierte diplomatische Vertretungen und Bearbeitung der skandinavischen Länder und Österreichs. (Die Aufgaben der HA II überschneiden sich zur Zeit noch mit einem Teil der Aufgaben der Verwaltung für Koordinierung.)

Hauptabteilung IV:

Wirtschaftsspionage. Bundesministerium für Wirtschaft, Schwerindustrie, Rüstungsindustrie, chemische Industrie, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Hauptabteilung V:

Psychologische Kriegsführung. Eine ihrer Tätigkeiten ist besonders darauf gerichtet, Spannungen zwischen deutschen und alliierten Stellen aufzuspüren und zu schüren.

Hauptabteilung VI:

Nachrichtendienstliches Verbindungswesen wie: Agentenfunk, Agentenschleusungen, Herstellung und Einsatz von geheimen Verbringsmitteln.

Hauptabteilung VII:

Wahrscheinlich nachrichtendienstliche Forschung.

Hauptabteilung VIII:

Beobachtungen und Ermittlungen in Westberlin und in der Bundesrepublik.

Hauptabteilung R:

Zentrale Registratur, Kartell.

Selbständiges Referat C:

Chiffrierwesen.

Hauptabteilung Allgemeine Verwaltung und Wirtschaft.

Die HVA hat eine eigene Schule mit Sitz in Gransee. Auf ihr wird in Ein-Jahres-Lehrgängen der Nachwuchs für den Apparat und den nachrichtendienstlichen Einsatz herangebildet.

3. Die Verwaltung für Koordinierung (VfK)

Der militärische Nachrichtendienst der Sowjetzone besteht seit 1952. Er ist also schon zu einer Zeit aufgebaut worden, als die damalige kasernierte Volkspolizei, die Vorläuferin der „Nationalen Volksarmee“, im Entstehen war. Er hieß zuerst „Allgemeine Verwaltung“ des Ministeriums des Innern, dann „Verwaltung 19“ des Ministeriums für Nationale Verteidigung und trägt seit 1958 die Bezeichnung „Verwaltung für Koordinierung“ (VfK). Die VfK hat ihren Sitz in Berlin-Grünau, Regattastraße 25-29. Leiter der VfK ist Oberst Willi SÄGEBRECHT. Über die Aufgaben der VfK geben die in Abbildung 2 wiedergegebenen Aufzeichnungen des früheren Leiters der VfK, Generalmajor Karl LINKE, Aufschluß. (siehe Abbildung 2)

Hauptabteilung A: Sammlung von Nachrichten über westdeutsche uniformierte Dienste, die Bundeswehr, militärische Versorgungseinrichtungen und den zivilen Luftschutz. Diese Aufgaben werden von den nachstehenden Abteilungen wahrgenommen (siehe Abbildung 3):

Abteilung A/1: Bundesministerium für Verteidigung, Landstreitkräfte der Bundeswehr, NATO-Landstreitkräfte in der Bundesrepublik.

Abteilung A/2: Bundesgrenzschutz, uniformierte Kräfte in dem grenznahen Raum in der Bundesrepublik (60-km-Zone), Westberliner Polizei, ziviler Luftschutz.

Abteilung A/3: Versorgungs- und Nachschubeinrichtungen der Bundeswehr und der NATO-Truppen in der Bundesrepublik.

Abteilung A/4: Luftwaffe der Bundeswehr und NATO-Luftstreitkräfte in der Bundesrepublik.

Abteilung A/5: Unterstützung der operativen Hauptabteilungen durch Beschaffung von Unterlagen für den Agenteneinsatz, z. B.: Fahrpläne, Telefon- und Adreßbücher, Stadtpläne, Landkarten mit großem Maßstab, Fahrkarten u. dgl. mehr.

Hauptabteilung C: Sammlung strategischer Nachrichten über militärische NATO-Einrichtungen in Westeuropa einschließlich der Bundesmarine. Die Hauptabteilung bearbeitet die westeuropäischen Länder einschließlich Großbritannien, Frankreich, Österreich, Italien und Spanien, jedoch ohne Portugal, Schweden, Finnland und die Schweiz. Diese Aufgaben werden von den nachstehenden Abteilungen wahrgenommen:

Abteilung C/1: NATO-Landstreitkräfte in Westeuropa.

Abteilung C/2: NATO-Seestreitkräfte einschließlich Bundesmarine.

Abteilung C/3: NATO-Luftstreitkräfte in Westeuropa.

Abteilung C/4: Alliierte Streitkräfte in Westberlin.

Der Hauptabteilung C sind vier sogenannte Operativ-Punkte (OP) unterstellt, die in erster Linie Aufgaben der nachrichtendienstlichen Forschung und Anbahnung erfüllen. Es sind ihnen bestimmte Bezirke in der SBZ zugeteilt, in denen sie nach Möglichkeiten für die Anknüpfung von Westkontakten zu suchen haben.

Die Operativ-Punkte befinden sich in

Erfurt (OPE) für die Bezirke Erfurt, Gera, Suhl;

Leipzig (OPL) für die Bezirke Leipzig, Chemnitz, Kottbus;

Magdeburg (OPM) für die Bezirke Magdeburg und Halle;

Schwerin (OPS) für die Bezirke Schwerin und Rostock.

Hauptabteilung T: Sammlung von Nachrichten über wissenschaftliche und technische Forschungseinrichtungen in Westeuropa einschließlich solcher Ziele in Westdeutschland und Westberlin. Diese Aufgaben werden von den nachstehenden Abteilungen wahrgenommen:

Abteilung T/1: Schwer- und Rüstungsindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau.

Abteilung T/2: Chemische Industrie.

Abteilung T/3: Forschung und Entwicklung, besonders auf dem Gebiet des Waffenwesens.

Hauptabteilung B: Sie wertet alle von der VfK gesammelten Nachrichten und westliche Presseerzeugnisse aus.

Selbständige Abteilung D: Sie stellt die technischen Hilfsmittel für den operativen Einsatz in den Hauptabteilungen bereit.

Die Unterabteilung D/1 befaßt sich mit Fototechnik, fotografischen Geräten und der Bearbeitung von Filmmaterial. Außerdem erledigt sie fotografische Arbeiten für den inneren Dienstbetrieb.

Die Unterabteilung D/2 ist vorwiegend für die Versorgung der operativen Abteilungen mit gefälschten Dokumenten (Pässen, Zeugnissen, Schriftstücken usw.) zuständig. Sie ist ferner mit Herstellung und Druck von Schriften befaßt, die von einer Abteilung der politischen Verwaltung des Verteidigungsministeriums für Zersetzungs- und Konfusionszwecke in Westdeutschland und Westberlin verwendet werden.

Die Unterabteilung D/3 entwickelt Methoden zur Übermittlung geheimer Nachrichten und fertigt die zu diesem Zweck benötigten Geräte und Ausrüstungsstücke an.

Die Unterabteilung D/4 ist ein chemisches Laboratorium, das sich mit der Herstellung von Geheimtinten, dem Sichtbarmachen latenter Schrift und dem Fälschen von Dokumenten befaßt.

Neben diesen Fachabteilungen der VfK gibt es eine Reihe von Verwaltungs- und Wirtschaftsabteilungen, die Aufgaben des inneren Dienstbetriebes wahrnehmen.

Darunter fallen:

Abteilung S: Schulung

Abteilung FI: Finanzwesen

Abteilung Personalwesen

Abteilung Kraftfahrzeugwesen

Abteilung V: Verwaltung

Abteilung X: Chiffrierwesen

Abteilung F: Funkbetrieb. Diese Abteilung verfügt über Hochfrequenzwerkstätten, in denen an der Entwicklung und Herstellung von Agentenfunkgeräten gearbeitet wird.

Die VfK unterhält in Kletitz/Elbe eine *Schule*. Sie ist als „Sprachschule des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ getarnt und bildet das Personal für die VfK in 1½-Jahres-Lehrgängen aus.

Die Gesamtstärke der Verwaltung für Koordinierung einschließlich der Außenstellen beläuft sich auf annähernd 400 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und soll demnächst auf etwa 500 erhöht werden.

4. Die Aufklärungsabteilung der sowjetzonalen Grenzpolizei

Seit 1953 besteht in der sowjetzonalen Grenzpolizei eine Einrichtung, deren Aufgaben sowohl auf die Beschaffung von Informationen aus der Bundesrepublik und Westberlin als auch auf die Sicherung des grenznahen Raumes innerhalb der SBZ gerichtet sind.

Sie wird als „Aufklärungsabteilung der Deutschen Grenzpolizei“ bezeichnet, ist verwaltungsmäßig der Grenzpolizei zugeordnet, fachlich jedoch dem Innenminister unterstellt. Die Zentrale der Aufklärungsabteilung befindet sich im Hauptquartier des Kommandos der Grenzpolizei in Paetz/Königs-Wusterhausen. Leiter der Aufklärungsabteilung ist Oberstleutnant SCHNEIDER. Die Aufklärungsabteilung ist in 4 Abteilungen gegliedert:

Die *Abteilung für Information* hat Auswertungsfunktion, bewertet Agentenberichte und beschafft in Zusammenarbeit mit dem MfS Schulungsmaterial.

Die *Abteilung „West“* betreibt Aufklärung in Westberlin und in einer 50 km tiefen Zone entlang der Zonengrenze im Gebiet der Bundesrepublik. Die Erkundungen beziehen sich hauptsächlich auf alle uniformierten Kräfte, also auch auf die Westberliner Bereitschafts- und Schutzpolizei.

Die *Abteilung „DDR“* beschäftigt sich mit Spionageabwehr in Ostberlin und im grenznahen Raum der Sowjetzone, d.h. innerhalb eines etwa 5 km tiefen Streifens entlang der Zonengrenze und eines 20 km tiefen Streifens entlang der Ostseeküste.

Die *Abteilung „Grenze zu den volksdemokratischen Ländern“* nimmt die Aufgabe der Sicherung der Grenzen in einem 20 km breiten Streifen wahr, sie beobachtet den illegalen Grenzverkehr und hält Verbindung zu den Nachrichten- bzw. Sicherheitsorganen der angrenzenden Satelliten-Staaten.

Neben den beschriebenen Aufgaben arbeiten die in den Grenzbrigaden, Grenzerbereitschaften und Grenzabteilungen eingesetzten Kräfte der Aufklärungsabteilung bei Grenzschleusungen von Agenten und bei der Erkundung

Am selben Tag um 17 Uhr wurde ersten
Besprechung vom Chef der militärischen
Aufklärung der Logistiktruppe empfan-
gen. An der Besprechung nahmen teil:
1. der Chef, Generaloberst Schlemmerko

gen.
Zur 1. Frage: Die Hauptaufgaben des
militärischen Aufklärungsdienstes der
DDR sind: auf die Aufklärung der
Streitkräfte Westdeutschlands und
die dort stationierten Streitkräfte
Amerikas, Englands und Frank-
reichs und das Territorium W.D.
als Kriegsschauplatz
b) Aufklärung der Pläne der
Nato und der Bonner Regierung

d) Erkennung und Ansichten über
die Aufangschritte eines Krieges.

II Frage: In welchen Ländern:
vor allem Westdeutschland,
Zweckmäßig jedoch sind auch
England, Frankreich, Österreich,
Dänemark und für die Türkei.

3) Unsere Quellen sind für beson-
dere Situationen einschließlich
Krieg nicht vorbereitet. Besondere
auf die Zweckmäßigkeit der einsei-
tigen Verbindung hingewiesen.

Wir sehen nun schon jetzt für den
Fall eines Krieges vorbereitet.
Von allzu großer Sparsamkeit
wurde mir abgeraten. Das Geld was
für Aufklärung ausgegeben wird
muss nicht bestimmt bezahlt.

von Schlusswägungen mit der „Hauptverwaltung Aufklärung“ und der „Verwaltung für Koordinierung“ zusammen.

5. Die sowjetischen Nachrichtendienste

Im Zuge der Besetzung Mitteldeutschlands durch die sowjetischen Streitkräfte ließen sich auch die sowjetischen Nachrichtendienste in diesem Gebiet, insbesondere in und um Ostberlin, nieder. Zunächst waren es nur die mit der Sicherung der Streitkräfte beauftragten Teile des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes (KGB) und des Militärischen Abwehrendienstes. Bald nach Beendigung des Krieges folgten aber andere Organisationen, und zwar der im Staatssicherheitsdienst organisierte zivile Auslandsnachrichtendienst, nämlich das jetzige Hauptdirektorat 2 des Komitees für Staatssicherheit und die „Verwaltung 2“ des sowjetischen Generalstabs, bezeichnet als „Verwaltung Aufklärung“ (RU).

Hauptquartier des KGB in der SBZ wurde das St.-Antonius-Hospital im Sperrgebiet Berlin-Karlshorst. Es ist eine vorgeschobene Führungsstelle des KGB. Sie bearbeitet alle wesentlichen Aufgaben, durch die der gesamte Dienst gekennzeichnet ist, und zwar:

- den Auslandsnachrichtendienst,
- die offensive und defensive Spionageabwehr,
- die Bearbeitung der russischen Emigration,
- die nachrichtendienstliche Aufklärung von wissenschaftlichen und technischen Forschungseinrichtungen,
- die persönliche Sicherung der Sowjetbürger in der SBZ,
- die Führung besonders wichtiger Auslandsagenten, eine Aufgabe, die normalerweise der Zentrale vorbehalten ist.

Zu den Aufgaben des KGB gehört auch die Sicherheit der Streitkräfte. Hierfür ist eine vorgeschobene Führungsstelle des Hauptdirektorats 3 des KGB mit Sitz in Potsdam zuständig. Sie enthält eine Abteilung für operative Tätigkeit, die in erster Linie die Aufgabe hat, in Westberlin Kontakte zu westlichen Informationsorganen aufzunehmen.

Zum sowjetischen Auslandsnachrichtendienst gehört eine Abteilung, die den Einsatz sogenannter Berater (Sowjetniks) bei den Satelliten-Diensten lenkt. Eine kürzlich in Karlshorst erfolgte Verabschiedung dieser Berater läßt nicht den sicheren Schluß zu, daß die Sowjets künftig darauf verzichten wollen, die sowjetzonalen Dienste in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es ist durchaus denkbar, daß diese Tatsache im Zusammenhang mit der Berlin-Note einen zusätzlichen Hinweis auf die Entschlossenheit geben soll, die Souveränitätsrechte des SBZ-Regimes zu verstärken.

Das Hauptquartier des *Militärischen Nachrichtendienstes* (RU) liegt in Wündorf bei Berlin und ist ein Teil des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Die RU unterhält ebenso wie die sowjetzonale „Verwaltung für Koordinierung“ Operativpunkte in Erfurt, Leipzig, Magdeburg und Schwerin.

Die Bedeutung Ostberlins für die sowjetischen Nachrichtendienste ergibt sich unter anderem daraus, daß etwa die Hälfte aller von diesen Diensten vorgenommenen Anwerbungen in Ostberlin erfolgt ist. Die sowjetischen Dienste werden auch in Zukunft kaum darauf verzichten, Ostberlin als Ausgangsbasis für den operativen Einsatz gegen Westberlin und die Bundesrepublik zu benutzen. Vorkehrungen, die auf eine Verlegung des

Hauptquartiers in die SBZ hindeuten, dürften aus der politischen Situation erklärbar sein und lediglich temporären Charakter haben.

Die Größe der Apparate der in und um Berlin stationierten sowjetischen Nachrichtendienste vermittelt eine Vorstellung von dem Ausmaß der von dieser Seite gegen die Bundesrepublik und Westberlin gerichteten Operationen. Die vorliegenden Erkenntnisse über die Personalstärken der einzelnen Dienste ergeben folgendes Bild: Das Hauptquartier des KGB in Ostberlin verfügt über etwa 800 Mitarbeiter, von denen rund 250 im operativen Dienst tätig sind; das 3. Hauptdirektorat mit einer Sonderabteilung (OSOBYI OTDEL) über etwa 750 Mitarbeiter und das Hauptquartier der RU in Wündorf über rund 250 Mitarbeiter, von denen mindestens die Hälfte im operativen Dienst arbeitet.

6. Die übrigen Satelliten-Nachrichtendienste

Im Gegensatz zu den sowjetischen und sowjetzonalen Nachrichtendiensten, die ein unmittelbares politisches und nachrichtendienstliches Interesse in Westberlin verfolgen, benutzen die Nachrichtendienste der Satelliten-Staaten Ostberlin in erster Linie als Operativbasis gegen die Bundesrepublik. Ihre bisherigen Ansätze gegen Einrichtungen in Westberlin sind offenbar gering. Berlin hat jedoch auch für diese Dienste besondere Bedeutung. Die Zerteilung der Stadt und die besonderen Verkehrsverhältnisse und Einrichtungen begünstigen die Abwicklung geheimer Treffs und die Reisetätigkeit geheimer Kuriere. In zahlreichen Fällen wurden von den in Ostberlin eingerichteten Führungsstellen Agenten angeworben. Insbesondere haben sich die polnischen, tschechoslowakischen und rumänischen Nachrichtendienste, angelehnt an ihre diplomatischen Vertretungen, in Ostberlin niedergelassen. Die Stärke ihrer Apparate wie auch die Form der Niederlassungen gehen weit über den üblichen Rahmen der übrigen legalen Residenturen* hinaus.

Für Polen und Rumänien, die keine unmittelbaren Grenzen zur Bundesrepublik haben, bietet Berlin günstige Möglichkeiten, Agenten nach dort einzuschleusen. Hierzu zu benutzen die polnischen Dienste auch die Aussiedlung aus dem polnisch verwalteten deutschen Osten. Solche als Aussiedler getarnte Agenten wählen den Umweg über die Sowjetzone, um dann später als Sowjetzonen-Flüchtlinge auftreten zu können.

Auch die tschechoslowakischen Nachrichtendienste unterhalten in Ostberlin verhältnismäßig starke Arbeitsgruppen, obwohl die Tschechoslowakei eine direkte Grenze zur Bundesrepublik hat und außerdem die Führung von Agenten über das neutrale Österreich möglich ist. Der Führungsweg über Berlin wird als der sicherste und leichteste bevorzugt.

Für die übrigen europäischen Satelliten bietet sich Ostberlin als Leitstelle deswegen an, weil die Führung der in der Bundesrepublik oder in Westberlin tätigen Agenten durch die Zentralen dieser Nachrichtendienste zu schwierig ist.

* Eine legale Residentur ist eine nachrichtendienstliche Niederlassung, welche einen legalisierten Aufenthalt in fremdem Hoheitsgebiet dazu benutzt, geheimdienstlich tätig zu werden. Die Abwehrmaßnahmen des Gastlandes werden dadurch erschwert, daß die Angehörigen dieser Apparate diplomatischen Status genießen oder wegen einer ähnlichen Sonderstellung zurückhaltend behandelt werden müssen. In dem eigentlichen diplomatischen Dienst der Auslandsvertretungen der Ostblockstaaten haben die Mitarbeiter der legalen Residenturen im allgemeinen untergeordnete Funktionen.

7. Die Zusammenarbeit der Dienste

Bei der vergleichenden Betrachtung der erkannten Aufträge fällt auf, daß sich Polen und die Tschechoslowakei überwiegend für Gebiete der klassischen Spionage, also insbesondere Verteidigungsfragen, Rüstungswirtschaft und Außenpolitik interessieren. Diese Beschränkung enthält zugleich den Unterschied zu den sowjetzonalen und sowjetischen Auftragszielen. Im übrigen wird aber an dem Aufbau aller Organisationen und an ihren Arbeitsmethoden der koordinierende Einfluß der sowjetischen Dienste erkennbar. Dieser Einfluß geht so weit, daß Abteilungen mit gleichen Zuständigkeiten in den verschiedenen Diensten die gleichen Bezifferungen führen. Die enge Zusammenarbeit der Dienste wird zum Austausch von Erkenntnissen und zum gemeinsamen Gebrauch nachrichtendienstlicher Einrichtungen (z. B. konspirativer Wohnungen, Unterkünfte, Deckanschriften, Kontakttelefone) benutzt. Für die Staaten des sowjetischen Machtblocks ist charakteristisch, daß die den einzelnen Diensten gestellten Aufgaben Zuständigkeitsüberschneidungen erkennen lassen.

Bei dieser Tatsache handelt es sich nicht um die Mißachtung ökonomischer Regeln, sondern um die im System liegende Absicht, den einen Dienst durch den anderen kontrollieren zu lassen.

Die in der dargestellten Weise organisierten und zusammenarbeitenden Dienste unterhalten eine Unzahl von Einrichtungen in Ostberlin und in den Zonenrandgebieten, von denen her eine Aktivität entwickelt wird, die in jedem Falle irgendwie auch nach Westberlin hineinwirkt.

Etwa 80% aller nachrichtendienstlichen Verbindungen, die sich gegen Westberlin und gegen die Bundesrepublik richten, gehen über Ostberlin. Diese Tatsache wird erkennbar aus den Angaben vernommener Agenten über die ihnen zugewiesenen Nummern von Kontakttelefonen und Deckanschriften. Die zwischen den Agenten und ihren Führungspersonen erforderlichen Treffs werden nur selten in der Sowjetzone und in verschwindendem Maße im benachbarten Ausland durchgeführt. Der allgemeine Treffort ist Ostberlin. Bei westlichen Stellen sind nicht weniger als 1200 geheime Deckanschriften von konspirativen Wohnungen (geheime Trefforte) für Ostberlin registriert. Ihre tatsächliche Zahl liegt aber um ein Mehrfaches höher, so daß sich in jedem Verwaltungsbezirk des Sowjetsektors eine größere Anzahl solcher Trefforte befindet.

II. Die Tätigkeit der Dienste

1. Erkundungsziele

a) Allgemeines

Die sowjetischen Nachrichtendienste beziehen auch solche Einrichtungen als Ausspähungsobjekte in ihre Angriffe mit ein, die der klassischen Spionage bedeutungslos und uninteressant erscheinen. Bei den weitgespannten Zielen östlicher Spionage ist z. B. sogar statistisches Material für das Ansteigen der Geschlechtskrankheiten in einem westlichen Lande beachtenswert, da im Rahmen kommunistischer Zersetzungpropaganda die statistisch erfaßte Tatsache dazu benutzt werden kann, ein Anwachsen sozialer Mißstände zu behaupten. Tatsächlich gibt es kaum ein Lebensgebiet, das für die Aus-

spähung oder Sammlung von Informationen von östlichen Nachrichtendiensten unbeachtet bleibt.

Hinsichtlich der gegen Westberlin gerichteten oder sich hier abwickelnden Tätigkeiten bestehen gewisse Unterschiede zwischen den sowjetzonalen und sowjetischen Nachrichtendiensten auf der einen und den Satelliten-Diensten auf der anderen Seite. Von letzteren haben in bezug auf Westberlin nur die polnischen und tschechischen Dienste nennenswerte Bedeutung. Sie besteht darin, daß ihre Tätigkeit auf die Erkundung militärischer, rüstungswirtschaftlicher und außenpolitischer Objekte zielt. Ihre gegen Westberlin gerichteten Aufträge betreffen überwiegend Einrichtungen der alliierten Streitkräfte.

Im übrigen ist Westberlin von ihrer Seite im starken Maße durch Maßnahmen berührt, die zum Gebiet des nachrichtendienstlichen Verbindungswesens gehören, so durch Anlage toter und lebender Briefkästen, durch Abwicklung von Treffs und durch Agentenschulung.

Die Tätigkeit der sowjetzonalen und sowjetischen Dienste läßt dagegen erkennen, daß sie stets ihre speziellen Aufgaben mit gesamtpolitischen Zielen verbinden. Bei der Versendung von Drohbrieffen z. B. soll der einzelne eingeschüchtert, zugleich aber eine allgemeine Furcht und Unruhe im westlichen Raum erzeugt werden.

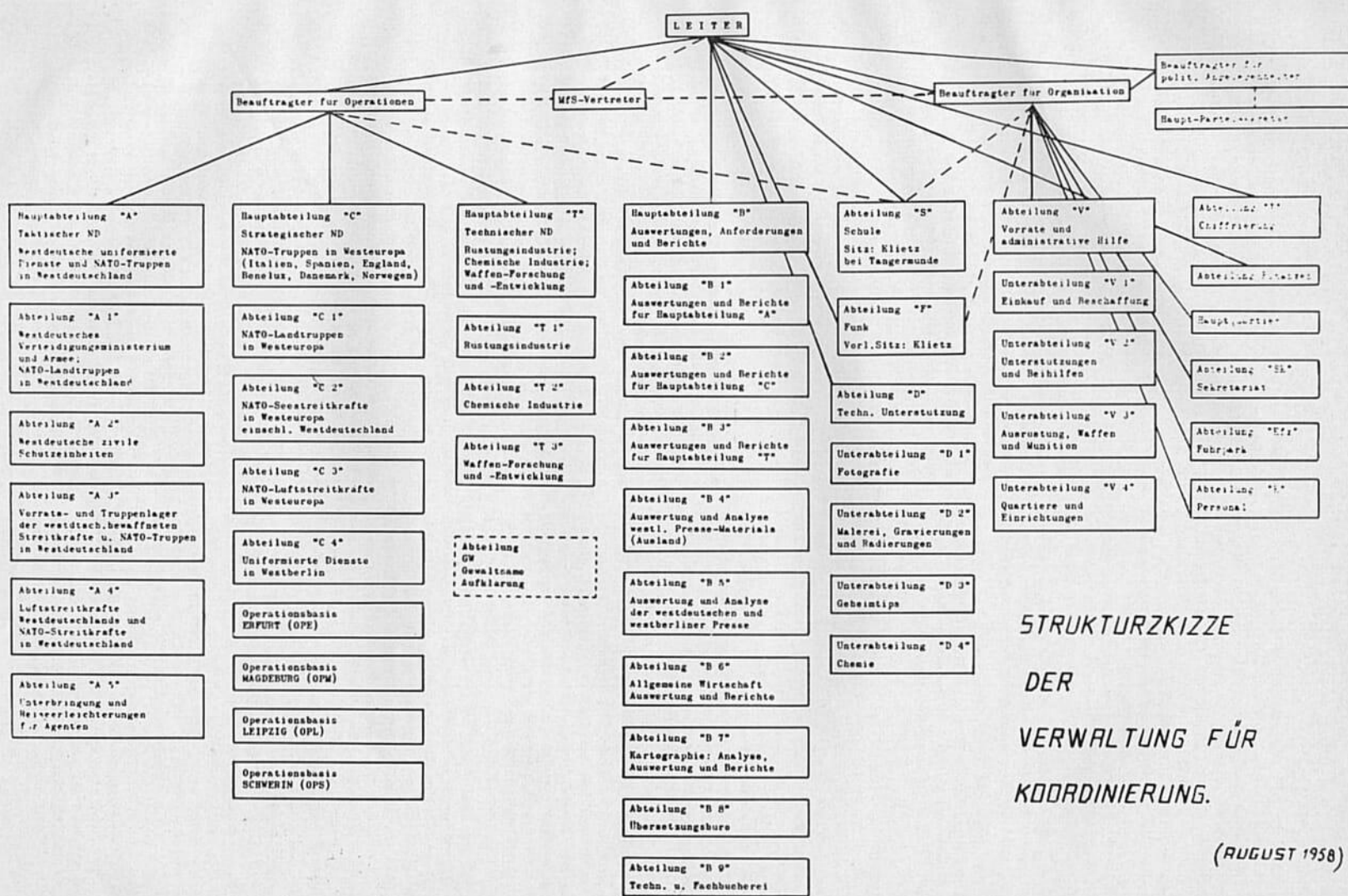
Aufschlußreich für die politischen Zielsetzungen ist insbesondere auch der Inhalt der Gespräche, die zur Agentenwerbung und -verpflichtung geführt werden. Sie enthalten normalerweise vier politische Elemente. Unter Voraussetzungen, die eine freie Meinungsäußerung nicht zulassen, wird versucht, dem Anzuwerbenden eine Zustimmung zur sowjetischen „Friedenspolitik“ zu entlocken. Der Anzuwerbende wird auf den nahe bevorstehenden Zusammenbruch von Westberlin und auf die Vorteile eines tätigen Bekenntnisses zum „Friedensblock“ hingewiesen. Die Behauptung, es seien allerorts schon viele Freunde außer ihm tätig, soll ihm die Hemmungen nehmen, gleichzeitig aber Furcht vor der angeblichen Allgegenwart kommunistischer Kräfte hervorrufen.

Schließlich wird unverhüllt mit der keine Grenzen achtenden Verfolgung solcher Personen gedroht, die sich der Erfüllung eingegangener „Verpflichtungen“ entziehen (Drohung mit dem sogenannten langen Arm des MfS). Versuche, politisch zu überzeugen, werden nur mit schwachen Mitteln und geringer Mühe unternommen. Das Schwergewicht bei den Werbungen liegt im Versprechen materieller Vorteile und vor allem in der Anwendung von psychischem Druck.

b) Die einzelnen Erkundungsobjekte

Bei der Untersuchung der erkannten Aufträge östlicher Dienste fällt auf, daß sich relativ wenige auf die allgemeine Verwaltung von Westberlin beziehen. Der Einsatz von geschulten Agenten scheint für derartige Erkundungen entbehrlich zu sein. Offenbar wird es als ausreichend angesehen, Nachrichten aus diesem Bereich unter Einschaltung der Gliederungen der SED oder anderer kommunistischer Organisationen in Westberlin einzuziehen.

Gelegentlich wird auch von den östlichen Diensten versucht, sogenannte Grenzgänger, also Personen, die entweder durch ihren im Osten gelegenen Arbeitsplatz oder durch ihre dort gelegene Wohnung mehr oder minder stark dem östlichen Zugriff ausgesetzt sind, für eine



Mitarbeit zu gewinnen. Außerdem sind viele Versuche bekanntgeworden, zufällig — nämlich bei ihrem Aufenthalt im Sowjetsektor oder in der Sowjetzone — kontaktierte Verwaltungsbedienstete als geheime Informanten anzuwerben, da sich in diesen Fällen eine gewisse Chance bietet, mühelos weitere Informationen zu gewinnen. Eine solche Gelegenheit wird schon deswegen stets ausgenutzt, weil der einmal tätig gewordene Bedienstete später mit besonderer Aussicht auf Erfolg benötigt werden kann, weitergehende Aufträge durchzuführen.

Als Beispiel für die Informationstätigkeit kommunistischer Elemente in der Verwaltung von Westberlin kann der noch nicht endgültig aufgeklärte Fall eines Sozialinspektors angeführt werden. Bis Ende 1958 als Leiter eines Lagers für ausländische Flüchtlinge tätig gewesen, fiel er erstmalig dadurch auf, daß ein polnischer Flüchtling von ihm behauptete, er habe ihn als „Verräter seines Vaterlandes“ bezeichnet. Im Verlaufe der gegen ihn geführten Ermittlungen wurde festgestellt, daß der Sozialinspektor Mitarbeiter der vom Osten finanzierten Zeitung „SOS ...“ gewesen ist und daneben Beziehungen zum MfS unterhalten hat. Von November 1957 bis Juli 1958 nahm er siebenmal an Zusammenkünften mit Angehörigen des MfS teil.

Ein reges Interesse zeigen die östlichen Nachrichtendienste an den Einrichtungen der westlichen Schutz-mächte, der Westberliner Polizei und an den Strafvollzugsanstalten in Westberlin.

Zu den Einführungsaufträgen neu geworbener Agenten gehört es, Nummern von Fahrzeugen westallierter Dienststellen zu sammeln und fotografische und zeichnerische Darstellungen von Gebäuden und Institutionen herzustellen. Qualifizierteren Kräften wird aufgegeben, in entsprechenden Dienststellen und Lokalen zu Besatzungsangehörigen und zu deutschem Hilfspersonal Beziehungen aufzunehmen.

Zu den abgeurteilten Personen, die in erheblichem Umfang gegen alliierte Interessen tätig gewesen sind, gehört der Kellner Lothar HAIDIG. Er ist im Jahre 1950 aus der Sowjetzone nach Westberlin gekommen. Als ihm hier die Notaufnahme versagt wurde, kehrte er in die Sowjetzone zurück, kam dort auf Grund seiner Zonenflucht mit dem MfS in Verbindung und wurde unter Druck zur Mitarbeit verpflichtet. Der zunächst innerhalb der SBZ ausgeführten Spitzeltätigkeit entzog er sich im Jahre 1952 durch erneute Flucht. 1953 fand er bei einer amerikanischen Arbeitskompanie Beschäftigung. Im Jahre 1954 schloß er in angetrunkenem Zustand in der S-Bahn ein, geriet in die Sowjetzone und wurde dort von der Grenzpolizei verhört. Um eine angedrohte Strafe abzuwenden, verpflichtete er sich erneut zur Mitarbeit für das MfS und erhielt Aufträge, die sich gegen seine Arbeitskompanie richteten. Im Jahre 1956 wurde er mit einem Fotoapparat ausgestattet. Er wurde beauftragt, Ermittlungen über die Stationierung einer bestimmten amerikanischen Waffe zu führen. HAIDIG hat sich in vielen eingestandenen Fällen damit beschäftigt, nähere Angaben über bestimmte Personen zu beschaffen und diese bei ihrem Aufenthalt in Westberliner Gaststätten zu überwachen. Ferner meldete er laufend Namen solcher Kollegen, die sich um Einstellung bei der Bundeswehr bewarben. Er ist 1958 vom Kammergericht wegen landesverräterischer Beziehungen und wegen Diebstahls zu zwei Jahren und fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Die Gewinnung von Erkenntnissen über die Organisation der Westberliner Polizei ist den östlichen Diensten dadurch leicht gemacht, daß immer wieder Polizei-beamte durch mangelnde Vorsicht in die Zonengrenzgebiete geraten und dort genötigt werden, ihre dienstlichen Kenntnisse zu offenbaren. Erkannte Versuche und eine Anzahl aufgedeckter Fälle zeigen, daß eine besondere Aktivität dabei entwickelt wird, Polizeibeamte zur wirklichen Mitarbeit zu gewinnen, um dadurch ständiger Zugang zu Akten und Kartellen zu haben und damit über den Stand von Verfahren oder über geplante Maßnahmen unterrichtet zu werden.

Mehrfach konnten Versuche festgestellt werden, Quellen im Kraftverkehrsamt zu gewinnen. Bei den aufgedeckten Fällen handelt es sich unter anderen um die folgenden:

Der Kriminalobersekretär Bruno WRICKE hat von 1950 bis 1953 Verbindung zum MfS unterhalten und Berichte über Maßnahmen der Westberliner Polizei geliefert. Er wurde zu zwei Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt.

Der ehemalige Meister der Schutzpolizei STELLER lieferte von 1952 bis 1954 dem MfS Berichte über die Einsatzkommandos der Westberliner Schutzpolizei. STELLER hatte Beziehungen zu einer im Sowjetsektor wohnenden Frau unterhalten, die bei einem seiner Besuche im Verlaufe von Auseinandersetzungen polizeiliche Hilfe gegen ihn in Anspruch nahm. Dabei wurde seine Zugehörigkeit zur Westberliner Polizei entdeckt und die Situation zur Herstellung einer nachrichtendienstlichen Verbindung ausgenutzt. Seinem Geständnis nach hat STELLER 20 Treffs mit seinen Auftraggebern wahrgenommen und dabei Berichte geliefert. Gegen ihn wurde vom Kammergericht eine Strafe von einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verhängt.

Ein anderer ehemaliger Polizeibeamter hat etwa ein-einhalb Jahr lang im Auftrage des MfS unter Benutzung seiner dienstlichen Verbindungen und unter Mißbrauch kollegialen Vertrauens Auskünfte aus Meldeblättern und -vorgängen eingeholt, ferner Hilfstätigkeiten zur Versorgung und Unterstützung anderer Agenten ausgeübt.

Auf den Westberliner Strafvollzug bezieht sich der Fall eines ehemaligen Oberwachmeisters. Dieser Beamte war seit 1948 im Dienst. Er besuchte ab 1950 des öfteren seine im Sowjetsektor wohnhafte Verlobte. Nach seinen glaubwürdigen Angaben wurde er im Januar 1956 von einem Ostberliner Kriminalbeamten aufgefordert, mit ihm eine Polizeidienststelle aufzusuchen. Er wurde dort von MfS-Angehörigen verpflichtet, Informationen über Untersuchungshäftlinge und die politische Einstellung seiner Kollegen zu liefern.

Dem mehrfach als Agenten in Erscheinung getretenen Westberliner Kurt COPPI ist es gelungen, als leitender Mitarbeiter eines Unternehmernetriebes in die Strafvollzugsanstalt Tegel einzudringen und den ständigen Umgang mit den Strafgefangenen zu dem Zweck auszunutzen, laufend Nachrichten zwischen politischen Häftlingen und dem MfS zu übermitteln.

Besondere Aktivität entwickeln die östlichen Nachrichtendienste gegen solche nichtamtlichen Stellen in Westberlin, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Öffentlichkeit über das Geschehen und die Zustände in der Sowjetzone zu unterrichten und karitative Aktionen zugunsten der SBZ-Bewohner zu organisieren.

Der aktuellste Fall auf diesem Gebiet ist der des ehemaligen „Mitarbeiters“ des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen, Dr. Kurt WERNER. Dr. WERNER hatte bis April 1956 seinen Wohnsitz in der SBZ und war dort im öffentlichen Dienst tätig. Anfang des Jahres 1956 suchte er aus ungeklärten Gründen einen derzeit beim UfJ tätig gewesenen früheren Kollegen aus der SBZ auf. Nach Dr. WERNERs Angaben wollte er durch diesen Besuch seine Übersiedlung nach Westberlin vorbereiten. Dies und seine sonstigen Fluchtvorbereitungen wurden vom MfS bemerkt. Nach seiner Darstellung wurde er unter heftigsten Drohungen dazu gepreßt, eine ihm vom UfJ in Aussicht gestellte Tätigkeit zu übernehmen und laufend Berichte über diese Stelle zu liefern. Tatsächlich begab sich DR. WERNER im April 1956 nach Westberlin, wurde hier als politischer Flüchtling anerkannt und unmittelbar danach beim UfJ angestellt. Von hier aus lieferte er an seine Auftraggeber in einem noch ungeklärten Umfang Berichte. Es steht fest, daß er seinem Führungsmann auch Namen von Bewohnern der SBZ preisgegeben hat, die mit dem UfJ in Verbindung standen.

Gegen das Ostbüro der SPD richtete sich unter anderem die Tätigkeit des MfS-Agenten Alfred GEISLER. Er hat im Jahre 1955 den Telefonanschluß dieses Büros angezapft und alle über diese Leitung geführten Gespräche auf ein Tonbandgerät aufgenommen, das von seiner Ehefrau in einer nahegelegenen, besonders für diesen Zweck gemieteten Wohnung bedient wurde. GEISLER wurde 1957 vom Bundesgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Ehefrau erhielt eine Strafe von zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.

Ebenfalls gegen die SPD richteten sich die Aufträge des Fernmeldemechanikers Gerhard BORCHERT. BORCHERT war in einer Fernsprechvermittlungsstelle in Charlottenburg tätig. Er hat dort den Telefonanschluß des SPD-Kreisbüros an die Ortsverbindung zum Sowjetsektor angeschlossen. Auf diese Weise wurde es dem Staatssicherheitsdienst ermöglicht, die Gespräche dieses Parteibüros mehrere Monate lang mitanzuhören. BORCHERT wurde vom Westberliner Landgericht im Jahre 1955 wegen staatsgefährdenden Nachrichtendienstes in Tateinheit mit Verletzung des Telegrafengeheimnisses zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Fälle von Industriespionage sind in den vergangenen Jahren aus folgenden Westberliner Unternehmen bekanntgeworden:

Alcott-Werke / Askania-Werke / Auer-Aktiengesellschaft / Auth-Radio / Borsig-Werke / Deutsche Waggon- und Maschinenfabrik G. m. b. H. / Lorenz-AG. / Osram-Werke / Rheinmetall-Borsig / Siemens-Werke / Telefunken.

Besonders bemerkenswert war ein Auftrag des MfS, der sich gegen die Auer-Aktiengesellschaft richtete. Der im Sowjetsektor von Berlin wohnhaft gewesene pharmazeutische Laborant Harry JUHLE verkehrte dort in einer bestimmten Gaststätte, die bisweilen auch von einem ihm bekannten Kommissar der Volkspolizei aufgesucht wurde. Dieser brachte ihn im Spätsommer des Jahres 1954 mit einem MfS-Angehörigen in Verbindung, der JUHLE den Auftrag erteilte, aus den Betriebsräumen der genannten Firma dort hergestellte Gasmaskenfilter zu beschaffen. JUHLE erkundete mit einem Bekannten die Möglichkeit zu einem Einbruch. Dieser wurde schließlich im September 1954 von Bekannten des

JUHLE namens BLUDAU, KLEBAN und GOLDMANN ausgeführt. Es gelang auch, Gasmasken und einige Filter zu entwenden und an den Auftraggeber abzuliefern. JUHLE ist im Jahre 1958 vom Kammergericht zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus wegen landesverräterischer Beziehungen und gemeinschaftlichen schweren Diebstahls verurteilt worden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Westberlin in weit höherem Maße als irgendein Land der Bundesrepublik Angriffsziel insbesondere der sowjetzonalen und sowjetischen Nachrichtendienste ist. Dies konnte vor allem bei der Prüfung der im Jahre 1957 erkannten Aufträge festgestellt werden.

Westberlin namens mit 35,8% an der Gesamtzahl der erkannten sowjetischen und sowjetzonalen Aufträge beteiligt. Von den sowjetzonalen Aufträgen bezogen sich 41,1%, von den sowjetischen 14,4% auf Westberlin.

Für 1958 ist für Westberlin ein Absinken der prozentualen Beteiligung an der Gesamtzahl der Aufträge auf 14,5% zu verzeichnen. Westberlin liegt jedoch damit immer noch mit an der Spitze. Geringfügig höhere Anteile wurden lediglich für Nordrhein-Westfalen (16%) und Bayern (15,5%) festgestellt.

Die unterschiedlichen Verhältnisse in den Jahren 1957 und 1958 können auf eine Verbesserung der Arbeitsweise der östlichen Dienste zurückgeführt werden, da auch sonst Erkenntnisse über den Einsatz qualifizierterer Kräfte und verfeinerter technischer Mittel vorliegen.

Westberlin ist offenbar bis 1957 in hohem Maße als Schulungs- und Erprobungsgebiet für neuverpflichtete Agenten benutzt worden. Wenngleich man auch in Zukunft besonders in Westberlin nicht auf die Stör- und Ablenkungsfunktion unqualifizierter Agenten (Konfusions-Agenten) verzichten wird, so deuten doch alle Anzeichen auf den konzentrierten Einsatz qualifizierter Kräfte hin.

2. Agentenwerbung durch Androhung von Repressalien

Häufig benutzen die östlichen Nachrichtendienste für die Werbung von Agenten die verschiedenartigsten Formen der Nötigung. Sie versuchen, durch Ausübung eines psychologischen Drucks die von ihnen ausgewählten oder ihnen zufällig bekannt gewordenen Personen für die Mitarbeit zu verpflichten. Diese Methoden werden sowohl gegen Personen, die in ihrem Machtbereich ansässig sind, als auch gegen Bewohner Westdeutschlands und Westberlins, die sich vorübergehend in der SBZ aufhalten, angewandt. Diese Art der Werbung läßt sich in vier Gruppen einteilen:

1 Dem Anzuwerbenden wird bei tatsächlicher oder konstruierter Straffälligkeit unter Hinweis auf die hohe Strafe die Aussetzung der Strafverfolgung in Aussicht gestellt, wenn er sich zur Mitarbeit verpflichtet.

2 Dem Anzuwerbenden wird bedeutet, daß eine Weigerung zur Mitarbeit Nachteile und erhebliche Schwierigkeiten für seine näheren Angehörigen mit sich bringen würde.

3 Dem Anzuwerbenden werden persönliche Schwierigkeiten angedroht und bei längerer Dauer der Werbungsversuche auch bereitet.

4 Aus politischen und kriminellen Gründen Inhaftierten wird als Gegenleistung für eine Verpflichtung zur Mitarbeit die vorzeitige Haftentlassung versprochen.

Die nachfolgenden Beispiele schöpfen nicht alle Möglichkeiten aus, mit denen die östlichen Nachrichtendienste durch die oben geschilderten Methoden versuchen, Mitarbeiter für ihre Dienste zu pressen.

Zu 1:

Ein bei der Reichsbahn in Neubrandenburg beschäftigter Weichensteller wurde zur Eisenbahnpolizei bestellt und von dort zur sowjetischen Kommandantur gebracht. Hier wurde er von einem sowjetischen Offizier aufgefordert, sämtliche Personen, mit denen er im gleichen Hause wohnte, zu nennen. Nach dem Aufzählen der Personen wurde er als Lügner beschimpft und in den Keller der Kommandantur gesperrt, weil er verschwiegen hatte, einen geflüchteten Letten gegen Kriegsende in seiner Wohnung verborgen gehalten zu haben. Er wurde zunächst freigelassen, später jedoch erneut verhaftet und unter Drohungen aufgefordert, für den sowjetischen Nachrichtendienst zu arbeiten. Aus Furcht, weiter festgehalten zu werden, unterschrieb er eine Verpflichtungserklärung.

Ein Homosexueller wurde im Oktober 1956 im Sowjetsektor durch die Volkspolizei festgenommen und dem MfS zugeführt. Nach seiner Verhaftung in Westberlin wegen landesverräterischer Beziehungen berichtete er: „Es kam nun nochmals meine gleichgeschlechtliche Betätigung zur Sprache, und mir wurde mitgeteilt, daß ich mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe zu rechnen hätte. Der SSD-Mitarbeiter, der sich mir gegenüber jedoch nicht mit Namen vorstellte, kam dann auf die Politik zu sprechen, und er bot mir an, für den SSD zu arbeiten, wodurch die zu erwartende Strafe hinfällig werden würde. Ich willigte auch ein, und mir wurde eine Spitzelverpflichtung vorgelegt, in welcher enthalten war, daß ich mich verpflichte, für die «DDR» zu arbeiten und über alle Vorkommnisse zu schweigen.“

Der Vater eines Taxi-Unternehmers in Potsdam war im Februar 1958 nach Westberlin geflohen. Im September 1958 wurde der Taxi-Unternehmer schriftlich zum VPKA bestellt. Dort wurde er von zwei Russen der Beihilfe zur Republikflucht beschuldigt. Sodann erhielt er den Auftrag, seinen geflohenen Vater mit den Russen zusammenzubringen. Als ihm dies nicht gelang, wurde er beauftragt, über seinen Vater oder selbst Spionageaufträge in Westberlin auszuführen.

Zu 2:

Ein in der Bundesrepublik beschäftigtes Kindermädchen erhielt von seiner Mutter in Glauchau/SBZ eine fingierte telegrafische Aufforderung, sie zu besuchen, da sie erkrankt sei. Bei ihrer Ankunft in Glauchau stellte sie fest, daß ihre Mutter nicht krank war. In der zweiten Nacht wurde sie von mehreren Russen zur sowjetischen Kommandantur gebracht. Dort wurde sie von einem russischen Oberst über ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik befragt. Am folgenden Tag wurde sie nach Chemnitz gebracht und dort von Russen aufgefordert, für die Sowjetunion nachrichtendienstlich zu arbeiten. Aus Furcht vor Zwangsmaßnahmen gegen sie und ihre Mutter erklärte sie sich zur Mitarbeit bereit.

Der Bruder einer beim sowjetischen Offiziersclub des Flugplatzes Werder beschäftigten Serviererin wurde wegen Verteilung von Flugblättern zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im gleichen Monat wurde die Serviererin zur Flugplatzkommandantur bestellt und von einem

sowjetischen Offizier gefragt, ob ihr die Gründe der Verhaftung ihres Bruders bekannt seien. Auf ihre Verneinung wurde ihr vorgeworfen, von der Tätigkeit ihres Bruders gewußt und selbst Spionage betrieben zu haben. Als sie sich weigerte, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, drohte der sowjetische Offizier mit Haftverschärfung gegen ihren Bruder und Maßnahmen gegen ihre kranke Mutter. Unter diesem Druck erklärte sie sich zur Mitarbeit bereit.

Zu 3:

Ein Westberliner Zollassistent fuhr auf seiner Hochzeitsreise durch die SBZ nach Westdeutschland. Dabei kam er mit dem MfS in Berührung. Er wurde gezwungen, sich zu einem späteren Treff mit Angehörigen des MfS schriftlich zu verpflichten. In der Folgezeit erhielt er mehrere telefonische Anrufe einer weiblichen Person sowie einen Drohbrief, um ihn an die Treffverpflichtung zu erinnern. Der Zollassistent leistete keine Folge. Etwa 1½ Jahr später erhielt seine Ehefrau einen Brief, in welchem eine weibliche Person den Zollassistenten der Untreue bezichtigte. Dem Brief war ein weibliches Aktfoto beigelegt.

Zu 4:

Ein wegen angeblicher Boykott- und Kriegshetze zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilter Bewohner der SBZ wurde während seiner Haftzeit in einem Werkstattbetrieb des MfS als Spezialkraft eingesetzt. Nachdem er fast 4 Jahre verbüßt hatte, wurde er bewogen, sich dem Staatssicherheitsdienst für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit in der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen. Eine fingierte Flucht aus der Haftanstalt diene als Legende für die Einschleusung nach Westberlin.

Ein wiederholt wegen krimineller Delikte vorbestrafter pharmazeutischer Laborant, der bereits längere Zeit Agent des MfS war und wegen Wirtschaftsvergehens in einer sowjetzonalen Haftanstalt einsaß, wurde auf Betreiben des MfS vorzeitig aus der Strafhaft entlassen, weil er sich verpflichtet hatte, die Ehefrau eines aus politischen Gründen Inhaftierten aus Westberlin nach Ostberlin zu entführen.

3. Agentenwerbung unter Einschaltung von Tarnrichtungen und sonstigen Mitteln der Irreführung

Bis in die letzte Zeit hinein haben die Spionagedienste der Sowjetzone sehr häufig Stellenangebote unter Tarnanschriften in westdeutschen Zeitungen ausgeschrieben oder auf Zeitungsinserate an Bewohner der Bundesrepublik und Westberlins schriftliche Stellenofferten gemacht. Erst bei dem Eintreffen der Bewerber in Ostberlin wird für die Betroffenen ersichtlich, daß sie durch Täuschung für Spionagedienste angeworben werden sollen. Im Zuge dieser systematisch betriebenen Täuschungsaktion wurden unter anderen folgende 49 Tarnrichtungen des sowjetzonalen Spionagedienstes in Ostberlin bekannt:

Abteilung für Arbeit und Berufsausbildung
Berlin-Köpenick, Friedrichshagener Straße 8

Amt für Arbeit und Berufsausbildung
Berlin C 2, Georgenkirchplatz 10
Berlin C 2, Elisabethstraße 29

Anker-Verlag-Berlin-Germany
Berlin W 8, Postfach 165

- Arbeitsamt Mitte
Berlin C 2, Elisabethstraße 29
- Rechtsanwalt und Notar Helmut ARMAND
Berlin N 24, Postfach 19
- Beratungs- und Vermittlungsstelle
Berlin N 4, Postfach 17
- Berliner Presse-Nachrichten
Berlin N 58, Schließfach 5
- Berufs-Beratungs-Büro, Zweigstelle Berlin
Berlin W 9, Postfach
- Berufs-Beratungs-Büro (BBB)
Berlin W 8, Postfach 165
Berlin N 54, Postfach 14
- Berufs-Beratungs-Büro
Berlin W 8, Linienstraße 312
- Berufs-Vermittlungs-Büro (BVB)
Berlin W 8, Postfach 165
- BRAUNE & Co., Paul
Berlin W 8, Postfach 131
- Büro für Organisation und Technik
Berlin C 2, Neue Königstraße 61-64
- W. BUCHWALD, Werbeleiter
Berlin N 54, Postfach 13
- Deutsche Bild-Agentur
Berlin C 2, Dirksenstraße 31
- Deutsche Bild- und Dokumentensammlung
Dresden N, Industriegelände
Berliner Vertretung: Berlin W 8, Postschließfach 139
- Deutsche Export-Import-Agentur, Zentrale Verwaltung
Berlin N 4, Postschließfach 21
- Deutsches See-Amt, Amt für Koordinierung
Leitstelle Berlin
Berlin W 8, Postfach 177
Berlin N 54, Postschließfach 2
Berlin W 8, Postschließfach 165
- Exklusiv-Nachrichten „Exna Groß-Berlin“
Berlin W 63, Schließfach 23
- FLUGPEIL & Co., Firma
Berlin W 8, Postfach 234
- Fa. FRÖHLICH, Walter
Berlin NW 63, Postfach 18
- GERBER, Walter
Berlin-Prenzlauer Berg
Oderberger Straße 1
- Hit-Bau, Ingenieur-Hoch- und Tiefbaugesellschaft
Berlin N 54, Postschließfach 14
Berlin N 4, Postschließfach 14
- Fa. JACKEL & Co.
Berlin W 8, Postfach 234
- Interpress, G. H. HENNRICH & Co.
Berlin N 4, Novalisstraße 7
Berlin NW 63, Postfach 4
Berlin N 113, Senefelderstraße 1
- Fa. KÖNIG, Helmut
Berlin W 8, Postfach 180
- Märkischer Heimatdienst
Berlin NW 63, Schließfach 23
- Maschinenbau GmbH., G. Lorenz
Berlin NW 63
- Maschinen-LENZ, Zweigstelle Berlin
Berlin W 8, Postfach 233
- Karl MITTMANN
Berlin N 4, Postschließfach 14
- Rat des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg,
Abteilung Arbeit u. Berufsausbildung
Berlin-Lichtenberg, Schreiberhauer Straße 2
- Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte
Abteilung Arbeit und Berufsausbildung
Berlin-Mitte, Elisabethstraße 29
- Erhard ROTHER
Berlin W 8, Postfach 177
- RUSCHKE
Berlin W 8, Postfach 177
- Dr. SCHMIDT
Berlin NW 63, Postschließfach 11
- SCHULZE, Richard
Berlin NW 63, Postfach 10
- Stellenvermittlungsbüro mbH.
Berlin W 8, Postfach 165
- TASSLER, Walter
Berlin W 8, Postfach 131
- Transaktion, Büro für Vermittlungen und Vertretungen
Berlin NW 7, Klara-Zetkin-Straße 84
- Vermittlungsbüro RUSCHKAMP
Berlin-Oberschöneweide, Helmholtzstraße 44
- Verwaltung für Schiffsbaufragen
Berlin-Prenzlauer Berg, Oderberger Straße 1
- Verwaltung für technische Ausrüstung
Berlin-Prenzlauer Berg, Oderberger Straße 1
- Werbegesellschaft Interwerb
Berlin N 54, Postfach 14, Postfach 13, 21, 19
- WTA-Vermittlung
Berlin N 4, Postschließfach 14
- Zentrales Arbeitsvermittlungsbüro,
Abteilung Koordinierung
Ostberlin, Postfach 26
- Zentralverwaltung für Flugzeugbau
Berlin NW 63, Postfach 11
- Zentralbüro für Planung und Koordinierung
Berlin N 54, Postschließfach 2
- Zentrales Leitbüro für Planung und Koordinierung
Berlin N 54, Postschließfach 2
- Zentralamt für Forschung
Berlin N 24, Postfach 30

Christlich-DEMOKRATISCHE Union
Deutschlands
Landesverband Berlin
Landesgeschäftsstelle

Vertraulich!

Ihr Landeswahlkampfleiter teilt mit:

1. Zur gegenwärtigen Lage in Berlin.

Es bleiben nur noch einige Tage bis zum 7. Dezember - dem Wahltag für das Berliner Abgeordnetenhaus. Die politische Lage nach der drohenden Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, daß die Sowjetunion das Viermächte-Statut nicht mehr anerkennen kann, ist sehr ernst geworden. Trotz der Versicherung unserer Verbündeten sehen wir mit großen Sorgen der weiteren Entwicklung entgegen. Wir müssen uns auf die schärfsten vorbereiten und sich nur auf uns selbst verlassen.

Unter der Bevölkerung sind schon einige Anzeichen der Panik aufgetaucht - Ankäufe von Vorräten und Inventare der Zahlungsmitteln in die Bundesrepublik. Dieser Psychismus scharf entgegenzutreten ist zur dringenden Notwendigkeit geworden. Die zuständigen Stellen in Berlin verhandeln schon mit der Regierung der Bundesrepublik alle Maßnahmen betreffend die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Arzneimitteln und Heizung, sodaß vorläufig kein Grund zur Beunruhigung besteht. In äußerster Falle würde die Berliner CDU ihre bisherigen Kontakte mit Pankow ausnützen und versuchen jeder unerwarteten Maßnahme vorzubeugen.

Daten Sie diese Gelegenheit zum Nutzen

Bel-
dator
10 ca-
in

Gehr verehrter Herr X

Ich bestätige hierdurch den Empfang Ihrer Informationen. Die gemachten Angaben sind sehr aufschlußreich und geben einen guten Überblick. Die vereinbarte Geldsumme wurde am bestimmten Ort hinterlegt und steht zu Ihrer Verfügung. Ich wünsche Ihnen ein gesundes und frohes Weihnachtsfest sowie ein erfolgreiches Neues-Jahr.

Küddaff

Wer verbirgt sich hinter diesem Geschäft?
Berlin-Charlottenburg, Ovestraße

Ein Spion der Franzosen

Berlin, den 10.12.1958

Gehr verehrter Herr X

In der letzten Zeit überstiegen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit uns gemacht wurden, sehen wir uns veranlaßt, Sie auf die erhaltenen finanziellen Mittel und Ihre schwebenden Verpflichtungen hinzuweisen.



Gerhard
BERLIN, Kolonnenstraße

Sie wollen wissen,
wovon ich lebe?

Darüber kann ich Ihnen

Auskunft geben.

Ich bin Mitarbeiter des englischen Geheimdienstes und habe als Vornehmer in der Sichtungsstelle der Flüchtlingslager Marienfelde die Aufgabe, deutsche Menschen auf die Bahn des Verbrechens gegen ihr eigenes Volk zu führen.

Dafür werde ich bezahlt, aber nur noch solange, wie es sich die Berliner gefallen lassen.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

OSTBERG

Bonn, den 6.12.1958

UTSCHLANDS

An die

SPD-Unterbezirk Bielefeld/Halle

u. Md. d. Sekretäre

Bielefeld

Arndtstr. 6

Werte Genossen!

Aus der Sorge heraus, die die Mitarbeiter unseres Ostbüros belastet und die auch mir am Herzen liegt, fühle ich mich veranlaßt, auch beiliegende Stellungnahme zu übersenden.

Ich bitte, diese Stellungnahme aufmerksam zu lesen und in der nächsten Sitzung des Unterbezirksvorstandes darüber zu beraten.

Mit sozialistischem Gruß!

i. d.

Sekretär

W für den Bestand
en Funktionär.
In die Hand. Ge-
hebe ich Tage und
ernsten Gefahren
sich umgibt. Ich sehe
müssen. Ich sehe
der unserer Sache
zu rufen. Darum
in Funktionär.

Praktisch, hat
gepackten Einflüsse
ellung des ge-
und Bonn einge-
ifen.

Mittrauen mich
weiterem Himmel
sind aufsteig
sch nicht einzu-
sich erheben
in einer Stunde

Wer die dagesessener Intensität an den Grundfalten der Freien Welt rüttelt. Das bitte ich Sie vor allen zu bedenken

Zum Besseren Verständnis der Genossen Funktionäre und aus Nachweise der völligen Nationalität der an unserer Arbeit geübten Kritik bis ich bedauerlicherweise gewonnen vor dem über die mir aus Herrn gewachsen und zur Lebensaufgabe gewor- dene Arbeit des Ostbüros zu sprechen.

Man wirft uns a. B. vor und zwar in verletzender artiger Form, wir begnügen uns mit der einseitigen Sammel von nachrichtendienstlichen Fakten aus der DDR

4. Menschenraub

Der Straftatbestand des Menschenraubes hat durch die Häufung der politisch motivierten Fälle nach dem zweiten Weltkrieg eine besonders aktuelle Bedeutung erlangt.

Die alten wie die neuen Verschleppungsfälle zeigen, daß es sich bei den Tätern nicht nur um bedingt freigelassene oder entlohnte Kriminelle handelt, sondern daß auch Träger gehobener Staatsfunktionen Personen nach entsprechender „Vorbehandlung“ in Kisten verpacken und z. B. als Diplomatengut in den östlichen Machtbereich schaffen.

Die durchgeführten und geplanten Personenentführungen aus dem Gebiet von Westberlin sind in der nachfolgenden Aufstellung erfaßt. Sie umfaßt den Zeitraum vom Einzug der westlichen Besatzungsmächte im Juli 1945 bis zum Ende des Jahres 1958. Diese Aufstellung ist bei weitem nicht vollständig, weil in den ersten Jahren viele Verschleppungen und Verschleppungspläne nicht bekannt geworden sind. Sie ist nach den geplanten oder angewendeten Entführungsmethoden unterteilt und ergibt folgendes Bild:

1. Durchgeführte Personenentführungen	
a) mit Hilfe von Gewaltanwendung oder List	59
b) mit Hilfe von Betäubungsmitteln (Drogen, Gifte)	4
	63
2. Geplante und vereitelte Personenentführungen	
a) mit Hilfe von Gewaltanwendung oder List	29
b) mit Hilfe von Betäubungsmitteln (Drogen, Gifte)	2
	31
3. Weitere Verdachtsfälle, deren Aufklärung nicht möglich ist ..	21
Insges. 115 Personen	

Dieses Bild wird noch ergänzt durch die Angaben von Personen, die sich durch Flucht der Ausführung aufgenötigter Verschleppungsaufträge entzogen haben. Ihre Zahl ist beträchtlich. Bei den ausgewählten Opfern handelt es sich vielfach um Personen, die durch ein politisches Bekenntnis, durch eine innegehabte Funktion oder mindestens durch ihren früheren Wohnsitz einmal Beziehungen zum kommunistischen Machtbereich unterhielten und unschädlich gemacht werden sollten, weil sie durch ihre spätere „verräterische“ Haltung der Sache des Bolschewismus geschadet haben. Das das System schädigende Verhalten einer Person ist offenbar der Maßstab, nach dem die zuständigen Abteilungen der östlichen Nachrichtendienste aus eigener Initiative oder auf Befehl übergeordneter politischer Stellen ihre Verschleppungspläne entwickeln.

Die Opfer der Verschleppungsaktionen werden im östlichen Machtbereich in einer Weise liquidiert, die es häufig unmöglich gemacht hat, über ihren Verbleib irgendwelche sicheren Nachrichten zu gewinnen.

Wegen der besonderen Verwerflichkeit der angewandten Mittel werden die folgenden Fälle von versuchten und durchgeführten Verschleppungen geschildert.

Wolfgang HOEHER, ehemals Polizeioffizier und Mitarbeiter eines westlichen ND, wurde bei einem Treff mit seinem Verbindungsmann Horst KIRVES am 13. Februar 1953 mittels einer giftgetränkten Zigarette und unter den Augen der Öffentlichkeit als „angeheiterter Opfer“ in willenlosem Zustand nach Osterlin verschleppt. Nach Aussagen ehemaliger Mithäftlinge aus sowjetischen Strafvollzugsanstalten war HOEHER vorübergehend erblindet.

Der wegen Mordes an dem Juweller PRIETZEL am 7. Dezember 1954 in Westberlin festgenommene Walter KEMPE hat am 21. August 1954 gemeinsam mit seiner Komplizin Edith KREUSCH den früheren Hotelbesitzer Erich GEPPINGER mittels einer präparierten Weinbrandbohne — vermutlich mit Scopolamin — in willenlosen Zustand versetzt und in die SBZ entführt. GEPPINGER erwachte 2 Tage später im Untersuchungsgefängnis in Dresden, wo er nach Aussagen ehemaliger Mithäftlinge aus der Strafvollzugsanstalt Bautzen noch unter schweren Vergiftungserscheinungen gelitten hat. GEPPINGER lebte als anerkannter politischer Flüchtling in Westberlin. Die Anklagepunkte gegen ihn waren die Aussagen, die er in Westberlin zu seiner Anerkennung als politischer Flüchtling gemacht hatte. KEMPE hat in Untersuchungshaft Selbstmord durch Einnahme von Zyankali verübt.

Der inzwischen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Gerhard BECK hat am 25. März 1958 versucht, im Auftrage des MfS eine RIAS-Mitarbeiterin zu entführen. Zu diesem Zweck bot er ihr am Ende einer Zusammenkunft in einer Westberliner Gaststätte aus einer handelsüblichen Konfektpackung Likörfüllchen aus Schokolade an, die mit dem Alkaloid Scopolamin präpariert waren. Diese Droge sollte bei der RIAS-Mitarbeiterin Kopfschmerzen und Übelkeit verursachen und sie in einen hilflosen Zustand versetzen. Sie sollte dann als scheinbar trunkene oder hilflose Person von dem bereitstehenden Entführungskommando in einem Kraftwagen in den Sowjetsektor gebracht werden. Dieser Plan scheiterte jedoch an der körperlichen Konstitution der Frau. Sie hat zwar nach längerem Zureden des BECK von dem präparierten Konfekt gegessen, ist jedoch kurz danach, ohne Beschwerden zu verspüren, aufgebrochen, um nach Hause zu gehen. Dabei folgte ihr BECK, um das Entführungskommando aufmerksam zu machen. Sie verspürte zwar unterwegs eine gewisse Benommenheit, erreichte jedoch noch ihr Wohnhaus. Vor ihrer Wohnungstür brach sie dann bewußtlos zusammen und wurde von Nachbarn gefunden.

Von langer Hand vorbereitet wurde die Entführung des ehemaligen General-Inspektors der VP, Robert BIALEK. Am 4. Februar 1956 hatte BIALEK als Mitarbeiter des Ostbüros der SPD einen Treff mit seinen Verbindungsmännern DRZEWIECKI und HELLWIG. Anschließend wurde in der Wohnung von D. zur nachträglichen Geburtstagsfeier von B. Alkohol getrunken, dem ein betäubendes Gift beigelegt worden war. Als gegen 21.00 Uhr der Hauptmieter die Toilette benutzen wollte, fand er die Tür verschlossen. Als auf Rufen und Klopfen keine Antwort kam, öffnete er die Tür gewaltsam und fand

BIALEK rüchelnd auf dem Boden liegen. BIALEKS Zustand wurde von den Tätern als Unfall oder Folge übermäßigen Alkoholgenusses ausgegeben. Infolge der Ahnungslosigkeit des Hauptmieters wurde B. aus dem Hause getragen, in ein „herbeigerufenen“ Auto gelegt und in den Sowjetsektor verschleppt.

VP-Hauptwachtmeister Erhard ZEHNER versuchte im Oktober 1957 im Auftrage des MfS, einen KgU-Mitarbeiter mittels einer Betäubungsdroge zu entführen. Die Entführung scheiterte, weil die von ZEHNER in das Schnapsglas gegebene Droge erst in der Wohnung des Mitarbeiters zur Wirkung kam. ZEHNER konnte bei einem neuen Treff festgenommen werden. Man fand bei ihm eine Ampulle, in der sich ein Betäubungsmittel befand, das durch ein Gutachten wie folgt beurteilt wurde: „Bei der zur Untersuchung übergebenen Flüssigkeit handelt es sich um eine 2%ige Lösung eines Alkaloides. Die durchgeführten Untersuchungen deuten darauf hin, daß es sich um ein Alkaloid mit kondensierten Pyrrolidin- und Piperidiningruppen handelt (Atropingruppe, Kokalgruppe). Chemische Reaktionen deuten darauf hin, daß eine kokainähnlich wirkende Substanz vorliegt. Die Verbindung kann in der vorliegenden Konzentration und bei Applikation der gesamten Menge geeignet sein, einen Menschen in einen betäubungsähnlichen, willenlosen Zustand zu versetzen.“

Der Leiter der Westberliner Zentrale des NTS, Alexander TRUSCHNOWITZ, besuchte am Abend des 13. April 1954 den Vorstand des Heimkehrerverbandes Berlin-Wilmersdorf, Heinz GLÄSKE, in dessen Wohnung in Berlin-Halensee. Von diesem Besuch ist Dr. TRUSCHNOWITZ nicht zurückgekehrt. Hausbewohner bekundeten, sie hätten an diesem Abend GLÄSKE in Begleitung von zwei Männern und einer Frau das Haus verlassen sehen. Einer der Männer habe eine offenbar bewußtlose oder verletzte Person getragen, deren Gesicht von einem über den Kopf gezogenen Mantel verdeckt gewesen sei. GLÄSKE habe einen zusammengerollten Läufer unter dem Arm getragen. Ein vor diesem Ereignis vor dem Hause parkender Opel-Kapitän habe unmittelbar danach nicht mehr dagestanden. Die Ehefrau des GLÄSKE stellte bei ihrer Rückkehr von einem Kinobesuch in ihrer Wohnung die Abwesenheit ihres Mannes fest, entdeckte, daß die Tür zu ihrer Wohnung nur angelehnt war, der Korridorläufer fehlte und der Fußboden sowie die Korridortür Blutspritzer aufwiesen.

Der aus verschiedenen Menschenraub-Affären bekannte Henry LIEBERMANN unterrichtete einen Agenten des MfS über die Anwendung eines als Zigarettenspitze getarnten Blasrohrs bei eventueller überraschender Verhaftung. Das Blasrohr enthalte 3 Patronen eines kristallinen Curarins (südamerikanisches Pfeilgift nach der Formel $C_{19}H_{26}N_{2}O$), was eine Lähmung der motorischen Nervenendungen und eventuell späteren Tod herbeiführe. (0,025 g Curarin genügen, um einen 75 kg schweren Menschen zu töten.)

5. Zersetzung

Die kommunistischen Zersetzungsbestrebungen treten überwiegend in Verbindung mit offenen oder die Herkunft verschleiern Propagandaaktionen auf, mit denen die kommunistische Herrschaft als Ganzes oder politische Einzelziele gefördert werden sollen. Diese

Aktionen bleiben bei der Behandlung der Zersetzungs-tätigkeit an dieser Stelle außer Betracht. Nachfolgend werden nur solche Aktionen untersucht, die rein destruktiven Charakter haben.

Zersetzungstätigkeit dieser Art wird von bestimmten Abteilungen der östlichen Geheimdienste geplant und gelenkt sowie von staatlichen Stellen und politischen Organisationen unterstützt. Die kommunistischen Zersetzungsaktionen sind vor allem gerichtet auf

- a) Herabsetzung des Ansehens von Personen und Personengruppen (Diskriminierung),
- b) Stiftung allgemeiner Verwirrung und Unruhe (Konfusion) und
- c) Lähmung des Widerstandswillens und Behinderung der freien politischen Entscheidung durch Erregung von Furcht (Terror).

Eine Einordnung der einzelnen Aktionen unter die vorerwähnten Gesichtspunkte läßt sich nur schwer vornehmen, weil von den Initiatoren versucht wird, durch Häufung und Vermischung mehrerer psychologischer Momente eine möglichst große Wirkung zu erreichen.

Die geschilderten Absichten werden häufig mit dem Versuch verbunden, die Wirkungen der Zersetzungsaktionen für eine nachrichtendienstliche Anwerbung auszunutzen, um Informationen zu gewinnen und Abhängigkeitsverhältnisse zu begründen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, bedient man sich mannigfaltiger Mittel der Zersetzung. Bestimmte Personen werden durch anonyme Briefe oder Telefonanrufe angesprochen. Flugzettel werden verteilt, Plakate klebt und gefälschte amtliche Schreiben der öffentlichen Verwaltung, der Parteien und demokratischen Vereinigungen versandt (siehe Abb. 4). Lieferanten erhalten fingierte Aufträge, Eheleute montierte Fotos und „wohlmeinende“ Mitteilungen über sittliche Verfehlungen des Ehepartners. Damit werden alle Mittel der Verleumdung, Fälschung, Drohung und Erpressung angewendet.

Westberlin ist wegen seiner politischen und geographischen Lage ein offenbar besonders wichtig erscheinendes Angriffsziel für die Zersetzungstätigkeit östlicher Stellen. Die kommunistische Zersetzungstätigkeit gegen Westberlin soll durch einige Beispiele deutlich gemacht werden. Sie sind so ausgewählt, daß jeweils eine der oben unter a) bis c) angeführten Absichten überwiegt.

Zu a)

Mit einem Schreiben an einen Senatsdirektor a. D. sollte der Eindruck erweckt werden, als sei er ein bezahlter kommunistischer Informant. Dadurch sollte er beunruhigt und anderen Personen gegenüber verdächtig gemacht werden.

In der „BZ am Abend“ (Ost) vom 6. Dezember 1958 wurde unter der Überschrift „Abflug wird vorbereitet“ behauptet, daß eine alliierte Kommission 1000 prominente Westberliner in einer Abflugliste erfaßt habe. Es handle sich um alle höheren Senatsbeamten, führende Persönlichkeiten der „Frontstadtparteien“ und der „Agentenorganisationen“.

Im November 1958 erhielten Nachbarn eines Westberliner Kriminalbeamten Durchschriften eines an den Polizeipräsidenten gerichteten anonymen Schreibens,

welches den Anschein erwecken sollte, der Hilferuf einer betrogenen Freundin des Beamten zu sein. In dem Schreiben wurde dem Beamten vorgeworfen, sexuell ausschweifend zu leben. Er wurde ferner des vielfachen Heiratsschwindels, der Erstellung persönlich motivierter Spitzelaufträge an seine angeblichen Freundinnen und wiederholter Anstiftung zur Abtreibung beschuldigt.

In der Zersetzungsschrift „Demokratische Polizei, Organ der Gruppe demokratischer Polizeibeamter in Berlin“, Ausgabe Nr. 19 vom 1. Dezember 1958, wird offenbar von der gleichen Stelle, die dieses Schreiben verfaßt und seinen Inhalt einem größeren Personenkreis zur Kenntnis gebracht hat, derselbe konstruierte Sachverhalt zum Anlaß von kritischen Ausführungen über die Zustände in der Westberliner Kriminalpolizei benutzt, und zwar so, als sei durch das Schreiben der dokumentarische Beweis für die Richtigkeit der Angaben geführt. (Die genannte Schrift erscheint seit etwa Mitte 1955 vierzehntägig. Ihr Titel soll den Eindruck erwecken, sie werde von einer tatsächlich vorhandenen organisierten Gruppe im Westberliner Polizeidienst tätiger Beamter herausgegeben.)

In der „Vereinigung politischer und Ostflüchtlinge“ arbeitete ein Ehepaar. Der Ehemann erhielt am 24. September 1958 ein anonymes Schreiben, in dem er aufgefordert wurde, besser auf seine Frau Obacht zu geben, „da sich zwischen ihr und ihrem Vorgesetzten auf der Arbeitsstelle mitunter Dinge ereignen, die man nicht mehr als kollegial bezeichnen kann“. Seine Frau hatte bereits am 28. Juni 1958 einen Brief erhalten, in dem unter anderem stand: „Was gibt Ihnen das Recht, in einer so niederträchtigen Art und Weise ahnungslose Menschen auszuhorchen... Aber das eine kann ich Ihnen versichern: Ich werde dafür sorgen, daß Sie hinreichend bekannt und von den Menschen gemieden werden, denn anders haben Sie es nicht verdient, Sie falsche Katze!“

Zu b)

Im Zusammenhang mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 7. Dezember 1958 war eine erhebliche Verstärkung der gegen die demokratischen Parteien gerichteten Zersetzungstätigkeit zu beobachten. So wurde gegen Ende des Wahlkampfes in Berlin den Bezirkswahlleitern der CDU ein gefälschtes Schreiben ihres Landesverbandes zugeleitet, das zu einer Versammlung aufrief, auf der Bundesinnenminister Dr. SCHRÖDER sprechen sollte. In dem Schreiben wurde unter anderem ausgeführt, es seien unter der Bevölkerung schon einige Anzeichen der Panik aufgetreten, die Berliner CDU würde aber im äußersten Falle ihre bisherigen Kontakte mit Pankow ausnutzen und versuchen, jeder unerwarteten Maßnahme vorzubeugen. Es wurde ferner dazu aufgefordert, die SPD zu „entlarven“.

Die Bezirksverbände der SPD in der Bundesrepublik erhielten ein gefälschtes Schreiben des Ostbüros der SPD in Bonn. Sein Inhalt war als Rechtfertigung der Tätigkeit des Ostbüros abgefaßt und so gehalten, daß der Empfänger den Eindruck gewinnen sollte, das Ostbüro sei tatsächlich in der in östlichen Publikationen geschilderten Weise tätig.

Ein Westberliner Lehrer erhielt am 29. Januar 1957 ein Schreiben, in dem ihm unter mißbräuchlicher Verwendung der Anschrift einer Bundeswehrdienststelle in Hannover mitgeteilt wurde, es bestehe die Absicht, ihn

als „Bundeswehr-Pädagogen“ einzuberufen. Er solle in Hannover vorsprechen, um einige Fragen zu klären. Die ihm entstehenden Unkosten würden ersetzt werden. Ähnliche Aktionen wurden zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik beobachtet. Mit ihnen wurde die Absicht verfolgt, Verwirrung zu stiften und das Vertrauen in die Echtheit amtlicher Schreiben zu erschüttern.

In den ersten Tagen des Dezember 1958 gingen etwa 80 Westberliner Bürgern gefälschte Schreiben der Senatsverwaltung für Inneres zu. Sie enthielten die Aufforderung, am 5. Dezember 1958 in einem bestimmten Dienstzimmer dieser Senatsverwaltung vorzusprechen. Die Auswahl des Personenkreises war nicht eindeutig zu erkennen, es kann jedoch vermutet werden, daß es sich bei einem erheblichen Teil der Empfänger um solche Personen handelte, die dem Osten mißliebig sind.

Um den Jahreswechsel 1956/57 erhielten Flüchtlinge in verschiedenen Notaufnahmелagern Westberlins gefälschte Schreiben, in denen ihnen der Termin ihres „Sonderabflugs“ mitgeteilt wurde, verbunden mit der Aufforderung, rechtzeitig am Flugplatz zu sein. Außerdem ging zum Weihnachtsfest 1957 einer Anzahl von Lagerinsassen ein gefälschtes Schreiben des Leiters des Notaufnahmeverfahrens zu. Es enthielt den Hinweis, daß sie sich eine einmalige Sonderzuwendung von 50 DM bei einer bestimmten Senatsdienststelle abholen könnten. Auch diese Aktionen hatten das Ziel, den organisatorischen Ablauf zu stören und bei den Flüchtlingen ein Gefühl des Mißbehagens über die vielerorts erkennbare untergründige Tätigkeit des MfS und anderer östlicher Stellen wachzuhalten.

Ein immer wieder angewendetes Mittel der Zersetzung sind die fingierten Bestellungen bei geschäftlichen Unternehmen. Unter anderem wurden dem Vorsitzenden einer Westberliner politischen Partei, von ihm nicht bestellte alkoholische Getränke und Tabakwaren ins Haus gebracht. Eine Gärtnerei bestätigte telefonisch einen von ihm nicht erteilten Auftrag, seinen Garten neu zu gestalten. In einem anderen Falle erhielt eine Persönlichkeit den Besuch von Stellenbewerbern, die sich auf eine von ihm nicht aufgebene Zeitungsanzeige beriefen.

Zu c)

Ein ehemaliger Angestellter des Notaufnahmeverfahrens wurde telefonisch beschuldigt, den Anrufenden „den Amerikanern ausgeliefert zu haben“. Die Untermieterin einer Angestellten des öffentlichen Dienstes nahm einen Anruf entgegen, in dem sie aufgefordert wurde, ihrer Wirtin mitzutellen, „die Zeit der Spione und Agenten sei abgelaufen und sie solle sich erschießen“. Ein zur gleichen Zeit im Flur des Wohnhauses angebrachtes handgemaltes Plakat bezeichnete die Angestellte als „NATO-Agentin“ und beschuldigte sie sittlicher Verfehlungen.

Häufig werden fiktive Vereinigungen als Herausgeber von Zersetzungsschriften angegeben. So tauchten im Dezember 1958 Flugzettel auf, die als Herausgeber einen „Kampfbund gegen Besatzerwillkür“ und eine „Notgemeinschaft Republikflüchtiger“ nannten. Besonders häufig erschienen steckbriefartig aufgemachte farbige Flugblätter des „Kampfbundes gegen Besatzerwillkür“. Sie richteten sich gegen ehemalige oder noch tätige Angestellte des Notaufnahmeverfahrens und waren mit dem Lichtbild und genauen Personalangaben versehen. Die Flugblätter trugen z. B. die Überschriften: „Ein

Spion der Franzosen“, „Spione am Wedding“ und „Hallo, Freund! Dir droht Gefahr! Wir warnen vor dem Spion der Franzosen!“ Nach Aufmachung und Inhalt der Blätter sollte durch diese Aktion erreicht werden, die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und den westlichen Schutzmächten zu stören.

Oftmals werden auch Zersetzungsaktionen „mehrstufig“ durchgeführt. Eine solche Aktion richtete sich ab 26. November 1958 gegen das Informationsbüro „West“ (IWE). In einem anonymen Schreiben eines angeblichen Angestellten des IWE wurden dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn angebliche Mißstände im IWE mitgeteilt. Die „Aufrichtigkeit“ dieses Schreibens sollte durch folgenden Satz unterstrichen werden: „Wie Ihnen auch bekannt sein dürfte, unternimmt der SSD in letzter Zeit sehr viele Störversuche, um einzelne Angestellte in Unruhe zu versetzen oder zu

diffamieren.“ Einige Wochen später, am 16. Dezember 1958, erhielt eine Anzahl von Angestellten des IWE anonyme Schreiben, denen Artikel aus der Ostpresse beilagen, die sich mit dem IWE beschäftigten. Der Inhalt aller Schreiben ist aus den angeführten Beispielen zu sehen: „Ja, ja, Herr Dr., die Uhr läuft bald ab, wenn man Sie dann vergißt?“ „Überlegen Sie sich alles vorher gründlich, denn dann erhalten Sie bestimmt keine Flugkarte mehr!“ „Es gibt auch für Sie noch einen Ausweg oder glauben Sie auch an die Flugkarten des Herrn Dr.“ und „Es gibt für Sie noch einen Ausweg, Herr H., nutzen Sie ihn, ehe es zu spät ist, wir haben Sie immer im Auge!“

Die zum Ausdruck kommende Tendenz ist absichtlich einer Veröffentlichung in der Ostpresse entnommen, da bekannt ist, daß die Mitarbeiter des IWE zur Durchführung ihrer Aufgaben die Ostpresse zu lesen gezwungen sind.

B. Rechtskräftige Verurteilungen wegen Landesverrats oder landesverräterischer Beziehungen

In der Zeit vom 30. August 1951 (Inkrafttreten des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes) bis zum Ende des Jahres 1958 wurden 501 Personen, die entweder in Berlin wohnten oder deren Tätigkeit sich gegen Westberlin richtete, wegen Landesverrats, landesverräterischer Beziehungen, Verstoßes gegen das Freiheitsschutzgesetz und anderer einschlägiger Delikte rechtskräftig verurteilt.

In den folgenden Aufstellungen, denen der Wortlaut der entsprechenden Paragraphen vorangestellt ist, sind aufgeschlüsselt die Verfahren erfaßt, die zu Verurteilungen führten wegen Verstoßes gegen

- a) § 100 StGB (Vorsätzlicher Landesverrat)
- b) § 100 c StGB (Fahrlässiger Landesverrat)

c) § 100 e StGB (Landesverräterischer Nachrichtendienst)

d) das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit

e) § 92 StGB (Verfassungsverräterischer Nachrichtendienst) in Verbindung mit § 88 StGB (Begriff der Staatsgefährdung).

Die unter f) folgende Gesamtaufstellung enthält alle einschlägigen Verurteilungen, sie umfaßt jedoch nicht die Gesamtzahl der Personen, gegen die ein derartiges Verfahren eingeleitet wurde. Diese Gesamtzahl, die 650 beträgt, ergibt sich aus der Summierung der rechtskräftigen Verurteilungen und der 149 gemäß § 153 StPO (Nichtverfolgung von Bagatellsachen) eingestellten Verfahren (siehe Aufstellung g).

§ 100 StGB (Vorsätzlicher Landesverrat)

Aufstellung a

I. Wer ein Staatsgeheimnis verrät, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bestraft.

II. Wer sich ein Staatsgeheimnis verschafft, um es zu verraten, wird wegen Ausspähung von Staatsgeheimnissen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

III.

Jahr	Anzahl	Gefängnis	Zuchthaus	Jug.-Strafe	Geldstrafe	Auftraggebende Dienste				
						MfS	SND	CSR	PND	Unb.
1954	2	—	7 J. 6 M.	—	—	1	1	—	—	—
1955	4	10 M. 2 W.	5 J.	1 J. 3 M.	—	2	1	1	—	—
1956	1	—	2 J.	—	—	1	—	—	—	—
1957	2	2 J. 6 M.	6 J.	—	—	2	—	—	—	—
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9	3 J. 4 M. 2 W.	20 J. 6 M.	1 J. 3 M.	—	6	2	1	—	—

§ 100 c StGB (Fahrlässiger Landesverrat)

Aufstellung b

I. Wer vorsätzlich ein Staatsgeheimnis an einen Unbefugten gelangen läßt oder es öffentlich bekanntmacht und dadurch fahrlässig das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

II. Wer fahrlässig ein Staatsgeheimnis, das ihm kraft seines Amtes oder seiner dienstlichen Stellung oder eines von einer Dienststelle erteilten Auftrages zugänglich war, an einen Unbefugten gelangen läßt und dadurch das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Die Tat wird nur mit Ermächtigung der Regierung des Bundes oder des Landes verfolgt, dessen Wohl gefährdet worden ist.

Jahr	Anzahl	Gefängnis	Zuchthaus	Jug.-Strafe	Geldstrafe	Auftraggebende Dienste				
						MfS	SND	CSR	PND	Unh.
1954	1	6 M.	—	—	—	1	—	—	—	—
1955	22	4 J. 8 M.	—	8 M.	—	20	2	—	—	—
1956	7	2 J. 2 M.	—	—	—	7	—	—	—	—
1957	5	2 J. 2 W.	—	—	—	5	—	—	—	—
1958	3	1 J.	—	4 W.	—	3	—	—	—	—
	38	10 J. 4 M. 2 W.	—	8 M. 4 W.	—	36	2	—	—	—

§ 100 e StGB (Landesverräterischer Nachrichtendienst)

Aufstellung c

I. Wer zu einer Regierung, einer Partei, einer anderen Vereinigung oder einer Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes oder zu einer Person, die für eine solche Regierung, Partei, Vereinigung oder Einrichtung tätig ist, Beziehungen aufnimmt oder unterhält, welche die Mitteilungen von Staatsgeheimnissen oder eine der in § 100 d, Abs. 1, bezeichneten Maßnahmen zum Gegenstand haben, wird mit Gefängnis bestraft.

II. Ebenso wird bestraft, wer für eine Regierung, eine Partei, eine andere Vereinigung oder Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes tätig ist und Beziehungen der im Absatz 1 bezeichneten Art zu einem anderen aufnimmt oder unterhält.

Jahr	Anzahl	Gefängnis	Zuchthaus	Jug.-Strafe	Geldstrafe	Auftraggebende Dienste				
						MfS	SND	CSR	PND	Unh.
1954	17	14 J. 10 M.	—	10 W.	—	6	2	9	—	—
1955	39	32 J. 11 M. 3 W.	—	—	—	29	7	3	—	—
1956	78	48 J. 11 M. 3 W.	—	1 J. 4 M. 3 W.	—	65	12	1	—	—
1957	137	76 J. 3 W.	—	2 J. 10 M. 3 W.	14 = 43 300 DM	117	18	1	1	—
1958	105	56 J. 9 M.	5 J. 6 M.	1 J. 6 M. 3 W.	12 = 2 765 DM	87	13	—	—	5
	376	229 J. 7 M.	5 J. 6 M.	6 J. 2 W.	46 065 DM in 26 Fällen	304	52	14	1	5

Austellung d

Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit
vom 15. Juli 1951

Artikel I

Änderung des Strafgesetzbuchs

Das Strafgesetzbuch wird wie folgt geändert:

1. Als § 234 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 234 a

Wer einen anderen durch List, Drohung oder Gewalt in ein Gebiet außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes verbringt oder veranlaßt, sich dorthin zu begeben, oder davon abhält, von dort zurückzukehren, und dadurch der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird wegen Verschleppung mit Zuchthaus bestraft.

werden, wird wegen Verschleppung mit Zuchthaus bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Wer eine solche Tat vorbereitet, wird mit Gefängnis bestraft.“

2. Als § 241 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

„§ 241 a

Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird wegen politischer Verdächtigung mit Gefängnis bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.

Der Versuch ist strafbar.

Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren erkannt werden."

Freiheitsschutzgesetz

Jahr	Anzahl	Gefängnis	Zuchthaus	Jug.-Strafe	Geldstrafe	Auftraggebende Dienste				
						MfS	SND	CSR	PND	Unb
1951	2	3 J.	—	—	—	—	2	—	—	—
1952	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1953	7	2 J. 1 M.	15 J. 1 M.	—	—	5	2	—	—	—
1954	7	3 J. 3 M. 2 W.	4 J.	—	—	6	—	1	—	—
1955	18	3 J. 8 M. 2 W.	42 J. 3 M.	4 W.	—	15	3	—	—	—
1956	25	5 J. 10 M.	33 J. 1 M.	2 J. 5 W.	—	24	1	—	—	—
1957	5	3 J. 11 M.	—	—	—	5	—	—	—	—
1958	nur in Verbindung mit § 100 e StGB, s. unten									
	64	21 J. 10 M.	94 J. 5 M.	2 J. 6 M.	—	55	8	1	—	—

Freiheitsschutzgesetz in Verbindung mit § 100 e StGB

1956	4	2 J. 10 M.	—	3 J. 9 M.	—	4	—	—	—	—
1957	2	1 J.	—	7 M.	—	2	—	—	—	—
1958	6	3 J. 1 M.	5 J.	2 J.	150 DM	6	—	—	—	—
	12	6 J. 11 M.	5 J.	6 J. 4 M.	150 DM	12	—	—	—	—

Aufstellung e

§ 92 StGB

(Verfassungsverräterischer Nachrichtendienst)

I. Wer in der Absicht, den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder eine solche Bestrebung zu fördern, für eine Dienststelle, eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, für eine verbotene Vereinigung oder für einen ihrer Mittelsmänner über Verwaltungen, Dienststellen, Betriebe, Anlagen, Einrichtungen, Vereinigungen oder Personen, die sich im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes befinden, Nachrichten sammelt oder zu diesem Zweck einen Nachrichtendienst betreibt, für eine solche Tätigkeit anwirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bestraft.

II. Der Versuch ist strafbar.

III. In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren erkannt werden.

§ 88 StGB (Begriff der Staatsgefährdung)

Absatz 2: Verfassungsgrundsätze im Sinne dieses Abschnitts sind

1. Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Jahr	Anzahl	Gefängnis	Auftraggeb. Dienste	
			MfS	SND
1953	1	1 J.	1	—
1955	1	1 J. 6 M.	—	1
	2	2 J. 6 M.	1	1

Zeit	Anzahl	Gefängnis	Zuchthaus	Jug.-Strafe	Geldstrafe	Auftraggebende Dienste				
						MfS	SND	CSR	PND	Unb.
30. 8. 51 —1955	121	68 J. 5 M.	73 J. 10 M.	2 J. 2 M.	—	86	21	14	—	—
1956	115	59 J. 10 M. 3 W.	35 J. 1 M.	7 J. 5 M.	—	101	13	1	—	—
1957	151	85 J. 6 M. 1 W.	6 J.	3 J. 5 M. 3 W.	14 = 43 300 DM	131	18	1	1	—
1958	114	60 J. 8 M.	10 J. 6 M.	3 J. 7 M. 3 W.	13 = 2 915 DM	96	13	—	—	5
	501	274 J. 6 M.	125 J. 5 M.	16 J. 8 M. 2 W.	27 = 46 215 DM	414	65	16	1	5

Aufstellung g

§ 153 StPO

(Nichtverfolgung von Bagatellsachen)

I.

II. Ist bei einem Vergehen die Schuld des Täters gering und sind die Folgen der Tat unbedeutend, so kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Amtsrichters

von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen.

III. ...

1956 13 Verfahren

1957 50 "

1958 86 "

149 Verfahren

C. Versuche, Angehörige des öffentlichen Dienstes von Berlin zu landesverräterischen Beziehungen zu verleiten

Wiederholte Versuche sowjetzonalen Stellen, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), mit öffentlich Bediensteten der Verwaltung von Berlin landesverräterische Beziehungen aufzunehmen, haben dazu geführt durch Rundverfügung von den Verwaltungsangehörigen zu verlangen, daß sie Vorkommnisse dieser Art unverzüglich ihrem Dienstvorgesetzten melden.

Wenn im folgenden versucht wird, die Zusammensetzung des Kreises derjenigen Bediensteten, die solche Meldungen erstattet haben, unter verschiedenen Gesichtspunkten zu analysieren, so ist dabei zu berücksichtigen, daß in 76,8 v. H. der herangezogenen Fälle das MfS nicht auf die Betroffenen angesetzt hatte, sondern lediglich routinemäßig wegen ihrer Eigenschaft als Verwaltungsangehörige oder zunächst aus anderen Gründen an sie herangetreten ist, nachdem sie im Verlaufe des Betretens oder Durchfahrens der Sowjetzone oder des Sowjetsektors dem MfS gemeldet worden waren. Hierzu muß man wissen, daß alle sowjetzonalen Behörden, bei denen Verwaltungsangehörige von Berlin bei Ausweiskontrollen, durch Anträge oder auf ähnliche Weise in Erscheinung treten, angewiesen sind, hierüber sofort dem MfS Meldung zu machen, das dann im allgemeinen eine Vernehmung der Betroffenen durchführt. Aufschlußreicher für die Beantwortung der Frage, an welchen Verwaltungsangehörigen das MfS besonderes Interesse hat, ist die Auswertung derjenigen Fälle, in denen das MfS versucht hat, die Beziehungen zu Bediensteten, die durch eine erste Vernehmung bekannt geworden waren, fortzusetzen.

Nachfolgend sollen 133 Meldungen, die auf Grund der eingangs erwähnten Rundverfügung erstattet wurden, analysiert werden:

1. Mehr als ein Viertel aller Meldungen, nämlich 39, entfallen auf Angehörige der Polizei. Mit 24 Meldungen

steht die Senatsverwaltung für Justiz an zweiter Stelle, wobei es sich vorwiegend um Angehörige des Justizvollzugsdienstes handelt. Dem MfS war hauptsächlich daran gelegen zu erfahren, wie groß die Zahl der aus politischen Gründen Inhaftierten ist und wo diese Häftlinge untergebracht sind.

An dritter Stelle steht die Senatsverwaltung für Inneres. Hier wurden im Berichtszeitraum insgesamt 15 Meldungen erstattet. Es folgen dann in der zahlenmäßigen Reihenfolge die Senatsverwaltung für Volksbildung, die Senatsverwaltung für Arbeit und Sozialwesen und die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe sowie die Senatsverwaltung für Gesundheitswesen und das Bezirksamt Reinickendorf von Berlin.

2. a) 62 Verwaltungsangehörige, also etwa die Hälfte der 133 Fälle, haben in übermüdetem Zustand oder aus Unachtsamkeit mit der S-Bahn die Zonengrenze überfahren. Diese Bediensteten wurden in der Regel mehrere Stunden festgehalten, in politische Diskussionen verwickelt, über dienstliche Angelegenheiten befragt und schließlich häufig zur Mitarbeit für das MfS verpflichtet.

b) Aber auch der Besuch bei Verwandten, Freunden und Bekannten, die ihren Wohnsitz im Sowjetsektor von Berlin haben, ja allein schon das Durchfahren des Sowjetsektors von Berlin kann für Verwaltungsangehörige gefährlich sein. Zu 30 Verwaltungsangehörigen ist bei dieser Gelegenheit Kontakt aufgenommen worden. Von diesen 30 Bediensteten gerieten 23 bei von Organen der Sowjetzone durchgeführten Kontrollen (Zoll- oder Ausweiskontrollen) in die Hände von Beauftragten des MfS.

c) Um keine sich bietende Gelegenheit ungenutzt zu lassen, schaltet sich das MfS auch bei Reisen von Westberliner Verwaltungsangehörigen in die Sowjetzone ein. Bei der Beantragung eines Passierscheines zum Besuch naher, in der Sowjetzone lebender Angehöriger wurden 9 Bedienstete zur Mitarbeit für das MfS verpflichtet. Aber auch am Zielort in der Sowjetzone wurde bei der vorgeschriebenen Meldung auf dem Volkspolizeiamt versucht, einen der 133 Verwaltungsangehörigen zu landesverräterischen Beziehungen zu verleiten.

d) Selbst in Westberlin läßt das MfS interessierende Verwaltungsangehörige nicht in Ruhe. 22 Bedienstete wurden von Beauftragten des MfS in ihren Wohnungen aufgesucht. Diese Beauftragten — in 6 Fällen handelte es sich um Verwandte der Bediensteten — versuchten unter Anknüpfung an gemeinsame Bekannte im sowjetischen Machtbereich, an gemeinsame Interessen usw. die Verwaltungsangehörigen zu überreden, sich mit ihnen oder ihren Auftraggebern an bestimmten, im Sowjetsektor gelegenen Orten zu treffen. Es liegt auf der Hand, daß Versuche des MfS, auf diesem Wege Kontakt aufzunehmen, der Verwaltung des öfteren auch deswegen nicht bekanntwerden, weil nicht ersichtlich ist, daß der Verwandte oder Bekannte den Besuch im Auftrag des MfS unternommen hat.

e) Das MfS bedient sich zur Kontaktaufnahme auch schriftlicher Mitteilungen. An 8 Verwaltungsangehörige wurde auf schriftlichem Wege das Ansinnen gestellt, sich mit Beauftragten des MfS im Sowjetsektor zu treffen. Auch in diesen Briefen wird meistens an bestehende oder frühere Bekanntschaften, gemeinsame Interessen usw. angeknüpft.

f) Ferner wurde versucht, mit einem der 133 Verwaltungsangehörigen auf fernmündlichem Wege Kontakt aufzunehmen.

3. Zu einer ganzen Reihe von Bediensteten wurde unmittelbar nach dem ersten Kontaktversuch oder einige Zeit später Verbindung aufgenommen.

a) Von diesen Verwaltungsangehörigen sind beschäftigt:
im Bereich der Senatsverwaltung für Justiz 33,3 v.H.
bei dem Polizeipräsidenten in Berlin 16,7 v.H.
bei der Senatsverwaltung für Inneres 11,1 v.H.
bei anderen Behörden 38,9 v.H.

Das verständliche Interesse des MfS für Angehörige der Polizei und des Justizvollzugsdienstes ergibt sich klar aus den vorstehenden Zahlenangaben. Auf Grund der Meldungen, die von diesen Verwaltungsangehörigen vorgelegt wurden, konnte festgestellt werden, daß 44,4 v.H. von ihnen nahe Angehörige in der Sowjetzone oder im Sowjetsektor haben.

b) 50 v.H. der Bediensteten, die nach der ersten Vernehmung erneut kontaktiert wurden, erhielten eine schriftliche Aufforderung, der eingegangenen Verpflichtung zur Mitarbeit für das MfS nachzukommen. Vielfach wurde den Betroffenen gedroht, daß im Weigerungsfalle der Dienstvorgesetzte von der abgegebenen Spitzelverpflichtung unterrichtet werden würde.

c) 33,3 v.H. der Bediensteten aus der in diesem Abschnitt behandelten Gruppe wurden von Beauftragten des MfS persönlich aufgesucht. Bei 22,2 v.H. dieser Fälle wurden im sowjetischen Machtbereich wohnende Verwandte der Bediensteten durch das MfS beauftragt, die Verwaltungsangehörigen an die Erfüllung der von ihnen eingegangenen Verpflichtung zu erinnern.

d) 11,1 v.H. dieser Bediensteten wurden nach dem ersten Kontaktversuch fernmündlich aufgefordert, sich mit einem Beauftragten des MfS an einem festgelegten Ort im Sowjetsektor zu treffen.

Die Infiltrationstätigkeit gegen Westberlin

A. Wesen und Ziel der kommunistischen Infiltrationstätigkeit

Für seine Untergrundarbeit in nichtkommunistischen Ländern bedient sich Moskau nicht nur der Hilfe der staatlichen Geheimdienste des östlichen Machtblocks sondern auch in hohem Maße der kommunistischen Parteien und ihrer zahlreichen Hilfsorganisationen.

Aufgabe dieser politischen Institutionen ist es, die Bevölkerung des jeweiligen Landes systematisch gegen die bestehende Ordnung aufzuhetzen, innere Gegensätze und Schwierigkeiten zu verschärfen, durch Täuschung und Demagogie sämtliche Bereiche des Staates und der Gesellschaft zu zersetzen. Dieser Bereich der politischen

Betätigung soll hier unter dem Begriff *Infiltration* zusammengefaßt werden, wobei ausdrücklich betont wird, daß es einen allgemein anerkannten Begriff für diese Tätigkeit bisher nicht gibt. Es muß auch erwähnt werden, daß es im Einzelfall außerordentlich schwierig ist, Begriffe wie Infiltration, Zersetzung oder Unterwanderung voneinander abzugrenzen, da sie sich überschneiden, einander voraussetzen oder umfassen. Wenn nachstehend von der Infiltrationstätigkeit aus der SBZ die Rede ist, so wird hierunter stets die Gesamtheit der gegen Westberlin gerichteten Tätigkeit der politischen Institutionen der SBZ verstanden.

B. Methoden der Infiltrationstätigkeit

Da es zum Wesen der Infiltration gehört, das Vertrauen des politischen Gegners zu erschleichen und ihn gleichzeitig unbemerkt zu bekämpfen, haben die Kommunisten eine Reihe von Infiltrationsmethoden entwickelt, mit deren Hilfe sie ihr Ziel zu erreichen hoffen.

I. Der Delegationsaustausch

Mit dem sogenannten Delegationsaustausch haben die Kommunisten eine Infiltrationsmethode geschaffen, die auf fast alle Bereiche des sozialen Lebens anwendbar ist. Es handelt sich hierbei um einen organisierten und gelenkten gruppenweisen Besuchsverkehr, der den Kommunisten folgende Vorteile bietet:

Die in die SBZ einreisenden Delegationen werden sorgfältig „betreut“. Linientreue Funktionäre begleiten sie während ihres gesamten Aufenthaltes in der SBZ.

Es wird ein so umfangreiches Tagesprogramm aufgestellt, daß den Delegationsteilnehmern keine Zeit bleibt, sich unabhängig von der Lenkung umzusehen.

Der Betreuungsplan umschließt Annehmlichkeiten, wie Empfänge, gemeinsame Essen, Besichtigungen, Theaterbesuche usw., so daß die Delegationsteilnehmer sich wohlthuend umsorgt fühlen.

Auf diese Weise ist es möglich, den Besuchern die Parastücke des kommunistischen Systems zu zeigen und das tatsächliche tägliche Leben vor ihnen zu verschleiern.

Eine außerordentliche finanzielle und materielle Großzügigkeit in Verbindung mit dem sehr jovialen Auf-

treten hoher Staats- und Parteifunktionäre der SBZ bewirkt des öfteren, daß politisch unerfahrene Teilnehmer an solchen Delegationsreisen an den Presseveröffentlichungen und Erklärungen offizieller Art in der Bundesrepublik zu zweifeln beginnen und in der SBZ einen durchaus verhandlungsfähigen Partner erblicken.

Hinzu kommt, daß die Bevölkerung der SBZ es aus Angst vor Denunziationen nicht wagen kann, die Besucher aufzuklären.

Das Nahziel, das die Kommunisten mit dieser Infiltrationsmethode verfolgen, ist klar ersichtlich. Die Besucher aus Westdeutschland und Westberlin sollen systematisch über die wahren Verhältnisse in der SBZ getäuscht und damit in ihrer bisherigen Ablehnung des kommunistischen Regimes unsicher gemacht werden. Die zunächst auf beruflicher oder interessenmäßiger Basis bei einer derartigen Reise hergestellten Verbindungen sollen aufrechterhalten und „gepflegt“ werden. Dies geschieht durch Aufnahme eines Briefwechsels nach der Rückkehr der Besucher in ihre Heimatorte und durch Weitergabe der Adressen an die Organe der SED/KPD oder ihrer Organisationen in Westberlin bzw. in Westdeutschland zur weiteren „Betreuung“.

Der Delegationsaustausch als Mittel der Infiltration wird in erster Linie bei Mitgliedern des DGB und der SPD sowie bei sonstigen Angehörigen der „Arbeiterklasse“ angewandt. Aber auch auf kulturellem Gebiet greifen die Kommunisten häufig zu dieser Infiltrationsmethode, da sich gerade hier auf Grund gemeinsamer Interessen sehr leicht scheinbar harmlose Anknüpfungspunkte für Einladungen finden lassen.

Eine dem Delegationsaustausch in der Zielsetzung ähnliche Infiltrationsmethode stellt die „Betreuung“ der privaten Besucher der SBZ dar. Jeder, der in die SBZ einreisen will, muß im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung oder — als Westberliner — im Besitz eines Passierscheines sein. Diese Aufenthaltsgenehmigungen werden von den Räten der Kreise, Abteilung Innere Angelegenheiten, erteilt. Bei Ausstellung eines Passierscheines erhält die Abteilung Innere Angelegenheiten des zuständigen Rates des Kreises oder der Stadt sofort Nachricht. Dadurch ist jeder Besucher „vorangemeldet“.

Die Abteilungen Innere Angelegenheiten der Räte der Kreise verständigen ihrerseits die zuständige Kreisleitung der SED. Darüber hinaus sind alle VP-Dienststellen von der HVDVP angewiesen, die Kreisleitung der SED von der Einreise „interessanter“ Personen aus der Bundesrepublik oder Westberlin zu unterrichten. Je nach dem Beruf der einreisenden Personen beauftragt die Kreisleitung ihrerseits einen zuverlässigen Genossen mit der „Betreuung“ des Besuchers. Dieser „Betreuer“ hat dafür Sorge zu tragen, daß der Besucher während seines Aufenthaltes in der SBZ zu kulturellen Veran-

staltungen aller Art und zu politischen Aussprachen eingeladen wird. Handelt es sich z. B. bei dem Besucher um einen Wissenschaftler, so ist der „Betreuer“ dafür verantwortlich, daß der Besucher mit Wissenschaftlern seiner Fachrichtung unauffällig zusammengebracht wird. Diese haben dann die Aufgabe, als Mindestserfolg zu gewährleisten, daß zwischen ihnen und dem Besucher nach dessen Rückkehr eine briefliche Verbindung aufrechterhalten wird.

Auch hier dient die Herstellung eines menschlichen Kontaktes auf kultureller oder interessenmäßiger Basis lediglich als Vorstufe zu einer späteren Infiltration von stärkerer Intensität und soll nach den Worten des damaligen Vorsitzenden des Büros des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Hans SEIGEWASSER, im Enderfolg dazu führen, daß

„jeglicher Besucher, der in die DDR kommt, zu einem bewußten Agitator gemacht wird, der nach seiner Rückkehr eine Zelle des nationalen Widerstandes in der Bundesrepublik gründet“. (Erklärung auf einer Besprechung der zentralen Presseorgane der SBZ am 25. Oktober 1954 im Sowjetsektor von Berlin.)

III. Die gesamtdeutschen Veranstaltungen

Dienen der Delegationsaustausch und die „Betreuung“ der privaten Besucher in der SBZ den Kommunisten in erster Linie dazu, die ersten Kontakte herzustellen, so verfolgen sie mit den sogenannten gesamtdeutschen Veranstaltungen bereits konkretere politische Ziele. Durch die auf diesen Veranstaltungen gefaßten Entschlüsse wollen sie in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob tatsächlich breite Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik die Politik der SED unterstützen. Darüber hinaus dient ein Teil der gesamtdeutschen Veranstaltungen — insbesondere auf kulturellem Gebiet — der SED auch zur Herstellung der ersten Verbindungen.

Der Ablauf solcher gesamtdeutschen Veranstaltungen hat bewiesen, daß es den Kommunisten bei Tagungen, Konferenzen und Festen nicht etwa um den fachlichen Erfahrungsaustausch, den künstlerischen Wettstreit oder die Verwirklichung sozialer Ziele geht, sondern daß es ihnen in erster Linie darauf ankommt, diese Veranstaltungen für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen. Kaum eine dieser Konferenzen endet ohne die fast immer einstimmig angenommene obligatorische Entschlußung, ohne einen Aufruf oder Appell, in dem die Politik der Kommunisten voll und ganz gebilligt wird und die Verhältnisse in Westdeutschland und Westberlin kritisiert werden.

Dies ist immer wieder möglich, obwohl sich die Zahl der Teilnehmer an gesamtdeutschen Veranstaltungen aus Westdeutschland und aus Westberlin nur zum kleineren Teil aus Personen zusammensetzt, die tatsächlich Kommunisten sind.

Die sorgfältige Teilnehmerauswahl, die durch die Organe der SED/KPD oder deren Tarnorganisationen erfolgt, ist nur ein Teil der präzisen Organisation, mit der diese Veranstaltungen vorbereitet werden. So werden von der veranstaltenden Organisation nicht nur die Zusammensetzung der Tagungsleitung, die Referenten und die Reihenfolge der Diskussionsredner vorher festgelegt, sondern der Inhalt der Referate und Diskussionsreden wird abgesprochen, und die Entschlüsse werden vorher ausgearbeitet. Hinzu kommt, daß sämtliche Teilnehmer aus der SBZ stets als organisierte Einheit auftreten. Es liegt auf der Hand, daß es unter solchen Voraussetzungen fast ausgeschlossen ist, selbst bei gutem Willen einen den Kommunisten nicht genehmen Tagungsablauf durchzusetzen (vgl. Anlage 1).

Wie der Delegationsaustausch so wird auch die Durchführung der gesamtdeutschen Veranstaltungen von der jeweils für den entsprechenden Personenkreis zuständigen sowjetzonalen Organisation oder Institution organisiert. Grundsatz ist, daß die staatlichen Organe und der lenkende Apparat nicht in Erscheinung treten sollen.

IV. Die Briefaktionen

Bei dieser Infiltrationsmethode handelt es sich um einen breitangelegten Versuch zur Beeinflussung der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Die Bevölkerung der SBZ wird von den Massenorganisationen, den Parteien, in den

Betrieben und sogar in ihren Wohnungen aufgefordert, Briefe zu schreiben, in denen von den „Errungenschaften“ und der „Friedenspolitik“ der SBZ berichtet wird. Der sogenannten „Briefaktion“ wird seitens der SED

NATIONALFRONT
DES DEMOKRATISCHEN DEUTSCHLAND

WILHELM KOENEN

AUFKLÄRUNG ALS WAFFE

Dein Brief eine scharfe Waffe der Aufklärung im Kampfe für Einheit und Frieden

Zweite, verbesserte Auflage

Die im vorliegenden Heft zusammengestellten Materialien sind eine Hilfe für die tägliche Arbeit der Ausschüsse und der Aufklärungsgruppen. Das Büro des Präsidiums des Nationalfronts verleiht die geschilderte Herausgabe dieser Aufträge als Aufklärung des Kampfes gegen die Benachteiligung, gegen den kriegsbedingten Hunger, gegen die Verheerung des amerikanischen Krieges, für den Abschluß eines Friedensvertrages, für die Verwirklichung der Einheit unteres Vaterlandes. — Das Studium dieser Aufträge und Reden vermittelt den Mitarbeitern der Nationalfront, nicht zuletzt im Wesen unserer Heimat — die Kenntnis der Entwicklung von den ersten Volkskämpfen über die Volkskongressbewegung bis zur großen nationalen Bewegung für

ein einiges und friedliebendes Deutschland

eine derart hohe Bedeutung beigemessen, daß sie hierfür mehrere umfangreiche Leitfäden herausgegeben hat (s. Abb. 5).

Die Kommunisten sind bestrebt, für diese Briefaktionen alle zur Verfügung stehenden privaten Bindungen der Bevölkerung nach Westberlin oder Westdeutschland nutzbar zu machen. Auf Grund der genauen Angaben, die über im Westen wohnende Verwandte in den Kaderunterlagen der Betriebe, Dienststellen und Organisationen enthalten sind, besteht die Möglichkeit, die Bevölkerung mehr oder weniger drastisch zum Schreiben derartiger Briefe zu zwingen.

Zur Durchführung und Überwachung der Briefaktionen wurden in den Betrieben des Sowjetsektors von Berlin und der sowjetisch besetzten Zone „Korrespondenzzirkel“ gebildet. Die „Korrespondenzzirkel haben die Aufgabe, für die politische Argumentation und die politische Form beim Schreiben der Briefe zu sorgen“. Die Briefe müssen „in jedem Falle eine starke persönliche Note tragen und dürfen kein Funktionsdeutsch“ enthalten. Die Briefe müssen offen an den Leiter des Korrespondenzzirkels weitergegeben werden, der den Inhalt überprüft und für den Versand nach Westberlin oder Westdeutschland

Sorge trägt. Liegen private Beziehungen zu Westberlinern oder Westdeutschen nicht oder in nicht ausreichendem Umfange vor, so werden gemeinsame berufliche oder sonstige Interessen ausgenutzt, um Briefverbindungen herzustellen. So schreiben Metallarbeiter an Metallarbeiter, Lehrer an Lehrer, Sportler an Sportler, Briefmarkensammler an Briefmarkensammler usw. (s. Abb. 6). Die Adressen werden aus Telefon- und Adreßbüchern, Kalendern oder Berufsverzeichnissen herausgeschrieben.

Neben diesen an direkte oder an berufliche oder sonstige Interessen anknüpfenden Briefaktionen führen die Bezirksleitungen der SED und der kommunistischen Massenorganisationen Briefaktionen durch, mit denen alle Schichten der Bevölkerung Westberlins angesprochen werden sollen. Die Briefsendungen werden in den Geschäftsstellen der Bezirksleitungen der jeweiligen Organisationen (SED, FDJ, DSF usw.) postfertig gemacht, durch Kuriere oder Funktionäre nach Westberlin geschleust und hier bei den Postämtern aufgegeben. Die Absender solcher Briefsendungen sind fingiert oder gefälscht. Den Briefen wird häufig Propagandamaterial beigelegt.

V. Die Unterwanderung legaler Organisationen

Die Kommunisten versuchen ständig, entweder Funktionäre und Mitglieder legaler demokratischer Organisationen mit den bereits geschilderten Infiltrationsmethoden in ihrem Sinne politisch zu beeinflussen oder linientreue Kommunisten, deren politische Einstellung nicht allgemein bekannt ist, in die jeweilige Organisation einzuschleusen. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die bereits vor Jahren ergangene Anweisung der SED an alle in Westberlin wohnhaften SED-Mitglieder verwiesen, dem DGB beizutreten und in ihm aktiv mitzuarbeiten.

Objekt der kommunistischen Unterwanderungsbestrebungen sind Organisationen und Vereinigungen aller Art in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Von den Unterwanderungsbestrebungen werden Sportverbände, Elternausschüsse, Gesangsvereine usw. genauso betroffen wie Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräte. Selbst die sogenannten Traditionsverbände und rechtsradikalen Vereinigungen sind vor Unterwanderungsversuchen nicht sicher. Ziel der Unterwanderung ist es, durch aktive Mitarbeit in den jeweiligen Organisationen und Vereinigungen in Funktionen aufzurücken und nach Möglichkeit Schlüsselpositionen zu besetzen. Die häufig zu verzeichnende Inaktivität der breiten Masse der Mitglieder dieser Organisationen und Vereinigungen macht den Kommunisten dieses Vorhaben oft verhältnismäßig leicht.

Ist es ihnen gelungen, Funktionen zu besetzen, so versuchen sie die Willensbildung in der betreffenden Vereinigung im kommunistischen Sinne zu steuern, wobei sie selbstverständlich weiterhin bestrebt sind, sich sorgfältig zu tarnen. Als gut disziplinierte und organisierte Minderheit erreichen die Kommunisten häufig gegenüber der uneinigten antikommunistischen Mehrheit verhältnismäßig leicht die Annahme von Entschlüssen mit kommunistischer Tendenz.

Aber auch dort, wo es den Kommunisten nicht gelingt, durch die Unterwanderung Einfluß auf die Willensbildung der Vereinigung zu gewinnen, ziehen sie allein aus der Tatsache, daß sie über die internen Vorgänge der betreffenden Vereinigung informiert werden, erhebliche Vorteile, indem sie die gewonnenen Informationen ihren eigenen politischen Maßnahmen zugrunde legen. Darüber hinaus geben ihnen personelle Erkenntnisse neue Ansatzpunkte für ihre Infiltrationstätigkeit.

Besondere Bedeutung kommt den kommunistischen Unterwanderungsbestrebungen bei zeitweiligen Aktionen und Bewegungen zu, die sie glauben für ihre politische Zielsetzung ausnutzen zu können. Dies gilt z. B. für die Unterwanderung von Streikbewegungen oder aber für Aktionen wie „Kampf dem Atomtod“ usw.

VI. Der Aufbau von Tarnorganisationen

Dem Infiltrationsmittel der Unterwanderung sehr ähnlich ist die von den Kommunisten häufig angewandte Methode des Aufbaus von Tarnorganisationen.

Der Begriff der Tarnorganisation hat sich im Laufe der Jahre nach 1945 als Bezeichnung für die unzähligen

kommunistischen Vereinigungen herausgebildet, deren wahrer Charakter als politische Zweckvereinigung nicht ohne weiteres erkennbar war.

Tarnorganisationen werden in beträchtlichem Maße vor allem auf kulturellem Gebiet gebildet. Namensgebung

und offizielle Zielsetzung sind meist kultureller oder allgemein humanitärer Art (z. B. Friedensbewegung). Auf diese Weise versuchen die Kommunisten, Personenkreise für ihre gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Tätigkeit einzuspannen, die sich bei offener Nennung der tatsächlichen Ziele und der eigentlichen Hintermänner der Organisation nie zur Mitarbeit bereitfinden würden.

Bei der Gründung dieser Organisationen stützen sich die Kommunisten in erster Linie auf nicht allgemein bekannte Mitglieder der SED/KPD und der Massenorganisationen sowie auf den Personenkreis mit der SED/KPD

Sympathisierender, der bereits durch andere Infiltrationsmethoden, wie z. B. durch Teilnahme an Delegationen oder gesamtdeutschen Veranstaltungen, entsprechend bearbeitet worden ist.

Voraussetzung für die wirkungsvolle Tätigkeit einer Tarnorganisation ist die absolute Tarnung der kommunistischen zentralen Steuerung und Finanzierung der Organisation. Da dies auf die Dauer sehr schwierig ist, werden immer neue Tarnorganisationen gegründet, während enttarnete Vereinigungen dieser Art ihre Tätigkeit ganz oder zeitweise einstellen.

VII. Die Agitationstätigkeit

Die kommunistische Agitation beschränkt sich nicht auf eine propagandistische Verbreitung der eigenen Ziele und Ideen oder gar eine objektive Darstellung und Berichterstattung der tatsächlichen Ereignisse. Es ist geradezu ihr Wesensmerkmal, sich ohne Skrupel ständig der Diffamierung, Verleumdung, Entstellung, Täuschung und Fälschung zu bedienen.

Die Kommunisten haben in der SBZ schon frühzeitig begonnen, einen zentral gesteuerten und streng kontrollierten Agitationsapparat aufzubauen, der den Inhalt der gesamten Presse, des Rundfunks und des Fernsehfunks bestimmt und kontrolliert. Auf Grund der Aufgabenstellung der kommunistischen Agitation und der Art ihrer Durchführung sind die kommunistischen Presseorgane und Sender, so abwegig das für westliche Begriffe erscheinen mag, Hilfsmittel der kommunistischen Infiltration.

Die SED begnügt sich aber keinesfalls mit dieser gesamtstaatlichen „offenen Agitation“, sondern versucht durch Verteilung und Versendung illegalen Agitationsmaterials in gewaltigem Ausmaß (vgl. unter E), die Bevölkerung in Westberlin in ihrem Sinne zu beeinflussen. Hierbei ist sie bestrebt, den kommunistischen

Ursprung des Materials weitgehend zu tarnen. Sie greift zu diesem Zweck bedenkenlos zu Fälschungen aller Art. Bei der Versendung des Materials durch die Post machen sich die Kommunisten insbesondere den Umstand zunutze, daß sie die Sendungen jederzeit ohne Gefahr nach Westberlin schaffen und hier zur Versendung bringen können. Weiterhin nutzen sie den Interzonenverkehr zur Einschleusung des Agitations- bzw. Infiltrationsmaterials aus. In Westberlin erfolgt die Verbreitung des Materials zum großen Teil durch direkte Verteilung in Häusern, auf Straßen und Plätzen. Als Verteiler werden hierfür die Mitglieder der unter D aufgeführten Organisationen und Institutionen eingesetzt, wobei in großem Umfange auf Bewohner des Sowjetsektors oder der Randgebiete zurückgegriffen wird.

Die Herstellung der für Westberlin bestimmten Materialien erfolgt im Auftrage der jeweiligen Organisation oder Institution fast ausschließlich im Sowjetsektor von Berlin. In den Druckereien im Sowjetsektor von Berlin, wie z. B. der Druckerei des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“, befinden sich zum Druck dieser Materialien gesonderte geheimgehaltene Abteilungen, in denen ausschließlich linientreue SED-Mitglieder tätig sind.

C. Die zentrale Steuerung der Infiltrationstätigkeit

Die SED beherrscht heute mit dem Staatsapparat — einschließlich sämtlicher Sicherheitsorgane —, den Massenorganisationen und der Verfügungsgewalt über die gesamte Wirtschaft schrankenlos alle gesellschaftlichen Bereiche in der SBZ. Sie übt diese Herrschaft

nach einem streng zentralistischen System aus. Dies ermöglicht die zentrale Planung und Steuerung der gesamten Infiltrationstätigkeit und die Nutzbarmachung aller erforderlichen Hilfsmittel für ihre Durchführung.

I. Politbüro des ZK der SED — ZK der KPD

Die Richtlinien für die kommunistische Infiltrationstätigkeit gegen Westberlin und das übrige Bundesgebiet werden vom Politbüro des ZK der SED gegeben.

Über den 1. Sekretär des ZK der KPD, Max REIMANN, der im Politbüro des ZK der SED in Fragen, die die KPD betreffen, Sitz und Stimme hat, wird die unmittel-

bare Verbindung zum ZK der KPD hergestellt. Das ZK und das Politbüro der KPD haben seit dem Verbot der KPD in der Bundesrepublik ihren Sitz im Sowjetsektor von Berlin, wo sie über geheime Büros verfügen, in denen ihre konspirativ tätigen Mitarbeiter untergebracht sind.

Verordnungsamt
des
Bürgermeisters

Verordnungsamt
des
Bürgermeisters

Die unmittelbare Anleitung der gesamten Infiltrations-tätigkeit erfolgt durch das „Arbeitsbüro des ZK der SED“, das früher die Bezeichnungen „Abteilung für gesamtdeutsche Fragen“ bzw. „Westabteilung“ führte (s. Abbildung 7). Das Arbeitsbüro hat seinen Sitz in Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 49. (Das ZK der SED befindet sich seit dem 20. April 1959 in Berlin C 2, Werderscher Markt, in dem ehemaligen Gebäude des Ministeriums der Finanzen der SBZ.) Es wurde von Paul VERNER bis zu seiner Wahl zum Sekretär des ZK der SED im Februar 1958 geleitet. Jetziger Leiter des Arbeitsbüros ist der frühere Sektorenleiter im Arbeitsbüro Erich GLUCKAUF. Stellvertretende Abteilungsleiter sind Max SPANGENBERG und Walter HÄHNEL.

Das Arbeitsbüro gliedert sich in folgende Sektoren:

Kader	Landwirtschaft
Propaganda	Gewerkschaftspolitik
Agitation / Presse	SPD
Staat und Recht	BdD
Kommunalpolitik	Instrukteure

Das Arbeitsbüro des ZK der SED steuert einmal vom Sowjetsektor Berlins aus über das ZK der KPD die illegale Arbeit der KPD in der Bundesrepublik. (Die KPD ist somit entgegen allen gegenteiligen offiziellen Beteuerungen von kommunistischer Seite nicht selbstständig, sondern der SED unterstellt und letztlich nichts anderes als einer der Träger der kommunistischen Infiltrationstätigkeit in der Bundesrepublik.) Zum anderen leitet das Arbeitsbüro vom Sowjetsektor Berlins aus die Infiltrationstätigkeit der illegalen KPD in der Bundes-

republik durch eigene Instrukteure direkt an. Hierdurch hat sich die SED die Kontrolle über die Infiltrations-tätigkeit der KPD gesichert.

Neben der Steuerung der Infiltrationstätigkeit der KPD obliegt dem Arbeitsbüro vor allem die Anleitung und Ausrichtung der Infiltrationstätigkeit der SED selbst, der Massen- und Tarnorganisationen, der Nationalen Front, der sogenannten bürgerlichen Parteien und des Staatsapparates. Es unterhält zu diesem Zweck innerhalb des „Sektors Instrukteure“ eine gesonderte „Gruppe DDR“, deren Aufgabe es ist, die Infiltrationstätigkeit der SED-Bezirks- und Kreisleitungen in der SBZ direkt anzuleiten und zu überwachen.

Lediglich für die Anleitung der Infiltration auf kulturellem Gebiet ist ein gesonderter Sektor Westarbeit innerhalb der Abteilung Kultur des ZK der SED unter der Leitung von Willi ADAM zuständig. Dieser Sektor der Abteilung Kultur arbeitet eng mit dem Arbeitsbüro zusammen und bedarf bei Entscheidungen grundsätzlicher Art der Zustimmung des Leiters des Arbeitsbüros.

Das Arbeitsbüro arbeitet bei der Durchführung seiner Aufgaben mit allen Abteilungen des ZK der SED eng zusammen. Dies gilt insbesondere für die Abteilung Finanzen, die Verkehrsabteilung und die Abteilung Agitation, Propaganda, Presse. Der Verkehrsabteilung bedient sich das Arbeitsbüro insbesondere bei illegalen Grenzscheulungen. Da von der Abteilung Agitation, Propaganda, Presse die gesamte Presse, der Rundfunk und das Fernsehen der SBZ zentral gesteuert werden, ergibt sich ein außerordentlich enger Kontakt des Arbeitsbüros zu dieser Abteilung.

III. Die Bezirksleitung Groß-Berlin der SED — Abteilung Gesamtberliner Arbeit

Die gegen Westberlin gerichtete Infiltrationstätigkeit wird unmittelbar durch die Bezirksleitung Groß-Berlin der SED, und hier bis Ende Februar 1959 insbesondere durch die „Abteilung Gesamtberliner Arbeit“ der Bezirksleitung, gesteuert und überwacht. Die Abteilung Gesamtberliner Arbeit war für die Tätigkeit gegen Westberlin sowohl gegenüber den Kreisleitungen der SED in Westberlin als auch gegenüber den SED-Kreisleitungen im Sowjetsektor von Berlin weisungsberechtigt.

Die Abteilung Gesamtberliner Arbeit koordinierte darüber hinaus die Infiltrationstätigkeit der Bezirksleitungen bzw. -vorstände der einzelnen Massenorganisationen, der Nationalen Front und des Staatsapparates im Sowjetsektor von Berlin. Sie bediente sich hierzu u. a. der bei der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED bestehenden Kommission für Gesamtberliner Arbeit, der die für die Gesamtberliner Arbeit zuständigen Vorsitzenden, Sekretäre oder Abteilungsleiter der einzelnen Organisationen und Institutionen angehören.

Die Abteilung Gesamtberliner Arbeit war für die Herausgabe der für Westberlin bestimmten SED-Zeitung „Die Wahrheit“ verantwortlich. Sie bestimmte ferner Form und Inhalt der örtlichen SED-Zeitungen, der Flugblätter und des sonstigen Agitationsmaterials. Sie steuerte den für Westberlin eingerichteten Kurier- und Verteiler-

apparat und regelte die gegen Westberlin gerichteten Brifaktionen. Ort und Zeit für zentrale Aktionen wurden von ihr festgelegt, die Durchführung von Kampfmaßnahmen durch sie angeordnet und organisatorisch vorbereitet. Die Abteilung Gesamtberliner Arbeit hatte ihren Sitz im Gebäude der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin in Berlin W 8, Behrenstraße 35-39. Sie wurde von dem Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED und Mitglied des ZK der SED, Bruno BAUM, geleitet. Als weitere leitende Funktionäre waren in der Abteilung Gesamtberliner Arbeit u. a. Heinz THIELE, Emil REDMANN und Elise DIBBERN tätig.

Die Abteilung Gesamtberliner Arbeit untergliederte sich in die Sektoren

Sicherheit
Organisation/Kader
Agitation/Propaganda
Parteiinformation/Steuerung der Massenorganisationen
Wirtschaftspolitik

Die Abteilung Gesamtberliner Arbeit unterlag in ihrer Tätigkeit sowohl den direkten Weisungen des Arbeitsbüros des ZK der SED als auch den Anordnungen des Büros der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED.

Auf der am 28. Februar und 1. März 1959 durchgeführten II. Tagung der Bezirksdelegiertenkonferenz Groß-Berlin der SED wurde die bisherige Arbeit der Bezirksleitung Groß-Berlin und hier insbesondere die Gesamtberliner Arbeit vom Politbüro des ZK der SED scharf kritisiert und eine völlige Umbesetzung in den leitenden Funktionen der Bezirksleitung angeordnet und beschlossen. Der bisher für die Gesamtberliner Arbeit zuständige Sekretär Bruno BAUM wurde abgelöst. Die Bildung einer eigenen Westberliner Bezirksleitung wurde angekündigt, aber bisher noch nicht verwirklicht.

Die künftige organisatorische Form der Leitung der Gesamtberliner Arbeit läßt sich noch nicht übersehen. Fest steht lediglich, daß die Bezirksleitung Groß-Berlin als solche auch weiterhin für die Anleitung und Kontrolle der Gesamtberliner Arbeit zuständig sein wird. Die „Wahl“ des langjährigen Leiters des „Arbeitsbüros des ZK der SED“, Paul VERNER, zum neuen 1. Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin und die des in der Westarbeit erfahrenen Funktionärs Gerhard DANIELIUS zum Sekretär der Bezirksleitung lassen erkennen, daß der „Gesamtberliner Arbeit“ erhöhte Bedeutung beigemessen wird.

IV. Abteilungen für gesamtdeutsche Arbeit

In allen Parteien und Massenorganisationen der SBZ bestehen besondere sogenannte gesamtdeutsche Abteilungen, die für die einheitliche Ausrichtung der Infiltrationsarbeit in ihrem jeweiligen Sektor verantwortlich sind.

Diese gesamtdeutschen Abteilungen sind fast durchweg

Residenturen des Ministeriums für Staatssicherheit. Ihre wesentlichen Mitarbeiter sind Agenten des MfS und verfügen über Decknamen. Ihre ständige Nebenaufgabe in der Arbeit nach Westdeutschland ist die Feststellung geeigneter Personen, die dem MfS als nachrichtendienstlich ansprechbar gemeldet werden.

D. Die Träger der Infiltrationstätigkeit, ihre speziellen Aufgaben und ihre Arbeitsweise

I. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)

Zur Durchführung der Infiltrationsarbeit bedient sich die SED zwar weitgehend der von ihr zum Teil ausschließlich für diesen Zweck aufgebauten Massen- und Tarnorganisationen, der Nationalen Front und des sowjetischen Staatsapparates, gleichzeitig ist jedoch der Parteiapparat mit seinen Gliederungen selbst in der aktiven Infiltrationsarbeit tätig. Den Bezirks- und Kreisleitungen der SED kommt somit die doppelte Aufgabe zu, einmal die Infiltrationsarbeit der Massen- und Tarnorganisationen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich anzuleiten, zu koordinieren und zu kontrollieren und – zum anderen – ihre Parteimitglieder zur aktiven Infiltrationsarbeit einzusetzen. Die jeweiligen Gliederungen der SED sind also sowohl Steuerungsorgane in ihrem Zuständigkeitsbereich als auch Träger der Infiltrationsarbeit selbst.

1. Die Kreisorganisationen in Westberlin

Die Arbeitsbereiche der Westberliner Kreisorganisationen der SED decken sich mit den Grenzen der Westberliner Verwaltungsbezirke, in denen die jeweiligen Kreisorganisationen der SED Geschäftsstellen unterhalten. Diese Geschäftsstellen befinden sich für die

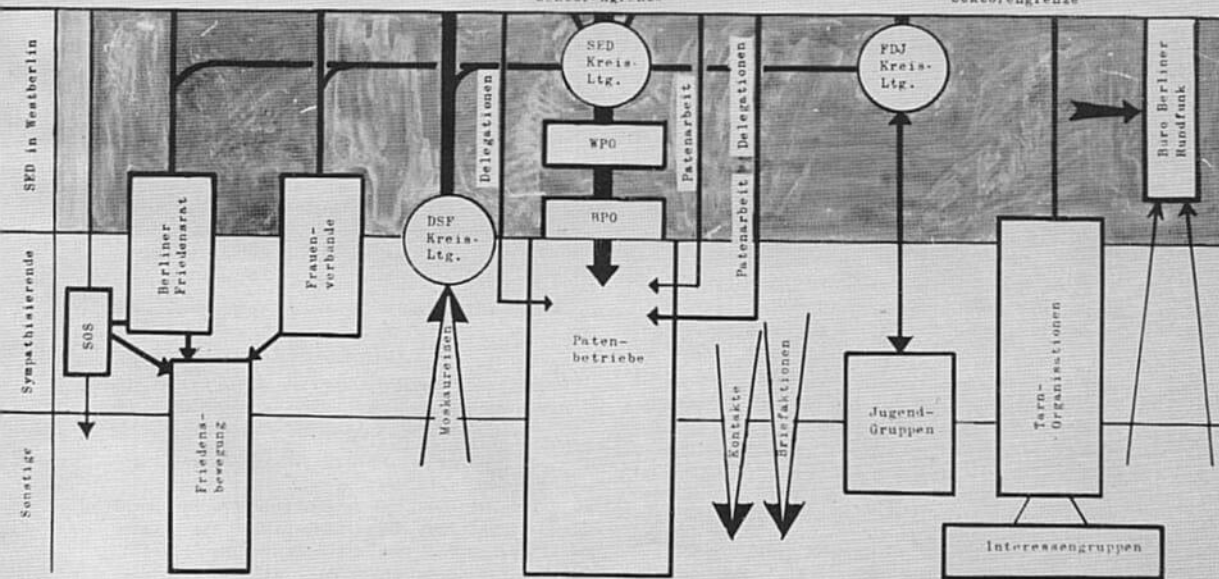
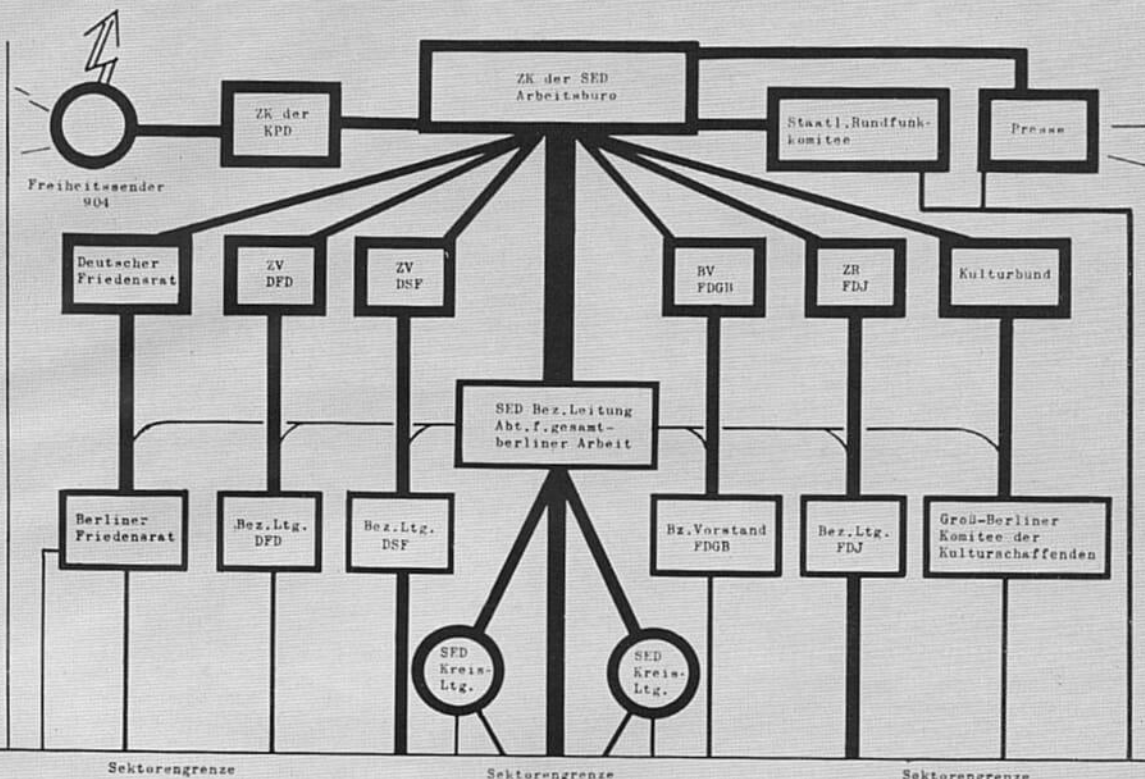
Kreisorganisation Tiergarten	Berlin NW 21, Siemensstraße 27
Kreisorganisation Wedding	Berlin N 65, Lortzingstr. 19
Kreisorganisation Kreuzberg	Berlin SO 36, Erkelenzdam 49
Kreisorganisation Charlottenburg	Bln.-Charlottenburg, Tegeler Weg 13
Kreisorganisation Spandau	Berlin-Spandau, Lindenufer 34

Kreisorganisation Wilmersdorf	Berlin-Wilmersdorf, Weimarische Straße 3
Kreisorganisation Zehlendorf	Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 23
Kreisorganisation Schöneberg	Berlin-Friedenau, Niedstraße 39
Kreisorganisation Steglitz	Berlin-Steglitz, Schloßstraße 28
Kreisorganisation Tempelhof	Berlin-Tempelhof, Prinzenstraße 20
Kreisorganisation Neukölln	Berlin-Neukölln, Allerstraße 35
Kreisorganisation Reinickendorf	Bln.-Reinickendorf, Berliner Straße 99

Die Geschäftsstellen der Westberliner Kreisorganisationen sind Stützpunkte der SED und der kommunistischen Massenorganisationen. Sie sind die Zentralen, von denen aus das von östlichen Druckereien hergestellte und durch Kuriere nach Westberlin eingeführte Propagandamaterial der SED vertrieben wird. Als Anlaufstelle für die Sekretäre der Grundorganisationen und der Instrukteure sind sie Informationszentren und Leitstellen für die politische Arbeit der unteren Parteieinheiten.

Die Leitungen der Westberliner Kreisorganisationen haben ihren eigentlichen Sitz in Berlin C 2, Weydingerstraße 15-18 (Sowjetssektor), wo sich alle erforderlichen Unterlagen befinden (Mitgliederkartellen, geheime Arbeitsanweisungen der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin und des ZK der SED, die Arbeitsberichte der Grundorganisationen und Instrukteure usw.).

Die Aufgaben der Sekretäre einer Westberliner SED-Kreisleitung (s. Abb. 8) sind wie folgt verteilt:



Der 1. Sekretär ist für den Sektor „Sicherheit“ verantwortlich und leitet die Kreisorganisation nach den Weisungen der übergeordneten Instanzen.

Der 2. Sekretär leitet die Operations- und Kader-Arbeit und zusammen mit dem 1. Sekretär die gegen die SPD gerichtete Infiltrationsarbeit. Die „Kaderinstruktoren“ und 4–5 „Arbeitsgebietsinstruktoren“ sind ihm unterstellt.

Dem 3. Sekretär obliegt die Agitations- und Propaganda-Arbeit. Ihm unterstehen das „Agitationsaktiv“, das „Propagandistenaktiv“ und die „Redaktionskommission“ der Kreisleitung.

Der 4. Sekretär ist für die „Parteinformation“ und die „Steuerung der Massenorganisationen“ zuständig.

Der 5. Sekretär ist für die „Gewerkschaftsarbeit“ und die „Betriebsarbeit“ verantwortlich. Die hierfür zuständigen Instrukteure sind ihm unterstellt. Er koordiniert die gegen den DGB gerichtete Infiltrationsarbeit des FDGB und der SED und stimmt den Einsatz der sogenannten Patenbetriebe mit der Aufgabenstellung und der Arbeit der Westberliner Betriebsgruppen der SED ab.

Aus dieser Aufgabenverteilung ergeben sich bereits die Schwerpunkte der Infiltrationstätigkeit der SED-Kreisorganisationen in Westberlin.

a) Die Infiltration gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtete Tätigkeit der SED verfolgt fast ausschließlich das Ziel, das Vertrauen der Mitglieder zur Führung der Sozialdemokratischen Partei herabzusetzen und die politische Kraft der SPD durch Bildung sogenannter oppositioneller Gruppen so zu schwächen, daß schließlich die Voraussetzungen für die „Herstellung der Aktions-einheit der Arbeiterklasse“ gegeben sind.

Grundthemen der ideologischen Infiltration sind diffamierende Behauptungen über die „arbeitverräterische Politik der rechten SPD-Führung“. Die menschlichen, moralischen und politischen Qualitäten der SPD-Funktionäre werden systematisch herabgesetzt.

Die ideologische Infiltration dient nicht dem Zweck, Mitglieder und Funktionäre der SPD zum Übertritt in die SED zu bewegen. Sie hat vielmehr die Aufgabe, die geistig-politischen Grundlagen der SPD insbesondere hinsichtlich ihrer Funktion als staatstragende Partei zu zersetzen. Die Erreichung dieses Zieles setzt ein Netz von „Verbindungen“ voraus. Dabei ist die SED interessiert an Nachrichten über

politische Entscheidungen der SPD, den Inhalt von Diskussionen, denen interne Parteibeschlüsse vorausgegangen sind, taktische Zielsetzungen der SPD,

den Lebenswandel von Funktionären und Angestellten der Sozialdemokratischen Parteiorganisation und deren Meinung zu politischen Tagesfragen.

Diese „Verbindungen“, ihrer Bedeutung nach als „lose“ oder „feste“ Verbindungen bezeichnet, werden zumeist durch direkte Kontaktnahme mit Mitgliedern und Funktionären der SPD geschaffen. Als Ansatzpunkt zu derartigen Kontakten wird der gemeinsame Arbeitsplatz bevorzugt. In einem „Leitfaden über die Rolle der Betriebsgruppen und Betriebsgruppenleitungen“ vom November 1953 heißt es u. a.:

„Im Betrieb sind die sozialdemokratischen Arbeiter mit unseren Genossen derselben Ausbeutung und allen Maßnahmen der Werksverwaltung unterworfen. Darum ist der Betrieb die Basis, auf deren Grundlage es am leichtesten ist, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen.“

Neben der Gewinnung von Nachrichten haben die „losen und festen Verbindungen“ die Aufgabe, den Ablauf von Delegiertenkonferenzen zu beeinflussen und Beschlußvorlagen und Resolutionen einzubringen, die den taktischen Zielsetzungen der SED hinsichtlich der Herstellung der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ oder sonstigen politischen aktuellen Fragen förderlich sind. Desgleichen ist es die Aufgabe der Verbindungen, durch Diskussionsbeiträge in die Mitgliederversammlungen der SPD nach und nach kommunistische Auffassungen zu infiltrieren.

Die Mitglieder der SED werden durch „Parteiauftrag“ zur Infiltrationsarbeit gegen die SPD verpflichtet. Die Leitung der Grund- und Kreisorganisationen überwacht diese „Arbeit mit SPD-Genossen“. Über die Durchführung der Infiltrationsaufträge muß der Abteilung „Gesamtberliner Arbeit“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin Bericht erstattet werden (s. Abb. 9, 10 und 11).

b) Die Infiltration gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Betriebsgruppenarbeit

Die Infiltration gegen den Landesverband Berlin des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde 1954 organisiert. Ihr lag die Konzeption zugrunde, die der IV. Parteitag der SED im April 1954 für den Kampf gegen die freiheitliche demokratische Ordnung in der Bundesrepublik einschließlich Westberlins entwickelt hatte.

Die Mitglieder der Berliner Organisation der SED wurden durch „Parteiauftrag“ verpflichtet, dem DGB beizutreten und hier „gewerkschaftliche Arbeit“ zu leisten. Mit dieser Verpflichtung war der Auftrag verbunden, die „rechten Gewerkschaftsführer zu entlarven“, sie von den Mitgliedern der SED zu „isolieren“ und selbst Funktionen in den Gewerkschaftsleitungen zu erringen.

Den Vollzugsmeldungen der Kreisleitungen zufolge sind 70% der in der SED organisierten Westberliner Kommunisten und 50% der Westberliner FDJ dem DGB beigetreten. Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der parlamentarischen Demokratie sollen von der „Basis“ her angegriffen werden. Die Tätigkeit des DGB, der als „die größte an der Basis wirkende Arbeiterorganisation“ gilt, soll radikalisiert und zu einer politischen Kampfororganisation zur Durchsetzung kommunistischer Forderungen „entwickelt“ werden. In dieser Zielsetzung berühren und überschneiden sich die Infiltrationsarbeiten der SED und des FDGB (vgl. weiter unten unter D II 1).

Durch die „Mitarbeit“ in den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen und den Betriebsräten sollen Beschlüsse der Gewerkschaftsleitungen so beeinflusst werden, daß die geistig-politischen Grundlagen des DGB radikalisiert werden. Deshalb liegt der Schwerpunkt der von den Einheiten der SED in eigener Regie betriebenen Infiltrationstätigkeit in den Betrieben.

Bis 1954 scheiterten alle zur Bildung von Betriebsgruppen unternommenen Versuche, weil die SED mit der Blockade gegen Berlin die ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür verloren hatte. Mitte 1954

wurde die Betriebsarbeit aktiviert. Die psychologischen Voraussetzungen wurden durch die „Politik der Koexistenz und Entspannung“ gegeben, die unter der Parole der „Annäherung und Verständigung“ die Möglichkeit zur „ideologischen Aufweichung“ der Betriebsarbeitserschaft bot.

Den Direktiven der Abteilung „Gesamtberliner Arbeit“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin zufolge haben die Betriebsparteiorganisationen der SED die Aufgabe, außerparlamentarische politische Kampfmaßnahmen aus den Betrieben heraus zu entwickeln.

Die Mitglieder der SED-Betriebsgruppen bilden Kreise, die in der Parteisprache mit „Parteilosenaktivs“ bezeichnet werden. Der Bildung der Parteilosenaktivs geht die Klärung der Anschriften geeignet erscheinender Betriebsangehöriger sowie der Kontaktmöglichkeiten und der evtl. bereits bestehenden Verbindungen von Mitgliedern der SED zu solchen Betriebsangehörigen voraus. (S. Abb. 10 und 11, aus denen die Systematik zu erkennen ist, mit der diese Personenklärung durchgeführt wird.)

Die Angehörigen der „Parteilosenaktivs“ werden in gezielten Briefaktionen mit kommunistischem Propagandamaterial versorgt. Die schriftliche und die im „Gespräch von Schraubstock zu Schraubstock“ betriebene mündliche Agitation wirken zusammen und bereiten den politisch indifferenten oder schwankend gewordenen Arbeiter vor, auf Einladungen zum Delegationsaustausch, zu Betriebsbesichtigungen, Kulturveranstaltungen, Ferienaktionen sowie zur Teilnahme an „Arbeiterkonferenzen“ und „Gesamtberliner Gesprächen“ positiv zu reagieren.

Aus den „ideologisch klaren“ Mitgliedern der Parteilosenaktivs werden „Parteigruppen“ gebildet. Mit dem Begriff „Parteigruppe“ wird die „ideologische Entwicklungsstufe“ ausgedrückt, die die aus den „Parteilosenaktivs“ herausgenommenen Arbeiter erreicht haben. Aufgabe dieser „Parteigruppen“ ist es, kommunistische Auffassungen in die Arbeiterschaft zu tragen, ohne daß der kommunistische Hintermann erkennbar wird. Diese Infiltrationsmethode soll die Voraussetzung dafür schaffen,

die als „aktive Gewerkschaftler und konsequente Vertreter der Arbeiterinteressen“ getarnten Mitglieder der SED-Betriebsgruppen an die Spitze der Vertrauensmännergremien in den Betrieben zu spielen;

die Wahl solcher Personen in die Betriebsräte zu erreichen, die entweder der SED angehören oder die von der SED gesteuert werden können;

Kontakte zu weiteren Betriebsarbeitern zu gewinnen, die wiederum in „Parteilosenaktivs“ zusammengefaßt und zu unbewußten Agitatoren für die Durchsetzung der politischen Ziele der SED „entwickelt“ werden können;

daß das von den Kreisleitungen der SED für die einzelnen Betriebe herausgegebene Flugblatt- und Broschürenmaterial nicht rundweg abgelehnt, sondern überhaupt erst einmal gelesen wird.

Die in den Betriebsgruppen organisierten Mitglieder der SED werden von den Kreisparteikontrollkommissionen und von der „Abteilung Sicherheit“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt unter Einschaltung des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit. Die so in die

Betriebsgruppenarbeit der SED eingeschalteten MfS-Mitarbeiter haben die Möglichkeit, nachrichtendienstliche Kontakte zu erschließen, die außerhalb der Infiltrations-tätigkeit der Betriebsgruppen gepflegt werden.

Unter Vorsitz der Sekretäre der Kreisleitungen treten die Betriebsgruppen turnusmäßig zu Konferenzen, Tagungen und Beratungen zusammen. Bei diesen Veranstaltungen liefern die einzelnen Betriebsgruppenmitglieder Berichte an die Sekretäre ihrer Kreisleitungen, in denen Stimmung und Situation im Betrieb geschildert und Angaben über die Art der Produktion und die Stärke der Belegschaft gemacht werden. Die Betriebsgruppenmitglieder liefern gleichzeitig Informationen über den Lebenswandel und die politische Meinung von Kollegen, Meistern, Angestellten usw. mit Adressenmaterial und Hinweisen, in welcher Form diese Personen seitens der SED öffentlich oder den Betriebsangehörigen gegenüber diffamiert oder zwecks Mitarbeit in den „Parteilosenaktivs“ angesprochen werden können. Der Sekretär gibt bei diesen Gelegenheiten „Arbeitsdirektiven“ und konkret gehaltene Aufträge, deren Durchführung schriftlich gemeldet werden muß (s. Abb. 10).

2. Die Kreisorganisationen im Sowjetsektor von Berlin

Die SED unterhält im Sowjetsektor von Berlin in jedem Stadtbezirk eine Kreisleitung.

Diese acht Kreisleitungen der SED im Sowjetsektor von Berlin haben in entsprechender Weise wie die Kreisleitungen in Westberlin die Aufgabe, einmal die Infiltrationsarbeit der Massenorganisationen, der Nationalen Front und des Staatsapparates ihres Stadtbezirkes nach Westberlin zu koordinieren und zum anderen selbst durch aktive Maßnahmen die Infiltrationsarbeit der Kreisleitungen in Westberlin zu unterstützen.

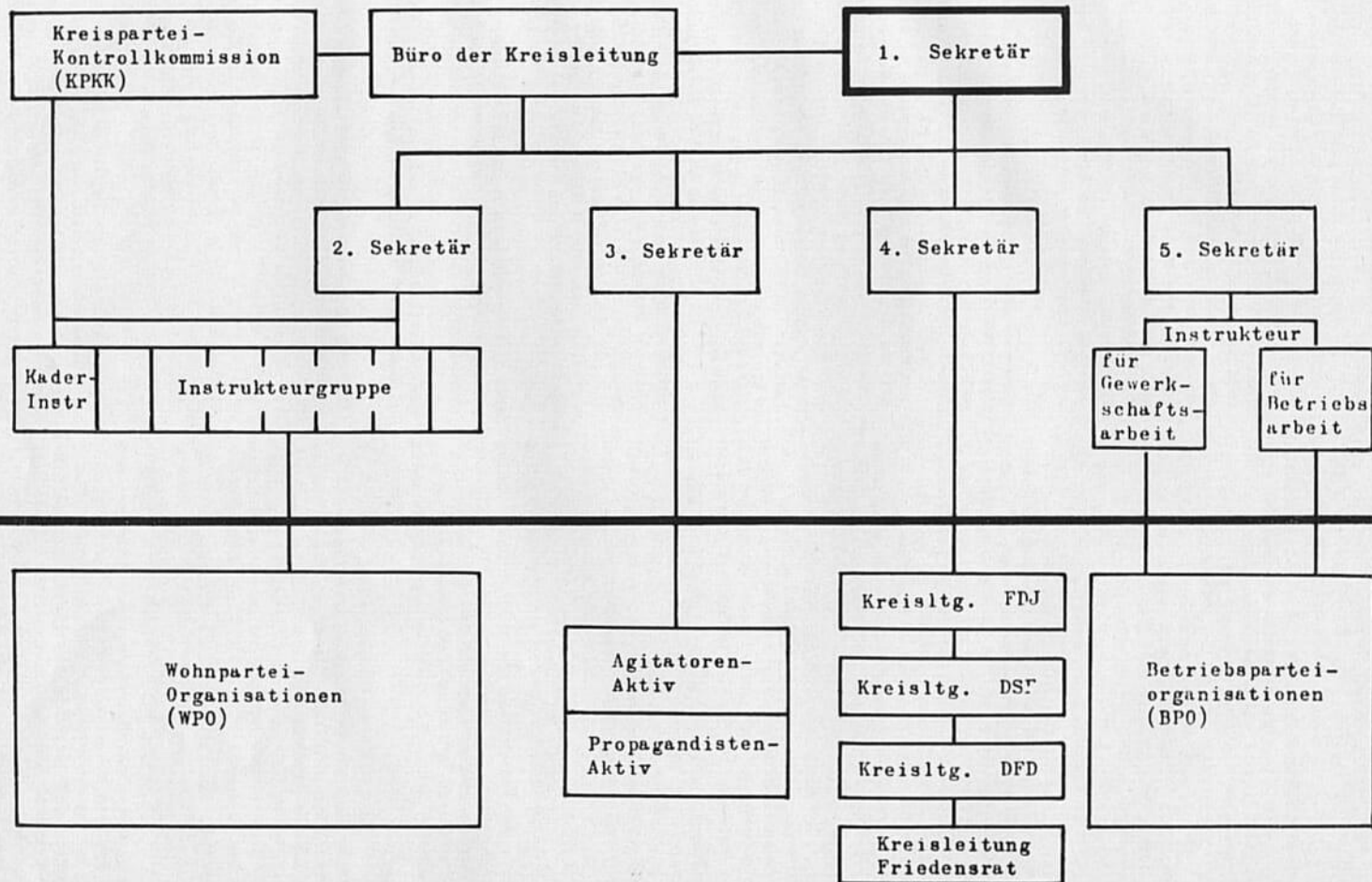
Die Koordinierung der Infiltrations-tätigkeit der einzelnen Organisationen und Institutionen führen die Kreisleitungen in erster Linie durch die bereits erwähnten Kommissionen für Gesamtberliner Arbeit bei den Stadtbezirksausschüssen der Nationalen Front durch. Sie ist außerdem dadurch gesichert, daß die 1. Vorsitzenden oder 1. Sekretäre der Massenorganisationen bzw. der 1. Sekretär des Stadtbezirksausschusses der Nationalen Front und der Bezirksbürgermeister dem Büro der jeweiligen Kreisleitung angehören.

Die Unterstützung der Kreisleitungen der SED in Westberlin durch die Kreisleitungen im Sowjetsektor wurde gerade im Jahre 1958 im Zuge der Vorbereitungen für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Westberlin wesentlich verstärkt. Die Unterstützung durch die sowjetsektoralen Kreisleitungen basiert auf dem Patensystem, d. h. jeder Kreisorganisation des Sowjetsektors sind ein oder zwei Patenkreise (Stadtbezirke) in Westberlin zur Betreuung zugeteilt. So hat z. B. die Kreisleitung Berlin-Mitte die Kreisleitungen Kreuzberg und Spandau, die Kreisleitung Treptow die Kreisleitung Neukölln und die Kreisleitung Pankow die Kreisleitung Reinickendorf in ihrer Infiltrationsarbeit in Westberlin zu unterstützen.

Die Kreisorganisationen im Sowjetsektor versuchen, die Arbeit der Kreisorganisationen in Westberlin insbesondere auf folgende Weise zu erleichtern:

a) Die im Sowjetsektor wohnhaften SPD-Mitglieder sind einer ständigen Agitationsarbeit der SED ausgesetzt. An ihrer Arbeitsstätte und in ihren Wohnungen

KREISLEITUNG der SED



werden sie von SED-Mitgliedern aufgesucht, die versuchen, sie im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. Immer wieder wird hierbei versucht, von SPD-Mitgliedern Stellungnahmen zu aktuellen Tagesfragen im kommunistischen Sinne zu erhalten. Häufig nehmen diese Versuche die Form offener Provokationen an. Läßt sich ein derartiges SPD-Mitglied zu einer klaren Stellungnahme im freiheitlich-demokratischen Sinne herausfordern, so wird es häufig im Betrieb, in seiner Wohngegend, in der Presse oder im Rundfunk unter Entstellung seiner Argumente als „Friedensfeind“ verunglimpft oder diffamiert. In manchen Fällen wurde der Druck so verstärkt, daß die betreffenden SPD-Mitglieder aus ihren Stellungen entlassen oder aber zur Flucht nach Westberlin gezwungen wurden.

Ausweichende Antworten oder Stellungnahmen werden von der SED wiederum so verdreht, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als ob das betreffende SPD-Mitglied die Politik seiner Parteiführung ablehne.

Besonders vor Landesparteitagen und wichtigen Ereignissen verstärkt die SED ihre Bemühungen zur Einflußnahme auf die SPD-Mitglieder im Sowjetsektor von Berlin. In offenen Briefen werden die Kreisleitungen der SPD im Sowjetsektor von Berlin und die einzelnen Delegierten und Mitglieder aufgefordert, sich für eine Politik der SPD in Westberlin im Sinne der SED einzusetzen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, vom Sowjetsektor aus in die SPD einzudringen und so die Bemühungen der Kreisorganisationen der SED in Westberlin zur Herstellung von Kontakten zur SPD zu unterstützen.

b) Im Zuge der Wahlvorbereitungen waren die sowjetsektoralen Kreisleitungen dazu übergegangen, die Kreisorganisationen in Westberlin durch Abordnung einzelner Funktionäre aus dem Sowjetsektor personell zu unterstützen. Hierzu wurden in erster Linie zuverlässige und „erfolgreiche“ Funktionäre aus den VE-Betrieben des Sowjetsektors verwandt.

Diese Arbeitsweise hat sich offensichtlich bewährt, denn die SED hat in den letzten Wochen damit begonnen, sogenannte Paten aus dem Sowjetsektor in den einzelnen Grundorganisationen in Westberlin einzusetzen. Hierbei griff sie wiederum in erster Linie auf Funktionäre aus den VE-Betrieben und Verwaltungen im Sowjetsektor von Berlin zurück.

c) Die intensivste Unterstützung erhalten die SED-Kreisleitungen in Westberlin von den Kreisorganisationen des Sowjetsektors auf dem Gebiet der Agitation. In regelmäßigen Einsätzen werden die Mitglieder der Betriebsorganisationen der SED zum Verteilen von Agitationsmaterial mehr oder weniger illegaler Art, zu „Agitationsgesprächen“ oder zu „Protestdemonstrationen“ nach Westberlin geschickt. Hierbei müssen die Sekretäre der BPO allerdings häufig erheblichen Druck anwenden, um „das Soli“ an „freiwilligen“ Teilnehmern zu erfüllen.

Die Teilnehmer an derartigen Aktionen werden in der Regel direkt zur jeweiligen SED-Kreisleitung im Sowjetsektor bestellt. Erst dort erfahren sie Art, Ort und Zeit ihres Einsatzes. Um einen möglichen Verrat der Aktion zu verhindern, müssen die Teilnehmer bis zum Beginn des Einsatzes zusammenbleiben. Vor ihrer Fahrt nach Westberlin müssen sie die Parteidokumente sowie Betriebsausweise auf der Kreisleitung im Sowjetsektor

abgeben. Lediglich der Personalausweis bleibt während des Einsatzes in ihrem Besitz.

Im Laufe des Jahres 1958 haben die Kommunisten erstmalig bei derartigen Einsätzen auf geschlossene Einheiten der SED-Kampfgruppen des Sowjetsektors zurückgegriffen, die jedoch in Zivil und ohne Waffen auftraten. So führten z.B. ca. 260 Kampfgruppenmitglieder des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain am 22. Juli 1958 an der Müller- Ecke Seestraße im Stadtbezirk Berlin-Wedding (Westberlin) eine Kundendemonstration durch. Die Wahlversammlung der SED im Sportpalast in Westberlin am 13. November 1958 wurde durch ca. 1200 Mann der sowjetsektoralen Kampfgruppen abgesichert.

Trotz der gerade auf dem Gebiet der Agitation schon in der Vergangenheit sehr starken Unterstützung der Kreisorganisationen der SED in Westberlin durch die Kreisorganisationen des Sowjetsektors muß aus dem Diskussionsbeitrag des Kandidaten des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Paul VERNER, auf der 5. Tagung der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED im Januar 1959 geschlossen werden, daß sie bisher noch keineswegs den Vorstellungen der SED entspricht. Wörtlich führte VERNER u. a. hierzu aus:

„Man sollte sich auch von vornherein darüber klar sein, daß die Arbeit in Westberlin in Zukunft eine Angelegenheit der ganzen Berliner Parteiorganisation sein muß, denn schließlich ist die Berliner Parteiorganisation ein Ganzes und eine Einheit.“

Es wird so in Zukunft mit einer weiteren Verstärkung der Unterstützung der Kreisleitungen in Westberlin durch die Kreisorganisationen des Sowjetsektors, d.h. mit einer Intensivierung der unmittelbaren Infiltrationsarbeit des sowjetsektoralen Parteiapparates, in Westberlin zu rechnen sein.

3. Die Pressearbeit der Berliner Parteiorganisation

Die Kommunisten haben seit jeher erkannt, welche hervorragende Bedeutung der Presse als Agitations- und Infiltrationsmittel zukommt. Im einzelnen werden von den Berliner Parteiorganisationen für Westberlin folgende Presseerzeugnisse hergestellt und in Westberlin verbreitet:

a) Betriebszeitungen der SED

Die Zeitungen der Betriebsparteiorganisationen der SED erscheinen gedruckt im DIN-A5-Format und haben in der Regel 8-10 Seiten. Einige Zeitungen und die aus besonderen politischen Anlässen herausgegebenen Sondernummern werden im Rotaprint-Verfahren auf DIN A 4 hergestellt.

Es werden 3 Arten von Betriebszeitungen herausgegeben:

Betriebszeitungen der SED-Kreisleitungen in Westberlin

Mit den Betriebszeitungen der SED-Kreisleitungen soll die „politische Massenarbeit“ unter den Arbeitern des jeweiligen Kreisverbandes gefördert werden. Unter „politischer Massenarbeit“ ist in diesem Zusammenhang eine auf die Unterminierung der freiheitlichen demokratischen Ordnung gerichtete Tätigkeit zu verstehen. Die Betriebszeitungen der Kreisleitungen dienen im wesentlichen der politischen Information im kommunistischen Sinne.

Betriebszeitungen für Berufsgruppen

Im Gegensatz zu den Betriebszeitungen der SED-Kreisleitungen wird in den Zeitungen für Berufsgruppen die berufliche Mentalität des jeweiligen Personenkreises in Themenstellung und Formulierung berücksichtigt. In dieser Art Zeitungen wird die Grundregel wirksam, die Agitation zu differenzieren. Politische und ideologische Fragen werden im Zusammenhang mit sozialpolitischen Fragen des jeweiligen Berufsstandes behandelt. Die Betriebszeitungen für Berufsgruppen haben die Aufgabe, den Begriff „SED“ als Ausdruck einer Konsequenz „Interessenvertretung der Arbeiterklasse“ im Bewußtsein der Arbeiter zu verankern.

Betriebszeitungen der SED-Betriebsparteiorganisationen

Die Betriebszeitungen der SED-Betriebsparteiorganisationen behandeln Fragen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem jeweiligen Betrieb stehen. Betriebsinterne Ereignisse werden grundsätzlich so kommentiert, daß aus der Verbindung von sozialen und wirtschaftlichen mit ideologischen Fragen die Notwendigkeit zu politischen Kampfmaßnahmen gefolgert wird. Die in den Zeitungen veröffentlichten Berichte über die Zustände in den Betrieben sind weitgehend Fälschungen oder grobe Entstellungen. Ein Mitglied der bei der Firma ORENSTEIN & KOPPEL tätigen Betriebsgruppe der SED sagte in seiner polizeilichen Vernehmung am 7. Juli 1958 folgendes aus:

„Abgesehen von den politischen Themen wird von dem 2. SED-Kreissekretär in Spandau, dem Genossen MACHMÜLLER, und von dem für die Gewerkschaftsarbeit im SED-Kreis Spandau zuständigen Genossen THOM jeweils das Thema »betriebsinterne Lage« angeschnitten. THOM und MACHMÜLLER sind hierbei daran interessiert, alle Mängel im Betrieb in Erfahrung zu bringen. Beispielsweise wollen die Genannten wissen, wie sich die Abteilungsleiter oder andere Vorarbeiter benehmen. Hierbei werden auch Fragen der Art gestellt, welche Eigenarten oder, genauer gesagt, Unarten leitende Betriebsangehörige haben, z. B. ob sie Süßer sind. Die anwesenden Genossen berichteten dann auch darüber.“

Vorhalt:

Haben Sie sich denn keine Gedanken darüber gemacht, derartige Dinge dort zu berichten, die dann dazu benutzt werden, in dem illegalen Propagandablatt »ORENKOPP« ausgeschlachtet zu werden, und im Endresultat doch nur darauf abzielen, den Arbeitsfrieden zu stören sowie Unruhe unter die Kollegen zu bringen?

Antwort:

Es ist richtig, daß im Propagandablatt »ORENKOPP« neben wirklichen Mißständen auch Dinge und Personen in sehr unsachlicher Weise und insbesondere in ungerechtfertigter Form angegriffen werden.

Vorhalt:

Bei Ihnen wurden heute 3 Exemplare der SED-Zeitschrift »Die Wahrheit«, Nr. 22, vom 6. Juli 1958 vorgefunden, die Sie versucht hatten, mit in den Betrieb einzuschmuggeln. In dem Artikel von Bl. 7 mit der Überschrift »Krise zieht durch's Werkto« heißt es bezüglich der Firma ORENSTEIN & KOPPEL: »... verbunden mit niedrigerer Zahlung erhöhtes Arbeitstempo sind an der Tagesordnung.«

Frage:

Haben Sie im Betrieb feststellen können, sei es bei sich oder einem anderen Kollegen, der Ihnen bekannt ist, daß eine niedrigere Bezahlung oder ein erhöhtes Arbeitstempo erfolgt oder gefordert wird?

Antwort:

Ich habe eine derartige Feststellung nicht treffen können. Mir ist auch kein Kollege bekannt, bei dem das anders ist.“

Alle Betriebszeitungen werden im Sowjetsektor redigiert und gedruckt und über die an der Sektorengrenze errichteten Materialvertriebsstellen der SED-Kreisleitungen an die Sekretäre für Betriebsarbeit ausgeliefert.

Die Zeitungen werden von den Mitgliedern der SED-Betriebsgruppen und deren Verbindungen in die Betriebe geschleust und dort auf Arbeitsplätzen, Fluren, in Umkleideräumen und Garderoben abgelegt. Sie werden außerdem in gezielten Briefaktionen an die Arbeiter der jeweiligen Betriebe herangetragen.

Bei Schwerpunktbetrieben wird eine zusätzliche Verteilung der Zeitungen bei Betriebsbeginn bzw. Betriebschluß organisiert. Diese Verteilungsaktionen werden zumeist von Arbeitern der sogenannten Patenbetriebe des Sowjetsektors durchgeführt, die von den Betriebsgewerkschaftsleitungen, den Kommissionen für „Gesamtbetriebler Arbeit“ und den Betriebsgruppen der SED und der FDJ zum „Westeinsatz“ befohlen werden.

b) Zeitungen der Westberliner Kreisleitungen der SED

Die Kreisleitungen geben für ihren Ortsbereich eigene Zeitungen heraus. Die Zeitungen tragen die Titel:

Rund um den Tiergarten, Der Weddinger, Der Kreuzberger, Charlottenburger Nachrichten, Neues Volksblatt (Kreisleitung Spandau), Der Wilmsdorfer, Zehlendorfer Anzeiger, Schöneberger Nachrichten, Steglitzer Nachrichten, Tempelhofer Echo, Neuköllner Stimme und Der Reinickendorfer.

Die Zeitungen werden von den „Redaktionskommissionen“ der Westberliner Kreisleitungen bearbeitet, durch die Abteilung „Gesamtbetriebler Arbeit“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin redigiert, im Sowjetsektor gedruckt und über die an der Sektorengrenze eingerichteten Materialvertriebsstellen oder über die auf den S-Bahnhöfen eingerichteten „Stützpunkte“ an die Kreisleitungen ausgeliefert. Die gesamte Druckauflage belief sich 1957 auf rund 28 000 Exemplare monatlich. Sie wurde bis zum Juni 1958 auf etwa 40 000 Exemplare und bis zum 30. September auf 50 000 Exemplare monatlich erhöht.

Die Zeitungen werden unentgeltlich verteilt. Die Verteilung erfolgt durch die Post (Streifbandsendungen), durch „Hausbegehungen“ und durch Aktionen auf Straßen, Plätzen und vor Betrieben. An den öffentlichen Verteilungsaktionen sind fast ausschließlich Angehörige von sowjetsektoralen Kreisorganisationen der SED, Studenten der verschiedenen Ostberliner Bildungsinstitute und Angestellte und Arbeiter der VE-Betriebe beteiligt.

Die Publikationsorgane der Westberliner SED-Kreisleitungen wurden ursprünglich als „Organe der Nationalen Front“ herausgegeben. Die Bezeichnung „Organ der

Berlin, den 3.1.1955
Gru./w.

Betrifft: Liste über Verbindungen zu fortschrittlichen SED-Kolle-
gen in den Wohnbezirken und für Funktionen in Fragekom-
mend den Kollegen zu den bevorstehenden Gewerkschaftswahlen
der IG Bau-Holz-Kreis.

Kreis Wilhelmsdorf

1. Ziel

2.

3.

IG/Gew.

4.

Teilnehmermeldung

5.

Name

6.

Vorname

7.

Geburtsdatum

8.

Geburtsort

9.

Anschrift

10.

Beruf

11.

Betrieb u. Anschrift

12.

Mitglied welcher IG/G

13.

Gew. Funktion

14.

wo politisch organisiert

15.

Funktion

16.

Nr. d. Personalausweise

17.

23.

18.

24.

19.

25.

20.

26.

21.

27.

22.

28.

25.
26.
27.
28.
29.
30.
31.
32.
33.
34.
35.
36.
37.
38.
39.
40.
41.
42.
43.
44.
45.
46.

ner & Trach-
te

ner & Trach-
te

1. Stift
2. Stiftd.

Ich bin bereit, zu den einzelnen Punkten weitere detaillierte
wahrheitsgemäße Angaben zu machen.

Im Februar 1954, an ein genaueres Datum kann ich mich heute
beim besten Willen nicht mehr erinnern, wurde mir informa-
torisch von dem für mich zuständigen SED-Mann "Friedrich"
mitgeteilt, daß ich einen Partei-Auftrag für Westberlin er-
halten würde, der gleichzeitig als eine Tätigkeit für ihn
("Friedrich" als Vertreter des SED) gedacht war. Belehrend
teilte mir "Friedrich" mit, daß ich von meiner gleichzeitigen
Tätigkeit für den SED keinen Mitteilung machen dürfte. Einige
Tage später wurde ich zu dem SED-Sekretär Bruno Baum,
der für den SED der Westsektoren zuständig ist, über meine
Wünsche betriebliche Partei-Organisation bestellt.

Bruno Baum erklärte mir nur in großen Zügen im üblichen
Parteidemagog, daß ich zur Unterstützung der Genossen der SED-
Kreisleitung Spandau eingesetzt werden würde, und daß dieser
Auftrag für mich einen besonderen Vertrauensbeweis für mich
darstellen würde.

Außer diesen allgemeinen Phrasen bekam ich jedoch von Bruno
Baum nichts zu hören. Ich wurde sodann von dem Gebäude
Behrenstraße zu einem Gebäude in der Markgrafenstraße Ecke
Behrenstraße geschickt. Auch dieses Gebäude gehört zur SED-
Bezirksleitung in Berlin. Dort wurde mir nur gesagt, daß
ich mich beim 2. Sekretär des SED-Kreises Spandau Maach-
müller, Vorname unbekannt, zu melden hätte. Maachmüller
sollte ich in dem Nebenbüro der SED-Kreisleitung Spandau
auf dem Güterbahnhof Spandau treffen.

Von Maachmüller, EGGERT und dem SED-Kandidaten wurde mir -
daran kann ich mich jetzt auch entsinnen - ein Betriebsratsmit-
glied als besonders ansprechbar bezeichnet. Es handelt sich

Der Besuch bei diesen mir namentlich nicht bekannten Betriebs-
ratsmitglied spielte sich in folgender Form ab: Maachmüller
und EGGERT hatten "Willi" (über ihn hatte ich bereits nähere
Angaben in meiner letzten Vernehmung gemacht) und sich dahin-
gehend informiert, daß dieses Betriebsratsmitglied uns nicht
"verpfeifen" würde. Als weitere Information wurde uns mitge-
teilt, daß dieses Betriebsratsmitglied in russischer Gefangenschaft
war. Eines Abends suchten wir damals dieses Betriebs-

ratsmitglied

+ = Vorschläge für Funktionen

V = Falschweg d.h. an 5. u. 6. des Fragebogens überwiegen

4 Exemplare

- 1 Bezirksvorstand
- 1 FDGB Instrukteur Gruppe
- 1 Bezirksleitung Partei
- 1 Der zuständige Kreis

Nationalen Front" wurde durch den Untertitel "Zeitung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt" ersetzt.

c) Die SED-Bezirkszeitung „Die Wahrheit“

Bei Aufhebung des Lizenzierungszwanges für Zeitungen und Zeitschriften in Westberlin hatte die SED ihre Vorbereitungen für die Herausgabe einer Westberliner Parteizeitung bereits abgeschlossen. Die erste Ausgabe der SED-Zeitung „Die Wahrheit“ erschien am 15. November 1955.

Die Form und der Inhalt der Zeitung werden von einer bei der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin tätigen „Redaktionskommission“ bestimmt.

Die Zeitung wird in Westberlin gedruckt, an Abonnenten und vorwiegend unentgeltlich vertrieben. Die Abonnenten werden durch den Verteilerapparat der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin beliefert. Die unentgeltliche Verteilung erfolgt fast ausschließlich durch Verteilergruppen der sowjetsektoralen SED-Kreisleitungen und VE-Betriebe. Bei zentralen Aktionen werden auch Gruppen aus den Zonenrandgebieten eingesetzt.

Im März 1956 betrug die Auflagenhöhe je Ausgabe 10 000 Exemplare. Sie wurde bis Juli 1957 auf rund 25 000 Exemplare gesteigert. Wenn man unterstellt, daß die rund 6 000 Westberliner Mitglieder der SED und der kommunistischen Massenorganisationen Bezahler der Zeitung sind, so werden je Ausgabe rund 19 000 Exemplare der Zeitung unentgeltlich in Westberlin verteilt.

II. Die Massenorganisationen

Am 30. März 1954 erklärte Walter ULBRICHT auf dem IV. Parteitag der SED:

„Die großen Transmissionen, die die Partei mit den breitesten Massen verbindet, sind die Massenorganisationen [die Gewerkschaften, die FDJ, der DFD, die Sportvereinigungen und andere Organisationen].“

Nach den Richtlinien, die das Politbüro des ZK der SED anlässlich seiner 2. Organisationsberatung am 28. April 1953 herausgab, haben die „Parteiorgane

- a so zu arbeiten, daß in den verantwortlichen leitenden Funktionen der Massenorganisationen solche Mitglieder tätig sind, die... fähig sind, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen und
- b Weisungen an die Massenorganisationen zu geben und deren Durchführung zu kontrollieren“.

Die Massenorganisationen sind Organe, mit denen die SED einen wesentlichen Teil ihrer Infiltrationsarbeit durchführt.

1. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)

Der FDGB bekennt sich in seiner Satzung zu dem Ziel der SED, das kommunistische totalitäre Herrschaftssystem der SBZ auf ganz Deutschland zu übertragen. In der als „Grundgesetz der Gewerkschaftsorganisation“ bezeichneten Satzung wird herausgestellt, daß die „DDR Basis des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“ ist. Die Satzung legt gleichzeitig die Zielrichtung der vom FDGB zu leistenden Infiltrationsarbeit fest, indem sie erklärt, „die Schaffung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse und der Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte ist die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung der großen Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland“.

a) Organisation und Westarbeit

Die gesamte gegen Westberlin und das übrige Bundesgebiet gerichtete „Westarbeit“ des FDGB wird vom „Ar-

beitsbüro“ des ZK der SED — Sektor Gewerkschaftspolitik — gesteuert.

Nach den Weisungen dieses Arbeitsbüros arbeitet die beim Bundesvorstand des FDGB gebildete Westabteilung, die den Tarnnamen *Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit* erhalten hat und von dem Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes und Kandidaten des ZK der SED, Rudolf KIRCHNER, geleitet wird.

Der Sitz des „Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit“ befindet sich in Berlin O 17, Fritz-Heckert-Str. 70. Das „Büro“ arbeitet nach konspirativen Regeln. Es wurde von den anderen Abteilungen des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB räumlich getrennt und kann nur mit Sonderausweisen und nach einer mehrstufigen Personenkontrolle betreten und verlassen werden. Es unterhält unter anderem in Berlin O 17, Michael-Kirchplatz 4-6, und in der Invalidenstr. 120/121, Gästehäuser, in denen sich Verbindungsbüros des ZK der SED befinden. In diesen Gästehäusern werden die Leiter der westdeutschen und westberliner Infiltrationsgruppen des FDGB untergebracht bzw. empfangen. Von dort werden sie in die für sie zuständigen Leitstellen der Zentralvorstände der Gewerkschaften weitergeschleust oder durch Instrukteure in die Aufgaben eingewiesen, die sie nach Rückkehr in die Bundesrepublik bzw. Westberlin zu lösen haben.

Das „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ beschäftigt zur Zeit etwa 20 hauptamtliche Funktionäre und eine entsprechende Anzahl Hilfspersonen. Von den etwa 100 Instrukteuren, die das „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ zur Anleitung der in Westdeutschland und in Westberlin tätigen Infiltrationsgruppen des FDGB beschäftigt, befinden sich jeweils etwa 50 im Einsatz. Die restlichen Instrukteure halten sich zur Berichterstattung und Entgegennahme neuer Aufträge, zwecks Erholung oder Schulung im Sowjetsektor von Berlin bzw. in der SBZ auf.

Das „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ steuert die „gesamtddeutsche Arbeit“ der 15 im FDGB zusammengeschlossenen Fachgewerkschaften. Die „Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit“ der Zentralvorstände dieser Fachgewerkschaften leiten die Infiltrationsarbeit des FDGB in solchen Gruppen an, die den Fachgewerk-

schaften sozialistisch oder rassistisch zugeordnet sind. So leitet beispielsweise das Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit der Industriegewerkschaft Metall/Metallurgie des FDGB die Infiltrationsarbeit gegen die IG Metall des DGB und die Betriebe der metallverarbeitenden Industrie.

Die Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit der Zentralvorstände der Fachgewerkschaften verfügen hierzu über einen eigenen Instrukteurapparat, der parallel zu dem vom „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ des Bundesvorstandes des FDGB arbeitenden Instrukteurapparat eingesetzt wird.

Die 15 im FDGB zusammengeschlossenen Fachgewerkschaften sind in 245 Bezirksorganisationen untergliedert. Jede Bezirksorganisation unterhält eine Abteilung für „gesamtdeutsche Arbeit“. Diese 245 „Westabteilungen“ leiten und kontrollieren die „Westarbeit“ der mehr als 2000 Kreisorganisationen der Fachgewerkschaften des FDGB und der in jedem sowjetsektoralen und sowjetzonalen Betrieb existierenden „Kommissionen für gesamtdeutsche Arbeit“.

Neben den 15 Fachgewerkschaften steuert das „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“ gleichzeitig die Westabteilungen der FDGB-Bezirksvorstände. Die „Westabteilungen“ dieser FDGB-Bezirksvorstände leiten und kontrollieren die „Westarbeit“ der 245 Bezirksvorstände der Fachgewerkschaften.

Dieses System der Doppelseitigkeit der Arbeits- und Steuerungsmethoden gewährleistet die Einheitlichkeit der Infiltrationsarbeit und hat gleichzeitig den Charakter eines selbständig funktionierenden Kontrollmechanismus. Das doppelgleisige Steuerungs- und Arbeitssystem ist so perfektioniert, daß die Infiltrationstätigkeit des FDGB tausendgliedrig in breiteste Schichten der Westberliner und westdeutschen Arbeiterschaft hineingetragen, einheitlich gesteuert, überwacht, in ihrer gesellschaftspolitischen Wirkung kontrolliert und mit Hilfe der für alle Träger der Infiltrationsarbeit obligatorischen Pflicht zur Berichterstattung auch analysiert werden kann.

Das doppelgleisige Steuerungssystem des FDGB weitet sich durch die von den Bezirksleitungen der SED ausgeübten Steuerungsfunktionen zu einem dreigleisigen Arbeitssystem aus. Diese Dreigleisigkeit tritt nur beim FDGB auf. Sie ergibt sich aus dem zweigleisigen Aufbau der Organisation des FDGB.

b) Die speziellen Aufgaben und die Arbeitsweise

Die durchorganisierte Form der Westarbeit des FDGB setzte nach dem IV. Parteitag der SED im April 1954 ein. Der Aufbau des zu ihrer Durchführung erforderlichen Apparates war Anfang 1957 abgeschlossen. Die am 9. März 1957 in Leipzig durchgeführte „V. Gesamtdeutsche Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre“ gab dem FDGB die Richtlinien für die von ihm zu betreibende Infiltrationsarbeit. Die Entschließung „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ gilt als „Dokument“, nach dessen programmatischen Grundsätzen die Infiltrationsarbeit des FDGB sich abwickelt. In der Entschließung wird herausgestellt, daß der FDGB von unten her in der Westberliner und westdeutschen Arbeiterschaft Fuß zu fassen und auf diesem Wege die als Voraussetzung zur „Veränderung der politischen Verhältnisse in Westberlin und Westdeutschland“ an-

geordnete „Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse“ herzustellen hat. Das Aktionsprogramm „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ weist den FDGB an, seine Infiltrationsarbeit zu konzentrieren auf

„einen breiten Austausch von Studientelegationen der Arbeiter, ihrer Parteien und Gewerkschaften aus beiden deutschen Staaten und die Herbeiführung von Vereinbarungen zwischen den Leitungen der deutschen Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen zur Durchführung von Versammlungen und Beratungen in beiden deutschen Staaten mit gemeinsamen Rednern“.

Ziel dieses Arbeitsprogrammes ist es, „zu einem gemeinsamen offensiven Handeln“ zu kommen, „die deutsche Arbeiterklasse zu einer gemeinsamen Kampffront zu formieren“ und die „org.-politischen“ Voraussetzungen dafür zu schaffen, auf die westberliner und westdeutsche Arbeiterschaft „politisch, moralisch und materiell“ einzuwirken.

Auf der Grundlage dieses Grundsatzprogrammes sind diejenigen Kontaktformen entwickelt worden, die in der Westarbeit des FDGB angewendet werden.

Offizielle Kontaktversuche

Die offiziellen Kontaktversuche dienen der Werbung für eine öffentlich sanktionierte Zusammenarbeit von FDGB und DGB. Da der Bundesvorstand des DGB sowie die in ihm zusammengeschlossenen Fachgewerkschaften eine Zusammenarbeit mit dem FDGB ablehnen und Vertreter des FDGB bisher offiziell nicht empfangen haben, unternimmt der FDGB alle Anstrengungen, auf der unteren und mittleren Gewerkschaftsebene Beschlüsse der Gewerkschaftsleitungen des DGB zustande zu bringen, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem Osten aussprechen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die „rechten Gewerkschaftsführer“ systematisch diffamiert und die unteren DGB-Funktionäre aufgefordert, sich über die Beschlüsse des Bundesvorstandes und der Zentralvorstände der Fachgewerkschaften des DGB hinwegzusetzen.

Zur Methode der offiziellen Kontaktaufnahme gehört auch das Überbringen von Resolutionen und Botschaften von Belegschaften sowjetzonaler Betriebe an westdeutsche oder Westberliner Betriebsräte oder Funktionäre des DGB. Anknüpfungspunkte hierbei bilden zu meist DGB-Konferenzen und -Tagungen, auf denen über Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr oder sonstige politisch aktuelle Probleme beraten wird. Der Vorsitzende des FDGB, Herbert WARNEKE, bezeichnete folgenden Vorgang als ein „gutes Beispiel für die Verbesserung der Arbeit“:

„Im Eisenwerk West, Calbe, wurde von der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit ein offener Brief an einen Betrieb in Westdeutschland entworfen, der sich mit der Schaffung einer Volksbewegung für die oben erwähnten Ziele [gemeint war die atomwaffenfreie Zone] beschäftigt. In der BGL-Sitzung wurde dieser Brief diskutiert, und es wurde beschlossen, ihn in den Gruppenversammlungen zur Diskussion zu stellen. Das wurde getan, und dann wurde in einer Vertrauensmänner-Vollversammlung eine Delegation gewählt, die den Brief an den Betriebsrat des westdeutschen Betriebes überbringt.“

... und das Carboran-Atom
... sollte sich mit den

...und in jeder Hinsicht ...
...ur Sache ...
...und seiner heutigen Vernehmung ist mir bekannt. Ich gebe
...an haben.

eine Verpflichtungserklärung zur Mitarbeit an dem Projekt zu unterschreiben. Ich habe die Verpflichtungserklärung unterschrieben. Mir wurde der Auftrag gegeben, über Versammlungen der SPD, Friedensgesellschaft und andere öffentliche Versammlungen in Berlin (West) zu berichten. Außerdem sollte ich in Versuche mit mir bekannten SPD-Leuten gehen, um

darin auffordert, mich an einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort im Sowjetektor einzufinden. Zeitpunkt und Treffpunkt sind ~~mir nicht bekannt~~.

(Von März 1957 bis s. m. 11. Juni 1957 traf ich mich ca. 20 mal mit v. n. d. z. bzw. ab 1. Juni traf ich mich mit dem Vertreter

auch meine Berichte auf einer von K ü n i g mitgebrachten Reue-
schreibmaschine schreiben. Es waren dies Berichte über meine Gespräche
mit meinen ehemaligen SPD-Genossen.

zum 1. September 1936 für die Jahre 1935/36 und 1936/37.

Die kleine Kunst der Selbstkritik ist eine notwendige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kunst. Die Kunst ist ein Prozess, der sich ständig weiterentwickelt. Die Kunst ist ein Prozess, der sich ständig weiterentwickelt. Die Kunst ist ein Prozess, der sich ständig weiterentwickelt.

[illegible]

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some minor creases and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page is bound, and the overall tone is a warm, off-white or light beige.

Neben den offiziellen Kontaktversuchen wird in steigendem Maße die Aufnahme von Einzelkontakten zu Funktionären des DGB angestrebt. Hierbei haben Fachkontakte zwischen den Arbeitsschutz- oder Sozialversicherungsexperten und anderen mit Spezialaufgaben dieser Art betrauten Funktionären des DGB und des FDGB vorrangige Bedeutung. Es gilt der Grundsatz, Kontakte auf der gleichen Funktionsebene herzustellen und zu unterhalten.

Eine weitere Form der verdeckten Kontakte sind die Versuche, Verbindungen zu einzelnen „fortschrittlichen“ Gewerkschaftsfunktionären auf Kreis-, Orts- oder Betriebsebene und zu Gewerkschaftsmitgliedern herzustellen. Der Schwerpunkt liegt in der Kontaktierung von Betriebsratsmitgliedern und Arbeitnehmervertretern auf Betriebsebene.

Ein wichtiges Mittel für die Herstellung solcher Kontaktformen sind die Reisen sogenannter Arbeiterdelegationen in die SBZ, wo man den Westberliner Arbeitern bei Besichtigungen volkseigener Betriebe, bei Kultur- und Parteiveranstaltungen und vor allem in persönlichen Gesprächen ein günstiges Bild über die politischen und sozialen Zustände der SBZ zu vermitteln sucht und gleichzeitig „beweist“, daß Westberlin und Westdeutschland der Hort „kapitalistischer Ausbeutung“ und die Verkörperung „militaristischer, faschistischer und imperialistischer Reaktion“ sind.

Zweck dieser Form der Delegationstätigkeit ist es u. a., eine „Breitenwirkung“ zu erzielen. Demzufolge werden auch Ehefrauen als willkommene Delegationsteilnehmer angesehen, zumal damit die Werbung für die Teilnahme von Kindern an den sowjetzonalen Kinderferienaktionen verbunden werden kann. Die Delegationen werden unter „Beachtung konspirativer Regeln“ zusammengestellt und die Teilnehmer an diesen Delegationen nach ihrer Rückkehr zu „Zirkeln“ zusammengefaßt, deren Tätigkeit in der bereits erwähnten Weise gesteuert wird (s. Abb. 11).

Die Herstellung derartiger Kontakte sowie die Zusammenstellung von Delegationen obliegt innerhalb der Gesamtberliner Arbeit des FDGB in erster Linie den sogenannten Patenbetrieben im Sowjetsektor von Berlin.

Jedem größeren VE-Betrieb im Sowjetsektor von Berlin ist ein seiner Branche angehörender Betrieb in Westberlin zur Delegationsarbeit zugewiesen. Auf diesen haben die einzelnen VE-Betriebe im Sowjetsektor von Berlin ihre Anstrengungen zu konzentrieren. Sie werden hierbei von den zuständigen Kreisausschüssen ihrer Fachgewerkschaft angeleitet.

Die Betriebsangehörigen der einzelnen VE-Betriebe im Sowjetsektor werden bereits in den sogenannten Betriebskollektivverträgen (BKV) zur Teilnahme an dieser Infiltrationstätigkeit verpflichtet. So heißt es z.B. in dem BKV eines VE-Betriebes des Sowjetsektors von Berlin für 1958:

„Um diese Ziele zu erreichen ... verpflichten sich alle Kollegen und Kolleginnen des Betriebes gemeinsam mit der Werkleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung:

3. Durch laufende Agitationsarbeit im Gesamtberliner Gespräch mit den Werktätigen unserer Kontaktbetriebe in Westberlin, die Voraussetzungen für die

Verwirklichung der Forderung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu schaffen ...

13. Die Gesamtberliner Arbeit weiter zu verbessern und die bestehende Kommission zu erweitern; die Verbindung zu unseren Kontaktbetrieben noch enger zu gestalten und bei betrieblichen Veranstaltungen Kollegen und Kinder (dieser Kontaktbetriebe) einzuladen.“

Auf welche vielfache Weise die Patenbetriebe versuchen, entsprechende Verbindungen zu den ihnen zugeordneten Betrieben in Westberlin herzustellen, wird aus Abbildung 14 ersichtlich.

Arbeit mit Verbindungsleuten

Die Teilnehmer an den Delegationsreisen werden nach ihrer Rückkehr zu „Zirkeln“ zusammengefaßt, die innerhalb der Betriebe und der Gewerkschaften des DGB die gleichen Funktionen zu erfüllen haben, die die „Parteilosenaktivs“ der Betriebsparteiorganisationen der SED ausüben. Die Tätigkeit der Zirkel wird durch Instruktoren des FDGB angeleitet. Die Instruktoren stimmen ihre Arbeit mit den Sekretären der SED-Kreisleitungen in Westberlin ab und sind diesen unterstellt.

Aus den Zirkeln ziehen sich die Instruktoren einen Kreis von Helfern, die als „lose“ oder „feste“ Verbindungen bezeichnet werden. Die Verbindungen haben die Aufgabe, den Instruktoren neue Kontakte zu Gewerkschaftskreisen zu verschaffen sowie Betriebsarbeiter und Gewerkschafter für die Teilnahme an Delegationsfahrten und Reisen zu politischen Kongressen, für Ferienaufenthalte und Schulungslehrgänge in der SBZ zu gewinnen.

Die Verbindungen sind in Arbeitskreise zusammengefaßt. Die Arbeitskreise haben die Aufgabe, den Ablauf von Gewerkschaftsversammlungen und Delegiertenkonferenzen des DGB durch Einbringung von Beschlussvorlagen, Resolutionen oder Lohnforderungen entsprechend der taktischen Zielsetzung der SED zu beeinflussen. Sie sind zumeist die Initiatoren von Beschlüssen, in denen sich zuweilen untere und mittlere Gewerkschaftsleitungen des DGB für eine Zusammenarbeit mit dem FDGB aussprechen. Die Verbindungen haben ferner Angriffe gegen die „rechten Gewerkschaftsführer“ vorzubereiten, „fortschrittliche Gewerkschafter“ zu unterstützen und deren Wahl in die Gewerkschaftsleitungen durch konspirative Wahlabsprachen zu lancieren. Sie sind angewiesen, auf Lohnbewegungen und Streiks Einfluß zu nehmen, Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft zu schüren, oppositionelle Stellungnahmen einzelner Gewerkschaftsorganisationen auf den Gesamtverband auszuweiten, mit politischen Kampfpapieren zu verknüpfen und dafür zu sorgen, daß sich hieraus „außerparlamentarische“ Kampfmaßnahmen und politische Streiks entwickeln.

Zugleich sind diese Verbindungen Träger von Nachrichten über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände in den Betrieben und den Gewerkschaftsorganisationen. Sie liefern an die Instruktoren Stimmungsberichte, Meldungen über Streiks, über Personalveränderungen, über die politische Einstellung von Mitgliedern der Betriebsräte und der Gewerkschaftsleitungen und schaffen somit Voraussetzungen dafür, daß die Westarbeit des FDGB planmäßig und zielstrebig durchgeführt werden kann (vgl. Abb. 10 und 11).

c) Der FDGB unterhält in allen Bezirken der SBZ Schulen, um Betriebsarbeiter und FDGB-Mitglieder zu Funktionären heranzubilden.

Auf den Zentralschulen der Fachgewerkschaften des FDGB werden in fünfmonatigen Kursen Funktionäre für die Arbeit bei den Bezirks- und Zentralvorständen herangebildet.

Die FDGB-Schule „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin bildet Funktionäre aus, die in den Organen des Bundesvorstandes tätig sind. Zur Ausbildung für den Einsatz in Westberlin und dem übrigen Bundesgebiet sind Sonderschulen eingerichtet worden.

Die Zentralschule des Bundesvorstandes des FDGB in Falkensee, Kreis Nauen

Auf dieser Schule werden fortlaufend Lehrgänge für Betriebsarbeiter und -funktionäre, Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre aus Westberlin und Westdeutschland durchgeführt. Die Lehrgangsteilnehmer erhalten Decknamen. Im Vordergrund der Unterrichtsthemen werden Fragen wie „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, „Wiedervereinigung“ und „Kampf gegen den Atomtod“ behandelt.

Die FDGB-Schule „Hermsdorfer Mühle“ bei Königs Wusterhausen

Auf der FDGB-Schule „Hermsdorfer Mühle“ werden besonders Lehrgänge für Betriebsarbeiter und -funktionäre und Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre aus Westberlin durchgeführt. Die Unterbringung in der Schule ist internatsmäßig. Die Teilnahme ist kostenlos.

d) Zusammenarbeit mit den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit

Den Aussagen des in die Bundesrepublik geflüchteten stellvertretenden Leiters des „Büros für deutsche Gewerkschaftseinheit“ des Zentralvorstandes der Gewerkschaft „Staatsverwaltungen, Gesundheitswesen, Finanzen“ zufolge steht ein Mitarbeiter des sowjetzonalen Ministeriums für Staatssicherheit in ständiger Verbindung mit den Leitern der Abteilungen für „Gesamtdeutsche Arbeit“ der Zentralvorstände der FDGB-Fachgewerkschaften. Die Leiter dieser Abteilungen für „Gesamtdeutsche Arbeit“ sind verpflichtet, dem Verbindungsmann des MfS alle den Staatssicherheitsdienst interessierenden Angaben aus den Berichten zugänglich zu machen, die von den in Westberlin und im übrigen Bundesgebiet tätigen Instruktoren und Verbindungsleuten geliefert werden. In der gleichen Form arbeiten die anderen kommunistischen Massenorganisationen mit den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit zusammen.

Drei Beispiele sollen das unter Beweis stellen:

Ein Angestellter der Bank deutscher Länder besuchte auf Einladung des FDGB die Leipziger Messe. Durch Einsichtnahme des MfS-Verbindungsmannes in die Besucherlisten wurde der Staatssicherheitsdienst auf diesen Angestellten aufmerksam. Der Angestellte wurde aus der „Betreuung“ durch Leipziger Gewerkschafter herausgenommen und an den Staatssicherheitsdienst überstellt.

Ein ehemaliger Sekretär der Abteilung „Gesamtberliner Arbeit“ des Bezirksvorstandes Groß-Berlin der DSF

arbeitete eng mit einem Angestellten des Ministeriums für Staatssicherheit zusammen, der unter dem Namen SCHLEUBNER bekannt wurde. SCHLEUBNER hatte in den Räumen der Geschäftsstelle des Bezirksvorstandes Groß-Berlin der DSF ein Arbeitsbüro, in dem die Arbeitsberichte der Westberliner Kreisorganisation der DSF ausgewertet wurden. SCHLEUBNER konnte über die Kartei verfügen, in der die Westberliner Mitglieder der DSF mit Angaben über berufliche Tätigkeit und Zugehörigkeit zu SPD, DGB, CDU, FDP oder anderen demokratischen Organisationen erfaßt sind. Aus dieser Kartei sortierte SCHLEUBNER diejenigen Personen aus, die für den Staatssicherheitsdienst von Interesse waren.

Bei den Westberliner Kreisorganisationen der FDJ sind Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes eingesetzt. Diese Mitarbeiter haben die Aufgabe, die von der FDJ erschlossenen Kontakte zu demokratischen Jugendorganisationen für die Werbung zur Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst auszunutzen.

2. Freie Deutsche Jugend (FDJ)

Auf dem III. Parteitag der SED am 22. Juli 1950 erhielt die FDJ die Anweisung, „die gesamte Tätigkeit ihrer Organisation stärker auf Westberlin und Westdeutschland“ zu konzentrieren (Protokoll des III. Parteitages der SED, Dietz-Verlag, Berlin 1950). Hierbei hat sich die FDJ „die Erfahrungen der Bolschewiki [im revolutionären Kampf und konspirativer Arbeit] zu eigen“ zu machen (Walter ULBRICHT, IV. Parlament der FDJ, Verlag Junge Welt, Berlin 1952). Die FDJ hat diesen auf die Übertragung des kommunistischen Herrschaftssystems der SBZ auf ganz Deutschland gerichteten Auftrag in ihrer Satzung verankert. Sie bezeichnet sich als „Massenorganisation, die die Jugend zu Kämpfern für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage“ erzieht.

a) Organisation der Westarbeit

Die „Westarbeit“ der FDJ wird vom ZK der SED gesteuert. Nach seinen Weisungen arbeitet die *Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit des Zentralrates der FDJ*, die ihren Sitz in Berlin W 8, Unter den Linden Nr. 36-38, hat und von dem Sekretär des Zentralrates Hannes KEUSCH geleitet wird. Die Abteilung ist untergliedert in die Sektionen

- Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken — Jungsozialisten
- Naturfreunde-Jugend
- Sportjugend
- Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend
- Bund der deutschen katholischen Jugend
- Studenten-Organisationen
- Bund der deutschen Landjugend
- Ring deutscher Pfadfinderbünde
- Deutsche Jugend des Ostens
- Deutscher Bundesjugendring
- Wehrdienstverweigerer-Organisationen
- Faschistische, militaristische und monarchistische Jugendorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland
- Materialversand nach Westdeutschland.

Die Abteilung „Gesamtdeutsche Arbeit“ des Zentralrates der FDJ steuert die Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit der FDJ-Bezirksleitungen, deren Tätigkeit gleichzeitig von den Bezirksleitungen der SED „angeleitet und kontrolliert wird“.

Die Abteilung „Gesamtberliner Arbeit“ der FDJ-Bezirksleitung Groß-Berlin steuert die Westberliner Kreisorganisationen der FDJ. Die Tätigkeit der Westberliner Kreisorganisationen der FDJ wird von den Kreisleitungen der SED „angeleitet und kontrolliert“.

b) Die speziellen Aufgaben und die Arbeitsweise

Die Gliederung der Abteilung für „Gesamtdeutsche Arbeit“ des Zentralrates der FDJ läßt die Absicht erkennen, Jugendorganisationen aller Art zu infiltrieren. Die Zielrichtung der Infiltrationsarbeit wird konkret durch die am 16. März 1956 gefaßte EntschlieÙung „zur Verstärkung des Einflusses der FDJ auf die Arbeiterjugend Westberlins“ (vertrauliche Verschlusssache des Sekretariats der FDJ-Bezirksleitung Groß-Berlin, Tgb. Nr. 96/41 a/56) bestimmt. In der EntschlieÙung heiÙt es u. a.:

„GroÙe Teile der Jungarbeiter in Westberlin sind in den Westberliner Sportvereinen organisiert. Ca. 80 000 Jugendliche gehören Westberliner Sportvereinen an. Der gröÙte Teil von ihnen unterliegt dem Argument vom sogenannten unpolitischen Sport. Dabei haben die Sparten Fußball, Turnen und Leichtathletik den gröÙten An-
klang.“

Die zweitgröÙte Organisation der Arbeiterjugend in Westberlin ist die Gewerkschaftsjugend. In den Gewerkschaftsjugendgruppen beginnt in immer stärkerem MaÙe der Einfluß der FDJ spürbar zu werden. Gegenwärtig sind 190 FDJler aktiv in der Gewerkschaft tätig. Eine Reihe von FDJ-Mitgliedern sind in entscheidende Funktionen der Gewerkschaftsjugend gewählt worden. Ein Beweis dafür, daß die FDJler aus den Gewerkschaftsjugendgruppen nicht mehr wegzudenken sind, sind die Ausführungen eines Funktionärs der IG-Metall Jugend auf einer Beratung von Gewerkschaftsfunktionären, der den Gewerkschaftsfunktionären riet, FDJler in die Gewerkschaftsgruppen aufzunehmen, weil die FDJler konsequent für die Rechte der jungen Arbeiter eintreten.“

Auf der 2. Tagung des Zentralrates der FDJ wurden Maßnahmen zur „prinzipiellen und zielstrebigsten Entwicklung der politischen Massenarbeit“ unter der Westberliner Arbeiterjugend beschlossen. Den Arbeitsdirektiven zufolge soll der Anknüpfungspunkt zur Arbeit unter der Gewerkschaftsjugend das „Aktionsprogramm des DGB“ sein. Im Vordergrund der Agitation stehen hier die Forderungen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, politisches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, verkürzte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sowie die „Förderungsprogramme der FDJ für junge Betriebsarbeiter in Westberlin“. Die „Verhältnisse in der DDR und die Lage der Arbeiterjugend in der DDR“ werden mit der „Lage der Arbeiterjugend in Westberlin“ verglichen. Bei der „Einflußnahme auf junge Westberliner Arbeiter hat sich die Methode der individuellen Ansprachen“ als erfolgreich erwiesen.

Im einzelnen legt der „BeschlüÙ zur Verstärkung des Einflusses der FDJ auf die Arbeiterjugend Westberlins“ vom 16. März 1956 folgendes fest:

Die FDJ-Kreisleitungen in Westberlin haben „... Brigaden zu bilden, denen der 1. Sekretär der Kreisleitung der FDJ, der Instrukteur der FDJ-Bezirksleitung, ein Gewerkschaftsfunktionär und mehrere Jungarbeiter angehören. Die Brigaden haben die Aufgabe, den Einfluß der FDJ auf die Arbeiterjugend in den Betrieben zu vergrößern.“

In den Sportvereinen und DGB-Jugendgruppen ist besonders um die Durchführung der Beschlüsse gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für die Rechte der Arbeiterjugend zu kämpfen.

Die Kreissekretäre der FDJ in Westberlin haben die Pflicht, die Arbeit derjenigen FDJler zu intensivieren, die in den Sportvereinen und Gewerkschaftsgruppen organisiert sind. Schwerpunkt bei dieser Arbeit ist die Gewinnung junger Arbeiter für die Teilnahme an gesamtdeutschen Tagungen, Turn- und Sportfesten sowie die Vorbereitung von Anträgen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, die in den DGB-Jugendgruppen, bei den Kongressen der Gewerkschaftsjugend, den Kongressen der Industriegewerkschaften des DGB und des Bundesjugendkongresses eingebracht werden.

Desgleichen sind die Methoden zur Gewinnung junger Arbeiter gründlich auszuwerten und entsprechend den soziologischen Strukturen in den Kreisen anzuwenden. Schwerpunkte sind die Organisation von Ausspracheabenden mit jungen Arbeitern und Gewerkschaftlern. Durchführung von Jugendforen, Musik- und Tanzveranstaltungen sowie Jungarbeiterkonferenzen und Gewerkschaftsversammlungen . . .“

Um diese Aufgaben lösen zu können, wendet die FDJ in der Infiltrationsarbeit die sogenannte weiche Taktik an. Sie behauptet, eine parteipolitisch unabhängige Jugendorganisation zu sein, und variiert diese Behauptung mit einer Reihe von Argumenten, um Verwirrung in die demokratischen Jugendorganisationen hineinzutragen, dort gesellschaftsfähig und als Mitglied in den „Ring politischer Jugend“ aufgenommen zu werden. Ihr Ziel ist es, gleichberechtigt mit den demokratischen Jugendorganisationen Jugendheime und andere die Jugendarbeit fördernde Einrichtungen des Senats von Berlin benutzen zu können, um dadurch vor den Jugendlichen als legale Organisation zu erscheinen und so die Basis für eine breitangelegte ideologische Infiltrationsarbeit zu gewinnen.

Die Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend, der demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen, der Sportvereine, der Naturfreunde, der Schreiberjugend usw. soll Kontakte erschließen, mit deren Hilfe die Leitungen der demokratischen Jugendorganisationen von unten her in eine Arbeitsrichtung gelenkt werden, die den taktischen Zielsetzungen der FDJ dient.

Die studentische Jugend von Westberlin wird durch ein Infiltrationssystem „bearbeitet“, dessen Kern die FDJ-Gruppen der sowjetsektoralen Hochschulen und Universitäten sowie Tarngruppen sind, die sich um die Zeitschriften „tua res“ und „konkret“ gebildet haben. Diese Infiltrationsgruppen werden vom Zentralrat der FDJ gesteuert und von in der Infiltrationsarbeit tätigen Spitzenfunktionären des kommunistischen Berliner Friedensrates angeleitet und kontrolliert. Ein klassisches Beispiel für die Wirksamkeit des Infiltrationssystems ist der am 3. und 4. Januar 1959 an der Freien

Veranstaltung durchgeführt. „Studentenkongress gegen Atomrüstung“.

3. Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)

Der DFD hat — ebenso wie alle anderen Massenorganisationen der SBZ — auf seinem VI. Bundestag im Dezember 1957 ein neues Statut angenommen, in dem er sich verpflichtet, seine ganze Kraft für die Stärkung der „Arbeiter- und Bauern-Macht“ und den Sieg des „Sozialismus“ einzusetzen. Die SBZ wird in diesem Statut als die Basis für eine Wiedervereinigung Deutschlands als „friedlicher, demokratischer Staat, der zum Sozialismus strebt“, bezeichnet. Die „führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf allen Gebieten des Lebens unseres Volkes“ wird vom DFD ausdrücklich anerkannt.

Da diese klare Zielsetzung die Infiltrationsarbeit des DFD innerhalb von Westberlin außerordentlich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würde, bezeichnen sich die Verbände des DFD in Westberlin als unabhängige Organisation und beziehen sich nach außen hin auf das Statut des DFD, das auf der III. Delegiertenkonferenz des DFD im April 1955 in Solingen für die Bundesrepublik angenommen wurde. In diesem Statut behauptet der DFD, „die besten Traditionen der bürgerlichen und der sozialistischen deutschen Frauenbewegung zu verkörpern“. In ihm ist vom „Sieg des Sozialismus“ kein Wort enthalten, wieweil dieses Ziel geschickt umschrieben ist.

Um den Schein einer unabhängigen Organisation zu verstärken, bezeichnen sich die Verbände des DFD in Westberlin häufig formal als *Demokratischer Frauenbund Berlin*. An der tatsächlichen organisatorischen und politischen Abhängigkeit vom DFD der SBZ kann schon deshalb nicht der geringste Zweifel bestehen, weil dieser „Demokratische Frauenbund Berlin“ über keine eigene Leitung und über keine eigenen Geschäftsräume in Westberlin verfügt.

a) Organisation der Westarbeit

Steuernendes Organ ist die „Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit“ des Bundesvorstandes des DFD, der seinen Sitz im „Haus der Frau“ in Berlin W 8, Clara-Zetkin-Straße 16, hat. Das Bundessekretariat erteilt die Anweisungen für die Arbeit des westlichen DFD-Apparates nach den Richtlinien des „Arbeitsbüros“ des ZK der SED und der für westdeutsche Fragen verantwortlichen inoffiziell arbeitenden Abteilungen der IDFF.

Die „Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit“ leitet die Tätigkeit der „Westabteilung“ des Bezirksvorstandes Groß-Berlin des DFD an, dessen Geschäftsräume sich in Berlin C 2, Breite Straße 35, befinden.

Die Arbeit der Westberliner Kreisorganisationen des DFD wird von der „Abteilung Gesamtberliner Arbeit“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin gesteuert.

b) Die speziellen Aufgaben und die Arbeitsweise

Den am 6. Januar 1954 anlässlich einer „Festveranstaltung des Bezirksvorstandes Groß-Berlin des DFD“ herausgegebenen Richtlinien zufolge hat die Tätigkeit der Westberliner Kreisorganisationen des DFD „dem Staatsapparat der DDR zu dienen und den Westberliner Senat zu schädigen, wo immer dies nur möglich ist“.

Der DFD versucht, diese Aufgabe zu lösen durch

die Arbeit auf schulpolitischen Gebiet (Besuch von Klassen-, Beirat- und Elternversammlungen)

die Bildung von Interessengemeinschaften (Literatur- und Lesezirkel, Interessengemeinschaften für Kunst, Theater usw.)

die Herstellung und Festigung von Verbindungen zu anderen Organisationen

(Besuch von Versammlungen, Schaffung und Festigung von Verbindungen zu Frauenfunktionären der SPD, des DGB, der Nachbarschaften und des Berliner Frauenbundes)

die Herstellung und Festigung von Verbindungen zu Betrieben

(Schaffung von Betriebsgruppen, Werbung für Delegationen und Betriebsbesichtigungen im Sowjetsektor) die Herstellung von Propagandamaterialien mit verschleiierter kommunistischer Tendenz (Leserzuschriften für die „Westpresse“, Artikel für Elternblätter)

Kulturveranstaltungen sowie Gespräche, Diskussionen und Aussprachen, die als öffentliche Versammlungen arrangiert werden.

Der DFD führt diese Infiltrationsarbeit unter Berufung auf seinen „überparteilichen“ Charakter durch. Die Mitglieder des DFD treten der Bevölkerung nicht als Kommunisten, sondern als „Mütter“ und „Hausfrauen“ gegenüber und versuchen vor allem gefühlsbetonterweise, Ressentiments gegen die „jugendfeindliche Politik des Senats von Berlin“ zu erwecken. Diese Methode der Beeinflussung soll die Voraussetzung dafür schaffen, in Elternbeiräte einzudringen bzw. Funktionen in demokratischen Frauenorganisationen zu übernehmen und deren Tätigkeit der kommunistischen Zielsetzung entsprechend zu steuern.

Ein wichtiges Mittel der vom DFD betriebenen Infiltrationsarbeit ist die Werbung für die sowjetzonalen Kinderferienaktionen. Die Kinderferienaktionen bieten die Möglichkeit, zwei Sektoren der „politischen Massenarbeit“ zu erfassen. Einmal werden die Kinder in den Ferienlagern bei Spiel und Sport kommunistisch beeinflusst und oft gegen den Willen der Eltern veranlaßt, Mitglieder der „Thälmann-Pioniere“ oder der FDJ zu werden. Eng verbunden hiermit ist die Werbung zur Teilnahme an der kommunistischen Jugendweihe, die ein Schwerpunktgebiet der Infiltrationsarbeit des DFD ist.

Zum anderen werden die Eltern der an den Ferienlagern teilnehmenden Kinder zu „Interessengemeinschaften“ zusammengefaßt, die sich fast ausschließlich mit kulturellen Problemen befassen und den Zweck haben, die Elternschaft für den Besuch von „Festen der Freundschaft“, „Mode-Plaudereien“ und sowjetsektoralen Theater- und Kulturveranstaltungen zu gewinnen. Bei diesen Veranstaltungen wird — oft in geschickt getarnter Form — das kommunistische totalitäre Herrschaftssystem verherrlicht und die freiheitlich demokratische Grundordnung herabgesetzt. Dem gleichen Ziele dienen die turnusmäßig im Sowjetsektor durchgeführten „Gesamtberliner“ Dampferfahrten und die politischen „Ost-West-Gespräche“ über Fragen der Wiedervereinigung, der Preiserhöhungen usw. (s. Abb. 15).

Der DFD unterstützt seine Infiltrationsarbeit durch die Herausgabe von Flugblättern, Broschüren und Zeitschriften. So vertreiben die Westberliner Kreisorganisationen des DFD die kommunistische Frauenzeitschrift „Frau von Heute“. Die Zeitschrift wird vom Bundesvorstand des DFD in Berlin W 8, Clara-Zetkin-Straße, herausgegeben, in Leipzig C 1, Friedrich-Ebert-Str. 76, verlegt und in der „Berliner Druckerei“ in Berlin C 2, Dresdner Straße 43, gedruckt. Die Anzahl der in Westberlin vertriebenen Exemplare ist nicht schätzbar. Die Zeitschrift ist in Aufmachung und Form sehr stark an westlichen Frauenzeitschriften orientiert. Sie behandelt vorwiegend Themen, die für Frauen interessant sind; so z. B. Fragen der Mode, der Kindererziehung, der Arbeit in Kindergärten und in Haushalt und Küche. In einer für den Laien nicht sofort erkennbaren Form wird in allen Veröffentlichungen dieser Zeitschrift Propaganda für das kommunistische System gemacht.

Eine weitere in Westberlin vertriebene Zeitschrift des DFD erscheint unter dem Titel „Im Blickpunkt der Berlinerin“. Zweck der Zeitschrift ist die Beeinflussung politisch indifferenter Frauen in Westberlin. Auch hier ist es charakteristisch, daß der politische Zweck, der mit der Zeitschrift verfolgt wird, im Inhalt nicht klar zu erkennen ist. Die Anzahl der in Westberlin vertriebenen Exemplare ist auch hier nicht schätzbar, zumal diese Zeitschrift fast ausschließlich durch Briefaktionen an die Bevölkerung herangebracht wird.

Die Flugblätter des DFD nehmen zu aktuellen wirtschaftlichen oder politischen Fragen Stellung. Sie sollen Protestbewegungen unter den Frauen auslösen oder Ressentiments gegen die Schulpolitik des Senats von Berlin schaffen (siehe Abbildung 16). Alle Kräfte des DFD sind gegenwärtig auf die Unterwanderung der Aktionsausschüsse „Kampf gegen den Atomtod“ konzentriert.

4. Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Am 30. Juni 1947 wurde unter Anleitung sowjetischer Offiziere und unter dem Protektorat der örtlichen sowjetischen Militärkommandanturen die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ gegründet. Formal war die Gesellschaft der SED nicht unterstellt. Es wurde der Anschein erweckt, als handle es sich um eine überparteiliche Organisation, die ausschließlich kulturellen Zwecken diene.

Bereits auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 wurde angeordnet, die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu einer Massenorganisation [zu] entwickeln“. (Dokumente der SED, Band II, Dietz-Verlag, Berlin 1951).

Am 2. Juli 1949 wurde die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) umbenannt. Die auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 angeordnete Umwandlung der Gesellschaft „von einer Kulturorganisation mit begrenzten Wirkungsmöglichkeiten zu einer politischen Massenorganisation“ war damit vollzogen.

Der Satzung zufolge hat die DSF die Aufgabe, „dem deutschen Volk die Wahrheit über die Sowjetunion zu vermitteln, die Antisowjetikethese zu zerschlagen und die

Freundschaft mit der Sowjetunion zur Herzenssache aller Deutschen zu machen“. Mit der Lösung „dieser Aufgabe trägt die DSF aktiv dazu bei, den Kampf der Nationalen Front um die demokratische Freiheit Deutschlands zum Siege zu führen“.

Es kann somit festgestellt werden, daß der Auftrag zur Infiltrationsarbeit in der Satzung der DSF ebenso verankert ist wie beim FDGB.

Organisation der Westarbeit

Die Tätigkeit der DSF wird vom Sekretariat des ZK der SED gesteuert. Für die Durchführung der Richtlinien des ZK der SED hinsichtlich der Westarbeit ist die *Abteilung Gesamtdeutsche Arbeit* des Zentralvorstandes der DSF verantwortlich. Sie hat ihren Sitz in Berlin W 8, Mauerstraße 16-18. Sie leitet die in Westdeutschland tätigen Infiltrationsgruppen der DSF und die „Gesamtberliner Arbeit“ der DSF-Bezirksleitung Groß-Berlin. Gleichzeitig wird die Gesamtberliner Arbeit der DSF-Bezirksleitung Groß-Berlin von der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED angeleitet.

Für die Steuerung der Sowjetliner Kreisorganisationen der DSF ist die „Abteilung Gesamtberliner Arbeit“ der DSF-Bezirksleitung Groß-Berlin zuständig, die von Franz EISTEL geleitet wird. Sie unterliegt den Weisungen der Abteilung „Gesamtberliner Arbeit“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin.

Die Westberliner Kreisorganisationen werden von den 4. Sekretären der SED-Kreisleitungen angeleitet und kontrolliert. Die 1. Sekretäre der Kreisorganisationen der DSF sind Mitglieder der SED-Kreisleitungen.

Der DSF sind für die Infiltrationstätigkeit folgende Aufgaben zugewiesen worden (Richtlinien des V. Parteitages der SED an die DSF):

„... Die Mitglieder der DSF haben bei Vorträgen in den Volkshochschulen und anderen Einrichtungen in Westberlin als bewußte Freunde der Sowjetunion aufzutreten und mit ihren Argumenten die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten ...“

„... Die DSF hat in öffentlichen Räumen Westberlins Ausstellungen zu veranstalten, in denen die Errungenschaften der Wissenschaft, der Technik, der Volksbildung, der Kunst und im Sport der Sowjetunion eindrucksvoll zu demonstrieren sind ...“

„... Aussprachen mit Betriebsarbeitern, Jugendlichen, Handwerkern, Ärzten, Wissenschaftlern, Künstlern, Lehrern und Studenten sowie mit Hausfrauen sollen die Bedeutung der Existenz der DDR und des demokratischen Sektors von Berlin [gemeint ist der Sowjetsektor] für die nationale Zukunft Deutschlands erläutern. Die Bevölkerung Westberlins muß davon überzeugt werden, daß die Deutsche Demokratische Republik der zukünftige Staat aller Deutschen ist ...“

„... Öffentliche Foren und Veranstaltungen der Aktionsausschüsse gegen Atomtod sowie Versammlungen der SPD, des DGB, der Gewerkschaftsjugend und Veranstaltungen von Sportverbänden und kulturellen Vereinigungen sind als Agitationsbasis für die Publizierung der sowjetischen Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands zu benutzen ...“

Die Ausstellungen sind als Veranstaltungen zu tarnen, die der „Völkerverständigung“ dienen. Als besonders

wirkungsvolle Methode der Infiltrationstätigkeit werden „Einzeldiskussionen“ angesehen, die bei „Hausbegehungen“ und nach Kulturveranstaltungen sowjetischer Ensembles in Westberlin durchgeführt werden.

Eine weitere als Schwerpunkt angesehene Infiltrationsmethode ist die Vermittlung von Einzel- und Delegationsreisen in die Sowjetunion zu verbilligten Preisen. Hierbei bedient sich die DSF einer Reihe von kommunistischen Tarnorganisationen, aber auch in zunehmendem Maße finanziell schwach gestellter Reisebüros in Westberlin. Die Teilnehmer an solchen Reisen werden zumeist im sowjetkulturellen „Haus der Kultur“ unter Ausnutzung der nachklingenden Reiseerlebnisse zusammengefaßt. Die DSF baut den Reisebetrieb in die Sowjetunion systematisch aus.

5. Deutscher Kulturbund (DKB)

Der Präsidialrat des Deutschen Kulturbundes beschloß auf seiner Sitzung am 23. Januar 1959 den „Arbeitsplan des Präsidialrates des Deutschen Kulturbundes für das Jahr 1959“, in dem er sich u. a. folgende Aufgabe stellt:

„1. Beratung über die Mobilisierung der deutschen Intelligenz gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus, für die Sicherung des Friedens in Europa, für den Abschluß eines Friedensvertrages der beiden deutschen Staaten, für die friedliche Lösung der Berlin-Frage, für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, für die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten und für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedlicher demokratischer Staat ...“

Um dieses Ziel zu erreichen, versucht der Deutsche Kulturbund in ständiger Infiltrationstätigkeit insbesondere die Wissenschaftler, Künstler und sonstigen Geisteschaffenden in Westberlin und im übrigen Bundesgebiet für die politischen Ziele der Kommunisten zu gewinnen und auszunutzen.

Zu diesem Zweck unterhält er in seinem Bundessekretariat eine *Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit*, die ihre Anweisungen für die Durchführung ihrer Infiltrationstätigkeit vom Arbeitsbüro bzw. von dem Sektor Westarbeit der Abteilung Kultur des ZK der SED erhält. Leiter der Abteilung ist der Bundessekretär Hugo BERGMANN, Berlin-Johannisthal, Königsheldeweg 285.

Diese Abteilung hat ihren Sitz im Hause des Bundessekretariats des Deutschen Kulturbundes, Berlin W 8, Otto-Nuschke-Straße 1. Ein Teil der Mitarbeiter hat seinen Arbeitsplatz jedoch im Hause des „Deutschen Kulturtages“, Berlin W 8, Charlottenstraße 60.

Sämtliche Mitarbeiter dieser Abteilung gehören der SED an. Sie sind den übrigen Mitarbeitern des Bundessekretariats nur namentlich bekannt. Die Tätigkeit der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit wird vor den übrigen Abteilungen des Bundessekretariats geheimgehalten.

Der Deutsche Kulturbund führt seine Infiltrationstätigkeit in erster Linie mit Hilfe von Tarnorganisationen durch. Größte Bedeutung kommt hierbei dem *Deutschen Kulturtag* und dem Demokratischen Kulturbund Deutschland zu. Der „Deutsche Kulturtag“ hat sein Büro in der Charlottenstraße 60 im Sowjetsektor von

Berlin. Er ist personell eng mit dem Bundessekretariat des Deutschen Kulturbundes verbunden. So war zum Beispiel die jetzige Mitarbeiterin des „Deutschen Kulturtags“ Luise PANTEN bis April 1958 in der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit des Bundessekretariats des Deutschen Kulturbundes tätig. Luise PANTEN und der Sekretär des „Deutschen Kulturtags“, Gerhart SCHRÖTER, werden ferner in einem Bericht des Bundessekretariats des Deutschen Kulturbundes vom November 1958 ausdrücklich als „Mitarbeiter“ des Bundessekretariats bezeichnet. Finanziell ist der „Deutsche Kulturtag“ vom Deutschen Kulturbund abhängig.

Der Deutsche Kulturbund bzw. der „Deutsche Kulturtag“ versuchen, insbesondere durch Veranstaltung gesamtdeutscher Tagungen Einfluß auf die „Intelligenz“ in Westberlin und Westdeutschland zu gewinnen. Darüber hinaus versenden sie in großem Umfange Agitationsmaterial an entsprechende Bevölkerungskreise in Westberlin und im übrigen Bundesgebiet. So wurden z. B. Anfang Juli 1958 von der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit des Deutschen Kulturbundes 20 000 Exemplare der Broschüre „Über Fragen der sozialistischen Bewußtseinsbildung“ von Walter ULBRICHT an Ärzte in Westdeutschland und Westberlin versandt. In den Wochen vor den Bundestagswahlen im September 1957 versuchte der „Deutsche Kulturtag“, durch Versendung von ca. 15 000 Exemplaren der Broschüren „Warum und wie wurde Deutschland gespalten“ und „Gibt es einen realen Weg zur Wiedervereinigung“ im kommunistischen Sinne Einfluß auf den Wahlausgang zu gewinnen.

Bei der Versendung von Agitationsmaterial verwendet der Deutsche Kulturbund bzw. der „Deutsche Kulturtag“ auch Tarnbezeichnungen. So wurde festgestellt, daß vom „Deutschen Kulturtag“ versandtes Material mit dem Absender „Arbeitskreis für Zeitgeschichte“ versehen war. Als Absenderanschriften wurden Privatadressen von Mitarbeitern der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit des Bundessekretariats des Deutschen Kulturbundes verwendet.

Dem Bezirkssekretariat Groß-Berlin des Deutschen Kulturbundes, das seinen Sitz in Berlin W 8, Taubenstraße 49, hat und dessen Arbeit von dem Bezirkssekretär Eugen MENDER (SED) geleitet wird, kommt für die Gesamtberliner Arbeit des Deutschen Kulturbundes nur relativ geringe Bedeutung zu. Es versucht zwar, von sich aus „Gesamtberliner Gespräche“ mit Kulturschaffenden zu organisieren und Kontakte zur „Intelligenz“ in Westberlin herzustellen, ist jedoch weitgehend auf die aktive Hilfe der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit des Bundessekretariats des Deutschen Kulturbundes angewiesen.

6. Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB)

Der Deutsche Turn- und Sportbund der SBZ, der erst im April 1957 im Sowjetsektor von Berlin gegründet wurde, hat seinen Sitz in Berlin C 2, Brüderstr. 5-6. Er hat unter anderem die Aufgabe, die Infiltrationstätigkeit der Kommunisten gegen die Bundesrepublik einschließlich Westberlins auf sportlichem Gebiet durchzuführen.

Der gesamtdeutsche Sportverkehr ist für die SED ein Delegationsaustausch auf dem Gebiete des Sports. Die für die Reisen nach Westberlin oder Westdeutschland bzw. für den Empfang von Mannschaften aus dem



Entschliebung

der Kreisdelegiertenkonferenz
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Kreisparteiorganisation Königs Wusterhausen
am 21. und 22. Mai 1955

Dazu gehört in erster Linie die Verstärkung der gesamtdeutschen Arbeit mit dem Ziel, die Aktionseinheit von unten zu schaffen und Streiks, Demonstrationen sowie andere Kampfmethoden in Westdeutschland auszulösen, die zu einer völligen Neuorientierung der Politik in Westdeutschland führen. Besonders muß die Zurückgebliebenheit der

Büro beauftragt, die Führung in der gesamtdeutschen Arbeit straffer zu organisieren. Um die gesamtdeutsche Arbeit im Kreis auf eine höhere Stufe zu heben, muß die Delegationsstätigkeit mehr auf der Grundlage des politischen Gesprächs geführt werden.

Westen erforderlichen Mittel werden den Sportvereinigungen einschließlich der notwendigen Beträge in DM-West vom DTSB in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt.

In den letzten Jahren ist der DTSB überdies verstärkt dazu übergegangen, gesamtdeutsche Tagungen zu veranstalten. So wurde alljährlich im Januar/Februar das sogenannte Oberhofer Gespräch mit Sportlern aus Westberlin und dem übrigen Bundesgebiet durchgeführt, an dem — abgesehen von diesem Jahr — auch Walter ULBRICHT teilnahm. Diese Veranstaltungen endeten niemals ohne Annahme eines Aufrufs oder Appells an die deutschen Sportler, in dem diese aufgefordert werden, sich für eine Änderung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik bzw. in Westberlin einzusetzen. Als

Beispiel für die Methoden, mit denen die Kommunisten für den sicheren Ablauf derartiger Veranstaltungen in ihrem Sinne sorgen, ist als Anlage 1 die Abschrift eines Planes des damaligen Deutschen Sportausschusses der SBZ zur Vorbereitung und Durchführung der II. Gesamtdeutschen Sportkonferenz im August 1954 in Leipzig beigelegt.

Der Bezirksvorstand Berlin des DTSB, der in erster Linie für den Gesamtberliner Sportverkehr oder, besser, die gegen Westberlin gerichtete Infiltration der SED auf dem Gebiet des Sports zuständig ist, hat seine Diensträume in der „Deutschen Sporthalle“ in Berlin NO 18, Stalinallee. Für die Arbeit gegen Westberlin ist innerhalb des Bezirksvorstandes der stellvertretende Vorsitzende Günter KLEY (SED) zuständig.

III. Die Tarnorganisationen

Der Begriff „Tarnorganisationen“ wurde nach 1945 als Bezeichnung für die Organisationen und Vereinigungen gebildet, die sich nach außen als demokratische Einrichtungen tarnen und unter Mißbrauch demokratischer Freiheiten die innere Ordnung in der Bundesrepublik zu unterhöhlen versuchen.

1. Die Infiltration der Friedensbewegung

Die Tarnorganisationen sind das wichtigste Mittel zur Unterwanderung der sogenannten Friedensbewegung. Die Friedensbewegung ist das Infiltrationszentrum, in welchem sich die Infiltrationstätigkeit aller kommunistischen Organisationen von der SED über die Massen- und Tarnorganisationen bis zu den nicht organisationsgebundenen Infiltrationsgruppen überschneidet.

Die Friedensbewegung wird von den Kommunisten als Plattform für die Gewinnung oder Rückgewinnung der „Massenbasis“ betrachtet, die angesichts der kommunistischen Praktiken in der SBZ verlorengegangen ist. Durch die „Friedenstür“ soll der Kommunismus gesellschaftsfähig gemacht werden. Demzufolge steht die „Friedenspropaganda“ mit ihrem Appell an die „Vernunft“ im Mittelpunkt dieser Infiltrationsarbeit.

Die Infiltration der Friedensbewegung wird von der Abteilung „Agitation und Propaganda“ in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesamtberliner Arbeit der SED-Betriebsleitung Groß-Berlin über den kommunistischen Berliner Friedensrat, Berlin W 8, Taubenstr. 1-2, gesteuert und finanziert. Der kommunistische Berliner Friedensrat hat sich zu diesem Zweck ein Infiltrationssystem aufgebaut, dessen Säulen die in Westberlin unter dem Titel „SOS“ erscheinende „Zeitung für weltweite Verständigung“, der Landesverband Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft und die im sogenannten Aktionsausschuß für das Deutsche Manifest zusammengekommenen Organisationen, die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ und die als „Forderungsbewegungen“ bezeichneten Ausschüsse für „Volksbegehren und Volksentscheid“ waren.

a) Der Verlag „SOS ... Zeitung für weltweite Verständigung“

Der Verlag „SOS ... Zeitung für weltweite Verständigung“ wurde im September 1951 gegründet und im

Januar 1952 von der Britischen Militärregierung lizenziert.

Der Gründung gingen Besprechungen bei dem 1. Sekretär des kommunistischen Berliner Friedensrates, Heinz ZANTOFF, voraus, bei denen die Finanzierungsmethode und die Besetzung der Verlags- und Redaktionsleitung festgelegt wurden. Der kommunistische Berliner Friedensrat finanzierte den Verlag „SOS“ mit monatlich 6 500,— DM West. Von diesem Geld wurden die Herstellungskosten der Zeitschrift sowie die Gehälter und Honorare der Redakteure und „freien Mitarbeiter“ gedeckt. Die Redaktion der Zeitschrift „SOS“ war den Weisungen des Heinz ZANTOFF unterworfen. Er bestimmte Form und Inhalt des Blattes, ordnete die Herausgabe von Sondernummern an und redigierte die in der Zeitschrift veröffentlichten Artikel.

Finanzierung und Steuerung wurden geheimgehalten. Den Organen des Landesfinanzamtes sind bei Steuerprüfungen falsche Auskünfte über die Finanzverhältnisse des Verlages erteilt worden.

Die Zeitschrift hatte den Zweck, pazifistisch orientierte Kreise anzusprechen und sie nach und nach mit kommunistischem Ideengut zu infiltrieren. Sie sollte eine Friedensbewegung „organisieren“, die — als demokratische Organisation getarnt — der kommunistischen Zielsetzung zu dienen hatte.

Mit Hilfe des Landesverbandes Berlin der „Deutschen Friedensgesellschaft“ gelang diese Tarnung fast vollständig. Die Zeitschrift wurde als „Organ des Landesverbandes Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft“ deklariert. Unter Berufung auf die 1892 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft konnte die Zeitschrift „SOS“ ihre gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtete Tätigkeit den Weisungen des kommunistischen Berliner Friedensrates entsprechend unbehelligt durchführen.

b) Landesverband Berlin der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG)

Um Verlag und Zeitschrift „SOS“ als Instrument der kommunistischen Infiltrationsarbeit völlig abzutarnen und unter Berufung auf anerkannte demokratische Organisationen weite Bevölkerungskreise erfassen zu können,

betrach der Verlagsleiter Oskar FANSELOW mit Heinz ZANTOFF die Bildung eines Landesverbandes Berlin der DFG. FANSELOW machte sich diejenigen Verbindungen zunutze, die von der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ zu dem Bundesvorstand der DFG liefen, und erhielt von dort die Genehmigung, einen Landesverband Berlin der DFG aufzubauen. Vorsitzende dieser Organisation waren O. FANSELOW und der Chefredakteur der vom Berliner Friedensrat finanzierten kommunistischen Tarnzeitschrift „SOS“, Manfred RÖHLING. FANSELOW war bis zu seiner Verhaftung im Oktober 1958 Schatzmeister des Landesverbandes Berlin der DFG. Über ihn finanzierte und steuerte der kommunistische Berliner Friedensrat die Tätigkeit des Landesverbandes Berlin der DFG. Mit ZANTOFF wurde die Durchführung von Großveranstaltungen des Landesverbandes Berlin der DFG festgelegt, auf denen auch bekannte westdeutsche Politiker sprachen. Den Aussagen des Oskar FANSELOW zufolge wurden die Unkosten in Höhe von 1500,— bis 2000,— DM West je Veranstaltung von Heinz ZANTOFF gezahlt. Die Gelder nahm FANSELOW entweder direkt oder von der Spitzenfunktionärin des Friedensrates, Lieselotte BÜSENSCHUTT, in Empfang.

- c) „Berliner Aktionsausschuß für das Deutsche Manifest“ und „Westberliner Friedenskartell“

Anfang 1955 wurde der Versuch gemacht, alle von dem Landesverband Berlin der DFG und der Zeitschrift „SOS“ beeinflussten pazifistischen Organisationen zu einem „Berliner Aktionsausschuß für das Deutsche Manifest“ zusammenzufassen.

Aufgabe des „Berliner Aktionsausschusses für das Deutsche Manifest“ war die Entwicklung einer „Forderungsbewegung“, die die Tätigkeit der kommunistischen Ausschüsse für „Volksbegehren und Volksentscheid“ ideologisch unterstützen und zu einer „politischen Massenbewegung“ ausweiten sollte.

Nach der Auflösung des „Berliner Aktionsausschusses für das Deutsche Manifest“ wurden sofort Vorbereitungen zur Bildung eines „Westberliner Friedenskartells“ getroffen. Die Arbeit des „Westberliner Friedenskartells“ wird von den gleichen Organisationen getragen, die Mitglieder des „Berliner Aktionsausschusses für das Deutsche Manifest“ gewesen sind:

Deutsche Friedensgesellschaft — LV Berlin —, Freisoziale Union, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gruppe Berlin des „Kampfbundes gegen Atomschäden“, Bund freisozialer Lebensreformer, Nationale Mittelstandspartei Deutschlands, Schutzverband Deutscher Autoren e.V., Unitarische Kirche und Weltbürger-Liga (Deutscher Zweig).

Das „Westberliner Friedenskartell“ wird vom kommunistischen Berliner Friedensrat finanziert.

Es hat die Aufgabe, die Tätigkeit der in ihm zusammengeschlossenen Organisationen auf die Ziele hin auszurichten, die die 33. Tagung des ZK der SED am 19. Oktober 1957 als Voraussetzung für die „Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage“ gestellt hat. Im nicht veröffentlichten Wortprotokoll dieser ZK-Tagung heißt es:

„Es ist unsere Aufgabe ... ein politisches Kraftzentrum in Westdeutschland [zu] schaffen, das geeignet

ist, die Massen, die für die SPD gestimmt haben, an sich zu ziehen. Ein solches Kraftzentrum [wäre] eine Volksbewegung gegen die atomare Gefahr.“

Mit der Verlegung des Akzents der kommunistischen Propaganda auf die Formulierung „Kampf gegen den Atomtod“ erhielten alle vom kommunistischen Berliner Friedensrat abhängigen und die im „Westberliner Friedenskartell“ zusammengefaßten Organisationen die Aufgabe, „Brücken der Verständigung zu Kreisen der SPD und des DGB“ zu schlagen und in die Leitungen der Aktionsausschüsse „Kampf gegen den Atomtod“ einzudringen.

2. Die Infiltration auf dem Gebiet der Schule und Erziehung

Neben der bereits von den Massenorganisationen und insbesondere vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands innerhalb der Elternbeiräte betriebenen Arbeit liegt die „schulpolitische“ Infiltrationstätigkeit in den Händen von Tarnorganisationen.

- a) „Groß-Berliner Schulausschuß“

Der „Groß-Berliner Schulausschuß“ wurde 1952 auf Weisung der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin gebildet. Er hat seinen Geschäftssitz in Berlin NW 7, Luisenstraße 18. Dem Vorstand gehören an als

1. Vorsitzender Prof. Fritz PLAGEMANN,
2. Vorsitzender Prof. Dr. Paul OESTREICH (verstorben) und als
3. Vorsitzender Prof. Dr. Otto TACKE.

Der Ausschuß hat die Aufgabe, unter den Eltern und Erziehern in Westberlin Unzufriedenheit gegenüber der Schulpolitik des Senats von Berlin zu schüren und Elternbeiräte zu unterwandern.

Der Ausschuß ist gleichzeitig Träger der Werbe- und Propagandatätigkeit für die in der SBZ und im Sowjetsektor Berlins durchgeführten Kinderferienlager. Er arbeitet mit dem sowjetsektoralen „Magistrat von Groß-Berlin“ eng zusammen. Der Magistrat stellt für die Kinderferienaktion jährlich Mittel in einer Höhe zur Verfügung, die die Teilnahme Westberliner Kinder an den Ferienlagern in einem praktisch unbegrenzten Ausmaß ermöglicht.

Die die Tätigkeit des Ausschusses steuernde SED-Bezirksleitung Groß-Berlin und der die Ferienlager finanzierende „Magistrat von Groß-Berlin“ gehen davon aus, daß die ständige ideologische Beeinflussung der Westberliner Kinder in diesen Ferienlagern nicht ohne Wirkung auf die Eltern bleiben kann und die Möglichkeit zur Bildung von Elterngruppen bietet, mit deren Hilfe die „schulpolitische“ Arbeit der SED in Westberlin vorangetrieben werden kann.

- b) „Pestalozzi-Bund e.V.“

Am 25. September 1953 führte der „Schutzverband Deutscher Autoren“ in der Aula der 3. Oberschule in Berlin SW 29 einen „Ausspracheabend mit Elternausschußvertretern“ durch, zu dem die Kulturfunktionäre der SED, der Nationalen Front, der DSF, des DFD und der FDJ beordert waren. Die Veranstaltung richtete sich gegen die „jugendhindernden“ Maßnahmen des Senats für Volksbildung. Als Ergebnis der geschickt

geleiteten Diskussion wurde die Bildung einer der Vertreter der Elternausschüsse zusammenfassenden Organisation beschlossen. Ein Westberliner Rechtsanwalt und Notar (Rechtsberater und Mitarbeiter des vom kommunistischen Berliner Friedensrat finanzierten und gesteuerten Verlages „SOS“, Mitarbeiter des kommunistischen „Berliner Groscurth-Ausschusses“*) und Bruno KUSTER (hauptamtlicher Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin) haben die Satzung des „Pestalozzi-Bundes“ entworfen, der am 9. Dezember 1953 im Presseclub in der Friedrichstraße 194 (Sowjetsektor) gegründet wurde.

Der Pestalozzi-Bund wird von der Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, zu deren Mitarbeitern Bruno KUSTER gehört, finanziert und gesteuert. Steuerungselement ist die „Schulpolitische Kommission“, die auf Beschluß des Büros der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin „zur Verstärkung des schulpolitischen Kampfes in Westberlin“ gebildet wurde.

Dem Pestalozzi-Bund fällt die Aufgabe zu, Westberliner Lehrer und Pädagogen im Sinne der kommunistischen Schulpolitik zu beeinflussen und in Elternkreisen Widerstände gegen die Schulpolitik des Senats von Berlin zu wecken.

c) „Gemeinschaft gegen Schund und Schmutz“

Die „Gemeinschaft gegen Schund und Schmutz“ begann ihre Tätigkeit am 9. September 1955 unter dem Namen „Verein zur Bekämpfung der Schundliteratur“.

Sie hat die Aufgabe, durch den Kampf gegen die COMICS eine Antipathie der Bevölkerung gegen die USA hervorzurufen und ihre Mitglieder auf Grund dieser Aktivität als Vertreter in die Elternausschüsse wählen zu lassen.

In der Abbildung 17 wird die Abschrift einer Direktive des Bezirksvorstandes Berlin des Demokratischen Frauenbundes wiedergegeben, aus der die Kreise zu erkennen sind, die die Gemeinschaft gegen Schund und Schmutz zu infiltrieren hat.

3. Die Infiltration auf kulturellem Gebiet

Von den schätzungsweise 90 in Westberlin tätigen Tarnorganisationen sind auf kulturpolitischem Gebiet u. a. die folgenden Vereinigungen tätig.

a) „Schutzverband Deutscher Autoren“

Der „Schutzverband Deutscher Autoren“ wurde 1945 gebildet. Die meisten in Berlin lebenden Schriftsteller und Autoren waren Mitglied dieses Verbandes, der sich 1949 spaltete. Der ursprüngliche Verband unterhält in Berlin-Charlottenburg, Reichsstraße 105, sein Westberliner und in Berlin W 8, Leipziger Straße 108, sein Ostberliner Büro. Vorsitzender des Verbandes ist Karl SCHODDER (Mitglied der SED und der DSF, Mitarbeiter der kommunistischen Tarnorganisation „Deutsche Begegnung 1954“). Dem Verband gehören jetzt fast ausschließlich Journalisten und Übersetzer an, die laufend oder gelegentlich für sowjetzonale Presseorgane tätig sind.

*) Der Groscurth-Ausschuß hat die Aufgabe, straffällig gewordene Mitglieder der SED und der kommunistischen Massenorganisationen vor Westberliner Gerichten zu vertreten. Er bedient sich hierzu solcher in Westberlin ansässiger Rechtsanwälte, die Mitglieder der SED oder der kommunistischen Massenorganisationen sind oder mit diesen Organisationen sympathisieren. Die Kosten der Verfahren werden vom Groscurth-Ausschuß beglichen.

Der Schutzverband Deutscher Autoren wird von der Abteilung Kultur der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin finanziert und gesteuert. Er ist dem westdeutschen Dachverband zum „Schutze Deutscher Autoren“ angeschlossen und ist einer der finanzkräftigsten Verbände, der seine Beiträge pünktlich entrichtet. (Die Beiträge wurden von der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin gezahlt.) Mit Hilfe seiner Finanzkraft versucht der Schutzverband Deutscher Autoren die Tätigkeit des westdeutschen Dachverbandes im Sinne der kommunistischen Zielsetzung zu beeinflussen.

Die Hauptaufgabe des Verbandes ist die Organisierung von Vorträgen und Diskussionen, die Unzufriedenheit und Unwillen gegen den Senat von Berlin auf mehr oder weniger versteckte Art erzeugen sollen.

Die Arbeitspläne des Schutzverbandes Deutscher Autoren werden ausnahmslos in der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin überprüft und redigiert. Seitens der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin wurden dem Schutzverband Deutscher Autoren 1957 20 000,— DM zur Durchführung seiner Infiltrationsarbeit zugewiesen.

b) „Großberliner Komitee der Kulturschaffenden“

Das „Großberliner Komitee der Kulturschaffenden“ wurde 1950 als „Protestaktion gegen die Zurückhaltung Berliner Kunstschatze in der Bundesrepublik“ gebildet. Unter diesem Vorwand gelang es den kommunistischen Initiatoren, eine große Anzahl bekannter kunstschafter und kunstinteressierter Persönlichkeiten aus Westberlin und Ostberlin als Mitglieder zu gewinnen. Durch diesen günstigen Anfang ermutigt, wurde das Komitee zu einem wichtigen Instrument der kulturpolitischen Infiltrationsarbeit der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin ausgebaut. Im Komitee wirkten u. a. mit

Dr. Friedrich Karl KAUL
Rechtsanwalt und Notar Christian WEICKERT
Reinhard FRANZ
Dinah NELKEN
Steffi SPIRA
Dr. Heinz PULVERMACHER
Prof. Waldemar CZIMECK
Elisabeth SEMMT
Günther PILZ
Hubert BRANDT

Das Großberliner Komitee der Kulturschaffenden wird von der Abteilung Kultur der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin gesteuert und finanziert.

Die größten Arbeitserfolge konnte das Komitee mit den sogenannten Berliner Kulturkonferenzen erringen. Die Konferenzen wurden von Funktionären der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, die von Mitarbeitern des ZK der SED assistiert wurden, in allen Einzelheiten vorbereitet. Die Tagungen haben ein oder zwei Tage im Sowjetsektor und jeweils ein oder zwei Tage in Westberlin stattgefunden. Bei den Konferenzen wurden 200 bis 300 Persönlichkeiten des kulturellen Lebens aus Ost- und Westberlin zusammengeführt. Die Konferenzen wurden nach konferenztaktischen Gesichtspunkten geleitet. Hierbei wurde folgende Methode angewandt:

Von den im Konferenzsaal aufgebauten Lautsprechern führte eine Leitung in einen hinter dem Konferenzsaal liegenden Raum, in dem ebenfalls ein Lautsprecher auf-

gestellt war. In diesem Raum hatte sich ein Stab führender Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin und des ZK der SED zusammengefunden. Dieser offiziell nicht vorhandene Einsatzstab hatte über Verbindungsleute laufend Kontakt mit den im Saal anwesenden Diskussionsrednern der SED, deren Einsatz durch detaillierte Anweisungen gelenkt wurde. Auf Westberliner Boden konnte diese Methode nicht auf die gleiche Art durchgeführt und der Ablauf der Konferenzen naturgemäß nicht so intensiv gesteuert werden. In den Nebenräumen des Westberliner Konferenzsaales befand sich aber ebenfalls ein Einsatzstab der SED, der durch Verbindungsleute über den Ablauf der Konferenz und den Inhalt der Diskussionsbeiträge unterrichtet wurde. Die Verbindungsleute erhielten auf Grund ihrer Berichte Anweisungen für die von der SED bereitgehaltenen Diskussionsredner.

Das Großberliner Komitee der Kulturschaffenden unterhält zahlreiche Verbindungen zu Persönlichkeiten des kulturellen Lebens in Westberlin. Mit Hilfe dieser Verbindungen tritt es als Vermittler für arbeitssuchende Künstler in Westberlin auf. Dadurch hat das Komitee den Charakter eines Sammelbeckens unzufriedener Künstler und Kulturschaffender bekommen. Es ist somit zu einer fast unausschöpfbaren Quelle interessanter Einzelinformationen aus dem kulturellen Leben Westberlins geworden, die der Arbeit der Abteilung Kultur der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin zugute kommen.

Dem Großberliner Komitee der Kulturschaffenden wurden 1957 65 000,— DM zur Durchführung seiner Infiltrationsarbeit zur Verfügung gestellt.

c) „Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst“ (StAG)

Die kommunistische Infiltrationstätigkeit auf kulturellem Gebiet ist an der Tätigkeit der „Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst“ besonders gut zu erkennen.

Die Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst wurde im Dezember 1951 auf Grund eines Beschlusses des Ministerpräsidenten der SBZ gegründet. Mit dem Aufbau der StAG wurde der damalige Hauptabteilungsleiter Volkskunst der Staatlichen Kunstkommission, Fritz PÖTZSCH (SED), beauftragt. Die Geschäftsräume der StAG befinden sich in Berlin W 8, Kronenstraße 10.

Ziel der StAG ist es, mit den vielfältigen Mitteln der Volkskunst die Volkskulturschaffenden in Westdeutschland und in Westberlin im kommunistischen Sinne zu beeinflussen und für die politischen Ziele der sowjetischen Machthaber einzuspannen (vgl. Anlage 2).

Die StAG ist eine selbstständige Tarnorganisation. Sie untersteht unmittelbar der Abteilung Kultur des ZK der SED. Sie wird in ihrer Arbeit durch die Mitarbeiter der Abteilung Kultur des ZK der SED Willi ADAM, Gerhard RÖNNICKE und Trautel HENSCHKE angeleitet und kontrolliert. Die Arbeit der StAG vollzieht sich in ständiger Koordination mit dem Ministerium für Kultur der SBZ.

Präsident der StAG für die SBZ und Leiter ihrer Zentrale im Sowjetsektor von Berlin ist Fritz PÖTZSCH. Er wird in seiner Arbeit von mehreren Sekretären unterstützt. Weiterhin unterhält die StAG in der SBZ nachstehende vier Fachausschüsse:

den Chorrausschuß in Eisenach;
den Volksmusikausschuß in Leipzig;
den Laienspielausschuß in Schwerin;
den Arbeitskreis Tanz im Sowjetsektor von Berlin.

Die Arbeit der StAG in der Bundesrepublik einschließlich Westberlins wird durch den Präsidenten der StAG für die Bundesrepublik, Albert FÜCK (Bochum), und den Sekretär für die Bundesrepublik, Ulrich BAUCHE (Dortmund), angeleitet. Zur Durchführung ihrer Arbeit unterhält die StAG in Westdeutschland und in Westberlin „Stützpunkte“. Stützpunktleiter für Westberlin ist Hubert BRAND, der seine Diensträume im Sowjetsektor von Berlin hat.

Aufgabe der Stützpunktleiter ist es, die ersten Kontakte mit Volkskulturschaffenden aus dem Westen herzustellen, über deren Verbände und die leitenden Persönlichkeiten Berichte anzufertigen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. In den von den Stützpunktleitern angefertigten Charakteristiken erscheinen dann zum Beispiel Zusätze wie „der Kassierer des Verbandes hat großen Einfluß“ oder „der Vorsitzende ist einsichtig“ oder „der Verband will Literatur“ oder „der Verband will in die DDR kommen, wenn die Fahrkosten ersetzt werden“ oder auch „der Vorsitzende wünscht keinen Kontakt mit ostdeutschen Gruppen“. Die Stützpunktleiter sollen nach Möglichkeit eine erschöpfende politische Auskunft über die Leiter und Mitglieder der Verbände geben.

Je nach der Entwicklung der Beziehungen bekommt der Stützpunktleiter weiter Auftrag, sich um den neu gewonnenen Verband zu kümmern, oder die StAG arbeitet über den entsprechenden Ausschuß direkt mit dem Verband weiter.

Ist der erste Kontakt zu Verbänden oder Volkskulturschaffenden hergestellt, so hält die StAG die weitere Verbindung in der Regel über die vier Volkskunstsausschüsse in der SBZ. Hierdurch soll der Eindruck bei Volkskulturschaffenden in der Bundesrepublik erweckt werden, daß sie es auch auf der Gegenseite mit privaten Vereinigungen zu tun haben. Die StAG selbst ist bemüht, nicht direkt in Erscheinung zu treten, obwohl sie die gesamte Arbeit anleitet und finanziert.

In gleicher Weise werden auch die großen sogenannten gesamtdeutschen Veranstaltungen der StAG, wie der Chorkongreß in Eisenach, der Tag des Deutschen Volkstanzes in Rudolstadt oder die Parkfestspiele in Potsdam, durchgeführt. Auch hier tritt nach außen lediglich der betreffende Ausschuß als Veranstalter in Erscheinung.

Für jede Teilnahme an einer Veranstaltung in Westdeutschland und in Westberlin oder für jede gesamtdeutsche Veranstaltung in der SBZ werden seitens der StAG zwei Pläne aufgestellt. Während Plan I die organisatorischen Maßnahmen umfaßt, sind in Plan II die politischen Aufgaben und Zielsetzungen der Veranstaltung enthalten. Bei größeren Veranstaltungen wird der Plan II in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kultur des ZK der SED ausgearbeitet. Dieser Plan II enthält bei Veranstaltungen in der SBZ in der Regel folgende Zielsetzungen:

Einladung der Besucher zu „fortschrittlichen“ Kulturveranstaltungen;

Zusammenbringen der Besucher mit linientreuen Personen des gleichen Berufs aus der SBZ,



„Wir sprechen verschiedene Sprachen:
ich „Friede“, du „Paix“ und du „Peace“
doch meinen wir alle das gleiche,
in allen Sprachen nur dies:
Wir haben das Leben geboren
für Wärme und Sonne“

zu einem

FEST DER FREUNDSCHAFT

bei Musik und Tanz

am Freitag, dem 1. November 1987,
im Gesellschaftshaus Neukölln „Passage“,
Karl-Marx-Straße

DEMOKRATISCHER FRAUENBUND BERLIN
Bezirksverband Neukölln

19.00 Uhr

19.30 Uhr

Steinbeitrag 0,30 DM

DFB

Was trägt man in Berlin?

Zu einer

„Modeplauderei“

laden wir Sie herzlichst ein
am Mittwoch, dem 25. Juli 1986, um 18 Uhr, im Restaurant „Turm“,
Sonnenallee Ecke Innstraße

Demokratischer Frauenbund Berlin
Bezirksverband Neukölln

035



Nº 113

Einladung zu politischen Gesprächen (insbesondere an SPD- und DGB-Mitglieder);

Einladung zu Besichtigungen von Betrieben oder Sehenswürdigkeiten;

offizielle Empfänge der Besucher durch Staats- oder Parteifunktionäre;

Versuche, die Spitzenfunktionäre der Verbände zur Abgabe von positiven Beurteilungen über die Zustände in der SBZ zu bewegen (Interviews, Festreden usw.).

Volkskunstensembles, die aus der SBZ zu Gastspielen in die Bundesrepublik reisen, werden sowohl hinsichtlich ihrer künstlerischen Qualität als auch wegen ihrer politischen Zuverlässigkeit ausgewählt. Sie werden stets von einem politischen Funktionär der StAG, einem Mitglied des betreffenden Ausschusses und einem Vertreter der örtlichen Stadt- oder Kreisleitung der SED begleitet. Auch bei diesen Reisen werden offizielle Empfänge besonders angestrebt.

Zu besonderen Anlässen wie z. B. Streiks, Wahlen oder dergleichen stellt die StAG einen Plan auf, der den Einsatz von Volkskunstensembles im Interesse der jeweiligen kommunistischen Absichten vorsieht. Da das Auftreten dieser Ensembles aus der SBZ bei Anlässen der vorerwähnten Art bereits wiederholt zu Schwierigkeiten geführt hat, wurde von der StAG bereits 1956 beschlossen, in der Bundesrepublik ausschließlich für diesen Zweck gesonderte Ensembles aufzubauen (vgl. Anlage 2).

Die briefliche Verbindung zwischen der StAG im Sowjetsektor von Berlin und ihren Mitarbeitern in Westdeutschland und Westberlin wird über Deckadressen im Sowjetsektor von Berlin und in Westberlin abgewickelt. Geldbeträge an die Mitarbeiter in der Bundesrepublik werden in der Regel nur im Sowjetsektor von Berlin ausbezahlt.

Der StAG war es bereits 1955 gelungen, zu folgenden Volkskunstverbänden Beziehungen auf vertraglicher Ebene herzustellen:

Deutscher Allgemeiner Sängerbund (DAS),
Deutscher Allgemeiner Mandolinenbund (DAM),
Verband für Heimat- und Volksbühnenspieler Bochum,
Saarländischer Volksbühnenspieler-Verband.

Darüber hinaus unterhält die StAG zahlreiche Verbindungen mit einzelnen Persönlichkeiten in der Bundesrepublik wie z. B. Prof. Robert SEILER in Nürnberg, der für die Mitarbeit an dem neuen Chorliederbuch 4000,— DM West erhalten hat und dessen Urlaubsreise in der Zeit vom 16. 7. bis 7. 8. 1955 in die CSR von der StAG mit 2 800,— DM finanziert wurde.

Die StAG wird ausschließlich durch Zuschüsse aus dem Staatshaushalt der SBZ finanziert. Das gesamte Haushaltsvolumen der StAG belief sich 1956 auf ca. 2,5 Mill. DM. Hiervon wurden allein 1,3 Mill. DM für gesamtdeutsche Veranstaltungen verausgabt. Der Valuta-Plan der StAG betrug 1956 390 000,— DM West (vgl. hierzu im einzelnen Anlage 3).

d) Von den kommunistischen Tarnorganisationen sind auf dem kulturpolitischen Sektor weiterhin aktiv tätig:

„Gesellschaft der Bücherfreunde“
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 65

„Kulturbund Wedding“

Berlin-Reinickendorf, Sommerstr. 11

„Künstlerkreis Wilmersdorf“

Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstr. 13

„Berliner Kunstgemeinschaft e. V.“

Berlin-Zehlendorf, Clayallee 244

Die drei letzten Tarnorganisationen sollen kunstinteressierte Kreise für die Teilnahme an Veranstaltungen im Sowjetsektor gewinnen, ideologisch beeinflussen und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zuführen.

4. Die Infiltration auf wirtschaftlichem Gebiet

Um die Infiltrationsarbeit auf diesem Gebiet zu intensivieren, hat die Abteilung Wirtschaftspolitik der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin in Zusammenhang mit der sowjetzonalen Kammer für Außenhandel und dem sowjetzonalen Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel ein System von Tarnorganisationen aufgebaut, dem der „Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels“ und die „Nationale Mittelstandspartei Deutschlands“ zugeordnet sind. Dieses Infiltrationssystem gleicht in seiner Funktionsweise dem des Berliner Friedensrates.

a) „Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels“

Der „Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels“ ist ein Unterausschuß des am 9. Februar 1954 anlässlich einer Veranstaltung des Nationalrats der Nationalen Front gegründeten „Ausschusses zur Förderung des deutschen Handels“. Der Ausschuß unterhält in Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 39, und in Berlin W 8, Neustädtische Kirchstr. 4/5 (im Hause der sowjetsektoralen Handwerkskammer Groß-Berlin), je eine Geschäftsstelle.

Der Vereinssatzung zufolge arbeiten „der Ausschuß und seine Organe“

für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands im Interesse des deutschen Volkes;

für die ständige Erweiterung und Pflege des Handels zwischen Ost- und Westdeutschland;

für die Befreiung des Handels zwischen Ost- und Westdeutschland von allen Beschränkungen, die seit 1943 eingeführt wurden, insbesondere Embargolisten, Ausschreibeverfahren, zentrale Genehmigungen;

gegen alle Maßnahmen, die den Interessen eines freien deutschen Handels zwischen Ost und West entgegenstehen.

Der Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels ist am 28. Oktober 1955 erstmalig mit einer Veranstaltung im Restaurant Schultheiss in Berlin-Kreuzberg, Hasenheide, an die Öffentlichkeit getreten. Die Veranstaltung wurde auf Initiative des in der Oberwallstr. im Sowjetsektor gelegenen „Büros für Berliner Handel“ durchgeführt. Sie stand im Zeichen der „Entspannungsluft“, die, wie erklärt wurde, notwendig sei, um der „Wiedervereinigung näher zu kommen“. Der damalige Ostbeauftragte für Interzonenhandel, FREUND, versuchte zu beweisen, daß der Senat von Berlin seine „Frontstadt-Politik“ auf dem Rücken des Westberliner Handels und Handwerks durchführte. FREUND schloß seine gegen den Berliner Senat und die Bundesregierung gerichteten Ausführungen mit dem Aufruf:

„Setzen wir uns alle dafür ein, daß der innerdeutsche Handel eine Normalisierung erfährt, denn damit tragen wir zur Entspannung bei und helfen dann auch, das einheitliche Deutschland zum Wohle aller schaffenden Menschen aufzubauen.“

Der Ausschuß versucht, Kontakt zu Meistern der Handwerksinnungen und zur Westberliner Industrie zu gewinnen. Diesem Zweck dienen „Ost-West-Wirtschaftsgespräche“, Pressekonferenzen und Beratungen, die der Ausschuß bei den Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen und sonstigen sich bietenden Gelegenheiten in Westberlin und im übrigen Bundesgebiet veranstaltet. Ziel dieser Tätigkeit ist es, in Kreisen des Handwerks und des Handels „Forderungsbewegungen“ zu entwickeln, die geeignet sind, handelspolitische Entscheidungen der Bundesrepublik durch Druck Westberliner und westdeutscher Wirtschaftskreise im Sinne der SED zu beeinflussen (s. Abb. 18).

Der Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels wird von dem Präsidenten der sowjetsektoralen Handwerkskammer, Leopold PERTEK, nach den Weisungen der Abteilungen „Wirtschaftspolitik“ und „Agitation und Propaganda“ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin gesteuert und über den Sekretär der sowjetsektoralen Handwerkskammer, Walter SACK, finanziert.

b) „Die Nationale Mittelstandspartei Deutschlands“ (NMD)

Die NMD, deren Geschäftssitz sich in Berlin W 30, Bamberger Str. 31, befindet, ist aus dem Landesverband Berlin der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) hervorgegangen.

Der Landesverband Berlin der NDPD wurde offiziell am 3. Mai 1955 im Lokal Sportklausen in Berlin-Steglitz, Gritznerstr. 39, gegründet. Die tatsächliche Gründung erfolgte aber erst am 18. August 1955 in der Wohnung des Dr. Johann BÄDER in Berlin-Lankwitz, Ingridpfad 24-26. Der Gründung ging eine „Arbeitsbesprechung“ in den Räumen des sowjetsektoralen Presse-Clubs voraus, an der als Instrukteur der sowjetzonalen NDPD Heinz LATSCHKOWSKI teilnahm.

Am 11. Mai 1956 änderte der Landesverband Berlin der NDPD seinen Namen in „Nationale Mittelstandspartei Deutschlands (NMD) — Partei für nationale und demokratische Politik —“.

Dem Vorstand der NMD gehörten Mitglieder der SED und der kommunistischen Massenorganisationen an. Da diese Tatsache Westberliner Behörden und zum Teil auch den Mitgliedern bekanntgeworden war, wurde eine Neubesetzung des Vorstandes erforderlich. Die kommunistisch aktiven Kräfte traten als steuernder Kern des Vorstandes der NMD in den Hintergrund. Die Tätigkeit dieses den Vorstand der NMD steuernden Kerns wird

von Heinz LATSCHKOWSKI bestimmt, der zu diesem Zweck ein Verbindungsbüro im Sowjetsektor, Neue Königstraße, unterhält.

Die NMD hat es sich zur Aufgabe gestellt, den Westberliner Kleinhandel, das Handwerk, Wissenschaftler, Künstler, Ärzte usw. zu erfassen. Sie versucht, diese Aufgabe mit folgendem Programm zu lösen:

Grundsätzliche Vereinfachung des Steuersystems für Gewerbetreibende und allgemeine Steuersenkung;

Verabschiedung von Gesetzen zum Schutze des Handwerks und des Kleinhandels;

höhere Besteuerung des Aktien- und Wertpapierbesitzes, Verbot von Preistreibern durch die Grundstoffindustrie;

Vergabe staatlicher und kommunaler Aufträge an Mittelstandsbetriebe sowie Vergabe staatlicher Kredite für Handwerk und Gewerbe zu niedrigen Zinssätzen;

Verbot von Zwangseintreibungen rückständiger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge;

Sicherung der Altersversorgung für das Handwerk, die übrigen Gewerbetreibenden und die freiberuflich Tätigen;

voller Einsatz aller staatlichen Mittel ohne Ansehen der Person zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung in der Verwaltung.

Dieses Programm dient ausschließlich der Mitgliederwerbung. Welche tatsächliche Aufgabenstellung die NMD hat, ergibt sich aus dem anlässlich der Wahl des Abgeordnetenhauses am 7. Dezember 1958 herausgegebenen Wahlauftrag der NMD:

„Die NMD erwartet von jedem Bürger unserer Zeit, daß er seine Stimme nur solchen Bewerbern anvertraut, die durch ihr bisheriges Handeln die Gewähr geben, im neuen Abgeordnetenhaus im Sinne dieser Wahlforderungen der NMD für die Interessen des Mittelstandes und der ganzen Nation einzutreten.“

Darum:

Keine Stimme für die Übertragung der Bonner Koalition auf Berlin! Das heißt: keine Stimme der CDU! Keine Stimme der rechtsradikalen Deutschen Partei! CDU und DP sind die Träger der mittelstandsfeindlichen Politik der Bonner Regierung und der Großunternehmen.

Keine Stimme für eine Fortsetzung der bisherigen Senats-Koalition! Ihre Bindung an Bonn übertrug die von dort ausgehende mittelstandsfeindliche Haltung auf Berlin. ...

Keine Stimme der FVP, dieser aus der FDP abgesplitterten Gruppe Dr. SCHWENNICKES.“

IV. Die „Nationale Front“ und die sogenannten bürgerlichen Parteien

1. Die „Nationale Front des demokratischen Deutschlands“

Die Infiltrationstätigkeit der Nationalen Front in Westberlin und Westdeutschland ist im vergangenen Jahr verstärkt worden und wird vom Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nach den Weisungen des Politbüros

und des ZK der SED angeleitet. Innerhalb des Büros des Präsidiums des Nationalrats, das seinen Sitz in Berlin W 8, Thälmannplatz 8-9, hat, sind das sogenannte Arbeitsgebiet 10 — Arbeit nach Westdeutschland — und die Abteilung IV — Westabteilung — für die unmittelbare Steuerung und Durchführung der Arbeit gegen die Bundesrepublik zuständig. Für die Anleitung und

Neues Elternblatt

Herausgegeben vom Demokratischen Frauenbund Berlin
Bezirksverband Schöneberg-Friedenau

Liebe Westberliner Eltern und Kinder!

Auch in diesem Jahre hat der Magistrat von Berlin 15.000 Sommerferienplätze für Kinder angeboten. Auch in diesem Jahre hat der Magistrat von Berlin 15.000 Sommerferienplätze für Kinder angeboten. Auch in diesem Jahre hat der Magistrat von Berlin 15.000 Sommerferienplätze für Kinder angeboten.

Trotz der Ablehnung des Senats haben sich auch die Westberliner Eltern und Kinder für die Sommerferienplätze interessiert. Auch in diesem Jahre hat der Magistrat von Berlin 15.000 Sommerferienplätze für Kinder angeboten.

Sie können sich auch bei den verschiedenen Ferienstellen bewerben. Auch in diesem Jahre hat der Magistrat von Berlin 15.000 Sommerferienplätze für Kinder angeboten.

Hier noch einmal die
Anmeldetermine:
Zu
Berolina-Hochschule
am Montag, den 13. bis 15. August 1957
sonntags geschlossen

Öffnungszeiten
Montag bis Freitag 13 bis 15 Uhr
sonntags geschlossen

Magistrat von Groß-Berlin

Liebe Eltern!

Empfinden Sie das schnelle Reagieren der Eltern auf das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Bundesrepublik, welches die Prägung als „Gewohnheitsrecht“ bekräftigt?

Erfreulich ist das schnelle Reagieren der Eltern auf das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Bundesrepublik, welches die Prägung als „Gewohnheitsrecht“ bekräftigt. Erfreulich ist das schnelle Reagieren der Eltern auf das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Bundesrepublik, welches die Prägung als „Gewohnheitsrecht“ bekräftigt.

Auf Grund der vielen Proteste, besonders aus der Elternschaft, sah sich jetzt das Landesschulamt gezwungen, zu erklären, daß dieses Gesetz für Westberlin keine Gültigkeit hat. In Westberlin wird wie bisher jeder Lehrer, der prügelt, zur Verurteilung verurteilt.

Hausfrauen Neuköllns!

Wann hört der Preiswucher auf?

Sie machen sich Sorgen,

weil die Preise von Wäsche zu Wache steigen und ihr Wirtschaftsgeld immer weniger wird. Es ist auch schon wieder eine erneute Mietpreiserhöhung angekündigt.

Sie sind empört,

daß der Senat und das Abgeordnetenhaus noch keine Maßnahme ergreifen haben, um diesem Preiswucher ein Ende zu bereiten.

Sie haben Gelegenheit,

sich Klarheit über die Ursachen der ständig steigenden Preise zu verschaffen.

Wir laden Sie herzlich zu einem öffentlichen Forum

am Donnerstag, dem 5. September 1957, um 19.30 Uhr, im Lokal Arbeiterheim, Richardstr. 35, ein.

Thema: Neuköllner Frauen fragen —

welche Antwort geben die Parteien?

Vertreter der SPD Vertreter der FDP
Vertreter der CDU Wahlvertreter der SED

werden hierzu eingeladen, um die von Ihnen gestellten Fragen zu beantworten.

DEMOKRATISCHER FRAUBUND BERLIN
Bezirksverband Neukölln

Kontrolle des Arbeitsgebietes 10 und der Abteilung IV war bisher der stellvertretende Vorsitzende des Büros des Präsidiums des Nationalrats, Walter VESPER (SED), verantwortlich, der jedoch auf der Tagung des Präsidiums des Nationalrats am 8. April 1959 von seiner Funktion abgelöst und durch Dr. Gerhard DENGLE (SED) ersetzt wurde.

a) Das Arbeitsgebiet 10

Das Arbeitsgebiet 10 hat die Aufgabe, die Infiltrationsarbeit der Nationalen Front zu organisieren und durchzuführen. Ihm obliegen in diesem Zusammenhang die Anleitung und die Überwachung der Bezirks- und Kreisausschüsse der Nationalen Front in der SBZ und im Sowjetsektor von Berlin.

Zur Koordinierung der Infiltrationstätigkeit wurden im Laufe des Jahres 1958 bei den Bezirks- und Kreisausschüssen der Nationalen Front „Kommissionen für Gesamtdeutsche Arbeit“ gebildet. Diesen Kommissionen gehören die für die Infiltrationsarbeit zuständigen Sekretäre oder Abteilungsleiter der einzelnen der Nationalen Front angehörenden Parteien und Organisationen sowie Vertreter des Staatsapparates an (vgl. Anlage 4).

Die vom Arbeitsgebiet 10 angeleitete Infiltrationsarbeit erstreckt sich in erster Linie auf die „Betreuung“ der Besucher in der SBZ und im Sowjetsektor von Berlin sowie auf das Versenden von Agitationsmaterial. Das Agitationsmaterial wird überwiegend im Auftrage des Arbeitsgebietes 10 vom Kongreß-Verlag, Berlin W 8, Thälmannplatz 8-9, hergestellt, der sich hierzu besonders der Druckereien „Neues Deutschland“ in Berlin N 54, Schönhauser Allee, und des Verlages „Die Nation“ in Berlin C 2, Magazinstraße 15-16, bedient.

Besonders nach bedeutsamen Erklärungen der Regierungen der SBZ oder der Sowjetunion, aber auch aus besonderen Anlässen in Westdeutschland oder in Westberlin (Streiks, Wahlen usw.) werden vom Arbeitsgebiet 10 oder in seinem Auftrag von den Ausschüssen der Nationalen Front umfangreiche Briefaktionen mit Auflagen von ca. 25 000 Stück durchgeführt. Bei besonderen Anlässen werden die Ausschüsse aufgefordert, sogenannte Solidaritätserklärungen abzugeben und zu versenden.

Im I. Quartal 1958 wurden vom Arbeitsgebiet 10 in den Zentralschulen der Nationalen Front in Bantkow, Kreis Kyritz, und in Eisenach Lehrgänge durchgeführt, die sich ausschließlich mit der gesamtdeutschen Arbeit der Nationalen Front befaßten und an denen Mitglieder der Kommissionen für Gesamtdeutsche Arbeit bei den Bezirks- und Kreisausschüssen der Nationalen Front teilnahmen.

Leiter des Arbeitsgebietes 10 ist Emil FRANZ (SED), als politische Mitarbeiter im Arbeitsgebiet 10 sind Heinz MARTIN (SED) und Walter TASSLER (SED) bekannt.

b) Die Abteilung IV

Die Abteilung IV — Westabteilung — des Büros des Präsidiums des Nationalrats ist im Gegensatz zum Arbeitsgebiet 10 für die Infiltrationstätigkeit in Westdeutschland und in Westberlin zuständig. Für ihre Arbeit in Westberlin und in Westdeutschland verwendet

die Abteilung IV in der Regel keine eigenen Hauptamtlichen Mitarbeiter, nachdem der damalige Leit-Instrukteur der Abteilung IV, Gerhard KLOSE, 1954 in Hannover mit einer Gruppe von Instruktoren der Nationalen Front verhaftet wurde.

Zum Einsatz im Westen werden Abgeordnete aller Ebenen und besonders zuverlässige Personen verwandt, die von der Abteilung IV in Verbindung mit den Bezirkssekretären der Nationalen Front ausgesucht und vom ZK der SED bestätigt wurden. Der Einsatz der betreffenden Funktionäre erfolgt von Berlin aus. Vor Antritt ihrer Reise oder vor Erledigung ihres Auftrages in Westberlin werden die ausgesuchten Personen im Hause des Nationalrates noch besonders in der Durchführung ihres

Auftrages unterwiesen. Erst zu diesem Zeitpunkt erhalten sie auch Kenntnis von ihrem speziellen Auftrag. Die für die Durchführung der Aufträge erforderlichen Geldmittel in DM West werden von der Abteilung IV beschafft. Das gleiche gilt für die Ausstattung mit Reisepapieren. Die Ausreise in die Bundesrepublik darf jedoch erst erfolgen, nachdem das Ministerium für Staatssicherheit hinsichtlich der Zuverlässigkeit der betreffenden Person seine Zustimmung gegeben hat.

Auf der Bezirksebene werden von den Bezirksausschüssen der Nationalen Front in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Bezirksleitung der SED ähnliche Einsätze organisiert und durchgeführt. Die hierfür notwendigen Mittel in DM West werden den Bezirksausschüssen von der Abteilung IV zur Verfügung gestellt.

Ziel dieser Einsätze ist die Kontaktaufnahme zu Personen in der Bundesrepublik einschließlich Westberlin, die als Bundesgenossen für die Erreichung der jeweiligen kommunistischen Nahziele gewonnen werden sollen. Die Tagungen des Nationalrats im November/Dezember 1958 und Januar 1959, an denen jeweils eine Anzahl Personen aus dem Westen teilnahm, die zum Teil im kommunistischen Sinne das Wort ergriffen, sind ein gutes Beispiel für diese Infiltrationstätigkeit der Abteilung IV.

Die Abteilung IV hat weiterhin die Aufgabe, Adressenmaterial aus Westdeutschland und Westberlin zu beschaffen. Sie besorgt in großen Mengen Adreß- und Telefonbücher sowie Kalender bestimmter Berufsgruppen, in denen Namensverzeichnisse enthalten sind. Das Adressenmaterial wird sodann dem Arbeitsgebiet 10 und von diesem den Bezirks- und Kreisausschüssen der Nationalen Front und der Parteien und Massenorganisationen zur Durchführung von Briefaktionen zur Verfügung gestellt.

Leiter der Abteilung IV ist Heinz HOFFMANN (SED). Als weitere politische Mitarbeiter der Abteilung wurden bekannt: Hans SACHER, Rudi KIRCHGEORG, Bernd SPEKKER, Jochen BOHNISCH.

Die Westkasse der Abteilung wird von Lotte MÜLLER geleitet. Alle bekanntgewordenen Mitarbeiter dieser Abteilung sind Mitglieder der SED.

c) Der „Ausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland der Hauptstadt Berlin“

Der Ausschuß leitet und kontrolliert im einzelnen die Infiltrationstätigkeit der Nationalen Front gegen Westberlin. Innerhalb des Ausschusses, der seinen Sitz im

Hause des Nationalrates hat, war bis zur Umbildung des Berliner Ausschusses auf seiner Tagung am 9. April 1959 der 2. Sekretär, Bernhard KARL (SED), für die „Gesamtberliner Arbeit“ zuständig.

Der Ausschuß bedient sich für die Durchführung der operativen Aufgaben in erster Linie der 8 Stadtbezirksschüsse der Nationalen Front im Sowjetsektor von Berlin und der bei ihnen im Laufe des Jahres 1958 aufgebauten „Kommissionen für Gesamtberliner Arbeit“.

Neben der Versendung von Agitationsmaterial, dem Aufbau von Briefzirkeln und der Inszenierung und Durchführung sogenannter Aussprachen auf Gesamtberliner Ebene, insbesondere mit Handwerkern und anderen Angehörigen des Mittelstandes, versuchen die Stadtbezirksschüsse, direkte Kontakte zu Personen in Westberlin herzustellen. Jedem Stadtbezirksschuss sind zu diesem Zweck ein oder zwei Bezirke in Westberlin als „Patenbezirke“ zugeteilt. Soweit seitens der Nationalen Front Agitationseinsätze durchgeführt werden, bedienen sich die Ausschüsse hierbei ausschließlich der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen. Die anfallenden Unkosten werden vom Ausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland der Hauptstadt Berlin getragen (s. Anl. 4).

2. Die sogenannten bürgerlichen Parteien

Die Infiltrationstätigkeit der „bürgerlichen Parteien“ der SBZ wird im Rahmen der Nationalen Front durchgeführt. Bei der Ausübung ihrer Infiltrationstätigkeit unterliegen sie den Weisungen der Ausschüsse der Nationalen Front und damit der SED. Ohne finanzielle Unterstützung seitens der Nationalen Front wären diese Parteien im übrigen nicht in der Lage, die zugewiesenen Aufgaben durchzuführen.

Da die Arbeitsweise der einzelnen Parteien einander außerordentlich gleicht, soll sie nachstehend lediglich am Beispiel der LDPD dargestellt werden.

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) hat hinsichtlich ihrer Infiltrationsarbeit die Aufgabe, Kontakte zum „Bürgertum“, zu den „Angehörigen des Mittelstandes“ und zur „Intelligenz“ herzustellen und diese Bevölkerungsschichten im kommunistischen Sinne politisch zu beeinflussen. Wörtlich heißt es hierzu in der vom Politischen Ausschuß des Zentralvorstandes der LDPD am 4. März 1958 beschlossenen „Richtlinie für die Arbeit der LDPD in der Nationalen Front“:

„Die Anstrengungen unserer Parteiverbände müssen sich vor allem auf folgende Hauptaufgaben konzentrieren:

I. Mitwirkung in der gesamtdeutschen Arbeit

Um immer breitere Kreise des westdeutschen Bürgertums für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und für die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten zu gewinnen, ist es erforderlich, daß ...

die vielfältigen persönlichen Verbindungen unserer Parteifreunde zu ihren Verwandten und Bekannten in Westdeutschland, zu Berufs- und Studienkollegen durch Briefwechsel, Einladungen in die DDR, den Versand politischen Agitations- und Argumentationsmaterials der Nationalen Front bzw. des „Morgen“, Austausch

von Delegationen, z.B. von Volksvertretungen mit westdeutschen Parlamenten, verstärkt werden;

die Parteiverbände sich mitverantwortlich fühlen, daß mit allen Besuchern aus der Bundesrepublik Aussprachen über Lebensfragen unserer Nation und die sich daraus ergebende Verantwortung geführt werden;

die Parteivorstände eine enge Verbindung mit den Ausschüssen der Nationalen Front halten, um die regelmäßige Teilnahme von Parteifreunden an Aussprachen mit westdeutschen Besuchern, insbesondere mit Angehörigen des Mittelstandes und der Intelligenz, zu gewährleisten.

Besonders sorgfältig und eingehend sind vorkommende Fälle der Republikflucht zu untersuchen und durch die Vorstände in den Ausspracheabenden der Nationalen Front und vor den Mitgliedern unserer Partei auszuwerten. Dabei ist auf die Verwerflichkeit des Handelns dieser Personen hinzuweisen.“

Aus dieser Richtlinie wird deutlich, auf welchen Gebieten und mit welchen Methoden die LDPD ihre Aufgaben wahrnimmt.

Zur Anleitung der Infiltrationsarbeit der Partei unterhält sie im Sekretariat ihres Zentralvorstandes in Berlin W 8, Taubenstraße 48-49, eine Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit, die gegenwärtig von Dr. Rudi MÜLLER geleitet wird. Von dieser Abteilung wird u. a. die Zeitschrift „Ost-West — Presse- und Informationsdienst“ herausgegeben, die monatlich in etwa 3000 Exemplaren in die Bundesrepublik einschließlich Westberlin versandt wird. Außerdem werden von der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit der LDPD wöchentlich etwa 800—1000 Exemplare des zentralen Presseorgans der LDPD, „Der Morgen“, nach Westberlin und dem übrigen Bundesgebiet geschickt.

Die Unkosten der Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit des Sekretariats des Zentralvorstandes der LDPD werden, abgesehen von dem Gehalt des zuständigen Sekretärs, nicht von der Parteileitung der LDPD getragen. Sie beliefen sich im Jahre 1957 auf ca. 13 000,— DM monatlich. Die Mittel werden vermutlich von der Nationalen Front zur Verfügung gestellt.

Die Abteilung für Gesamtdeutsche Arbeit ist ständig bemüht, durch Entsendung leitender Funktionäre nach Westdeutschland oder nach Westberlin Kontakte herzustellen. Zu jedem Parteitag der FDP entsendet sie eine Delegation, die die Aufnahme offizieller Verhandlungen zwischen der FDP und LDPD erreichen soll. Während der Leipziger Messen führt die LDPD seit Jahren sogenannte Gesamtdeutsche Veranstaltungen durch, durch die Messebesucher oder Aussteller aus dem Westen im kommunistischen Sinne beeinflusst werden sollen.

Für die gegen Westberlin gerichtete Tätigkeit der LDPD ist unmittelbar der Bezirksverband Groß-Berlin der LDPD zuständig. Er hat seinen Sitz gleichfalls im Hause Berlin W 8, Taubenstraße 48-49. Die Arbeit wird von dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Harry LEUPOLD und dem Bezirkssekretär Günther WENDEL geleitet.

Im allgemeinen erschöpft sich die Infiltrationsarbeit des Bezirksverbandes in den bereits geschilderten Tätigkeiten. Nur bei besonderen Anlässen werden Funktionäre und Mitglieder auch unmittelbar in Westberlin

eingesetzt. Z. B. wurden LDPD-Funktionäre vom Bezirksverband am 18. und 19. März 1958 anlässlich des BVG-Streiks in Westberlin zur Agitation vor den Straßenbahnhöfen in Westberlin herangezogen.

Die Infiltrationstätigkeit der beiden anderen für Westberlin in Betracht kommenden sogenannten bürgerlichen Parteien der SBZ, der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Christlich-Demokratischen Union (Ost-CDU), unterscheidet sich von der

Arbeit der LDPD lediglich bezüglich des anzusprechenden Personenkreises.

Beide Parteien unterhalten am Sitz ihrer Parteileitungen in Berlin W 8, Friedrichstraße 65 (NDPD), bzw. Berlin W 8, Otto-Nuschke-Straße 59-60 (Ost-CDU), in gleicher Weise wie die LDPD Abteilungen für „Gesamtdeutsche Arbeit“, die unter der Leitung von Georg Willi ANDRÉ (NDPD) und Johst BIEDERMANN (Ost-CDU) stehen.

V. Der sowjetzonale Staatsapparat

1. Die örtlichen Organe des Staatsapparates und die sogenannten Volksvertretungen

Die SED hat im Laufe des Jahres 1958 auf Grund einer Richtlinie des Arbeitsbüros des ZK der SED erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Infiltrationsarbeit der örtlichen Staatsorgane zu aktivieren.

Entsprechend den „Empfehlungen“ des „Deutschen Städte- und Gemeindetages“, der seinen Sitz in Berlin W 8, Am Kupfergraben 7, hat und dessen Hauptgeschäftsführer Dr. Linus STIEGLER (früherer Leiter des Sektors „West“ der ehemaligen Abteilung Staatliche Organe im ZK der SED) ist, befaßten sich die Volksvertretungen der SBZ sowie die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden auf ihren Tagungen mit der Verbesserung der gesamtdeutschen bzw. Gesamtberliner Arbeit. Maßnahmen zur Verbesserung des Delegationsaustausches, der Briefaktionen und der „Betreuung“ der Besucher in der SBZ bzw. im Sowjetsektor von Berlin wurden festgelegt (vgl. Anlage 5). So wurde z. B. sowohl von der sogenannten Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin als auch vom Rat des Stadtbezirks Treptow von Berlin in den jeweiligen Arbeitsplänen für das 1. Halbjahr 1959 die Verbesserung der Gesamtberliner Arbeit als „Schwerpunktaufgabe“ bezeichnet.

Eine besondere Bedeutung hinsichtlich der Infiltrationstätigkeit kommt innerhalb der Staatsorgane den Abteilungen „Innere Angelegenheiten“ der Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden zu. Diese Abteilungen erfassen alle Personen, die jemals in die SBZ oder den Sowjetsektor einreisen oder entsprechende Anträge stellen. Aus den Anträgen der Bewohner der SBZ oder des Sowjetsektors auf Ausstellung einer Personalbescheinigung zur Reise in die Bundesrepublik erhalten sie darüber hinaus weiteres Anschriftenmaterial aus der Bundesrepublik einschließlich Westberlin.

Die Abteilungen Innere Angelegenheiten nehmen auf Grund der bei ihnen registrierten Erkenntnisse eine gewisse Schlüsselstellung in der Infiltrationstätigkeit ein, soweit es sich um die „Betreuung“ von Besuchern in der SBZ oder im Sowjetsektor von Berlin oder um die Durchführung von Briefaktionen handelt.

Deutlich kommt diese Sonderstellung der Abteilung Innere Angelegenheiten z. B. in dem „Kampfplan der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Treptow zur Entfaltung des großen Gesprächs für den Abschluß eines Friedensvertrages“ vom 20. Januar 1959 zum Ausdruck:

„Die Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates legt Maßnahmen fest, um die ständig durchzuführenden

Aussprachen mit westdeutschen Besuchern zu verbessern und jetzt besonders die Vorschläge des Friedensvertrages zu erläutern.“

Im Arbeitsplan für das 1. Halbjahr 1959 eines Berliner Stadtbezirks werden die Mitarbeiter des Rates des Stadtbezirks aufgeföhrt, „an die von der Abteilung Innere Angelegenheiten herauszugebenden Adressen von westdeutschen Gästen ... zu schreiben und ihnen den Inhalt der sowjetischen Berlin-Noten [im kommunistischen Sinne] zu erläutern.“

Aus der Beschlußvorlage der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam über die „Verstärkung des Kampfes gegen die Abwanderung und Abwerbung von Bürgern unserer Stadt nach Westdeutschland bzw. Westberlin und die Verbesserung der politischen Arbeit nach Westdeutschland“ vom 5. Mai 1958 läßt sich die enge Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen Innere Angelegenheiten und der Nationalen Front bei der Durchführung der Infiltrationstätigkeit erkennen. Wörtlich heißt es:

„Die Bezirksbeauftragten, die für die Wohnbezirksausschlüsse verantwortlich sind, holen sich jeweils am Montag jeder Woche das Adressenmaterial der Bürger, die sich aus Westdeutschland in Potsdam aufhalten, aus der Abteilung Innere Angelegenheiten und übergeben es den Wohnbezirksausschlüssen der Nationalen Front, damit mit den Bürgern aus Westdeutschland Aussprachen geführt werden können.“

Die koordinierende Rolle der Abteilungen Innere Angelegenheiten bei der Durchführung der „Betreuung“ der Besucher im Sowjetsektor von Berlin wird weiterhin besonders deutlich aus dem als Anlage 6 beigefügten „Maßnahmenplan zur Organisation der politischen Arbeit mit den Besuchern aus Westdeutschland während des Weihnachtsreiseverkehrs 1958 in den Stadtbezirken von Berlin“, der von der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Stadtbezirks Berlin-Köpenick herausgegeben wurde.

2. Die „Deutsche Volkspolizei“

Die Abteilungen Innere Angelegenheiten arbeiten bei ihrer Infiltrationstätigkeit eng mit der „Deutschen Volkspolizei“ zusammen. Das Ministerium des Innern der SBZ, Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (HvVP) hat die VP-Dienststellen bereits in seinen „Richtlinien über Maßnahmen zur Einschränkung der Republikflucht und zur Verbesserung der gesamtdeutschen Arbeit im Rahmen der Tätigkeit der Deutschen Volkspolizei“ vom 19. Mai 1954 angewiesen, die Räte der Kreise und die Kreisleitungen der SED bei der Durchführung ihrer

Infiltrationsarbeit zu unterstützen. Wörtlich heißt es in diesen Richtlinien u. a.:

„Von westdeutschen Besuchern, die mit einer Aufenthaltsgenehmigung in die Deutsche Demokratische Republik einreisen, sollen besonders folgende Gruppen zum Verbleib in der Deutschen Demokratischen Republik bzw. zur Übersiedlung bewegt werden: Industrie- und Landarbeiter, werktätige Bauern, Ingenieure, Ärzte, Chemiker u. ä.

Der Besuch solcher Personen ist von den VPKÄ, Abteilung — PM — bzw. den Meldestellen nach der polizeilichen Anmeldung der Kreisleitung der Partei und dem Rat des Kreises zu melden.“

Das Ministerium des Innern der SBZ hat damit alle Dienststellen der Volkspolizei zur „Abwerbung“ — einem Staatsverbrechen nach sowjetzonaler Auffassung — aufgefordert.

Aus diesen „Richtlinien“ wird ferner ersichtlich, daß sich die Kreisleitungen der SED und die Räte der Kreise der SBZ bereits seit 1954 mit der „Abwerbung“ bestimmter Fachkräfte aus Westdeutschland und aus Westberlin befassen.

3. Der „Ausschuß für Deutsche Einheit“

Der sogenannte Ausschuß für Deutsche Einheit wurde 1954 durch einen Beschluß des sowjetzonalen Ministerrates als Organ des Ministerrates gebildet. Er hat seinen Sitz in Berlin W 8, Friedrichstraße 169-170. Vorsitzender des Ausschusses ist der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der SBZ und Vorsitzende der sowjetzonalen LDPD, Dr. Hans BLOCH. Als Sekretär des Ausschusses ist der Alt-Kommunist Adolf DETER tätig.

Aufgabe des Ausschusses ist nach Formulierung DETERs, „die Entwicklung in der DDR über die Grenzen hinaus der westdeutschen Bevölkerung in vielfältiger Form zu vermitteln, die gefährliche faschistische und militaristische Entwicklung in Westdeutschland zu beobachten und die Bevölkerung der DDR sowie die Weltöffentlichkeit darüber zu informieren“ (vgl. „Neues Deutschland“ vom 7. Januar 1959).

Bedeutungsvoll sind die Bemühungen des Ausschusses, durch die Veröffentlichung entstellten oder tendenziös ausgewählten Materials die Bundesrepublik bzw. Westberlin in der Weltöffentlichkeit zu diffamieren und zu verleumdern.

Zur Verbreitung seines „Materials“ bedient sich der Ausschuß mit Vorliebe „Internationaler Pressekonferenzen“. Es sei in diesem Zusammenhang an die Pressekonferenzen vom 30. Mai, 9. September und 26. Oktober 1958 erinnert. Auf der Pressekonferenz am 9. September 1958 verstieg sich der Ausschuß zu der Behauptung, daß in der Bundesrepublik ein „Volksnotstand“ herrsche.

Darüber hinaus versendet der Ausschuß sein Agitationsmaterial an ausgewählte Empfängerkreise mit der Post. Zum Teil wird das Material in Westberlin aufgegeben.

4. Das Staatliche Rundfunkkomitee

Der Rundfunk und in besonderem Maße der Fernsehfunk der SBZ versuchen, die Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins durch geschickt zusammengestellte Unterhaltungssendungen allmählich in „fortschritt-

lichen“ Sinne zu beeinflussen. Auf diese Weise betreibt die SED eine für den politisch unbefangenen Hörer kaum merkbare Infiltrationstätigkeit. Zum anderen aber wird in politischen Sendungen direkter Einfluß auf die Meinungsbildung der Bevölkerung in Westberlin und in Westdeutschland ausgeübt.

In den letzten Monaten ist die Zahl der Sendeanlagen mit einer gleichlaufenden technischen Verbesserung der vorhandenen Anlagen vergrößert worden, um der durch Rundfunk und Fernsehen betriebenen Agitation in der Bundesrepublik eine größere Wirksamkeit zu geben.

Der Deutschlandsender, der Berliner Rundfunk und der deutsche Fernsehfunk unterhalten eigene Mitarbeiter in Westdeutschland und Westberlin. Von ihnen werden Reportagen und Filme aufgenommen, in denen die sozialen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik bzw. Westberlin entsteht und verzerrt wiedergegeben werden. Die Mitarbeiter in Westberlin arbeiten teilweise mit Decknamen nach konspirativen Methoden. Ihren Gesprächspartnern wurde häufig verschwiegen, daß sie es mit Vertretern von Ostsendern zu tun hatten. Auch vor Aufnahmen von militärischen Objekten oder Übungen wird nicht zurückgeschreckt.

Wenngleich Westberlin hiervon auch nicht unmittelbar berührt wird, sei in diesem Zusammenhang auch der sogenannte Deutsche Freiheitssender 904 erwähnt, der seinen Standort in Burg bei Magdeburg hat, dessen Redaktionen sich jedoch im Hause des Staatlichen Rundfunkkomitees in Ostberlin befinden. Er ist ein Instrument des ZK der KPD, das mit seiner Hilfe aus dem Sowjetsektor von Berlin die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete illegale Arbeit der KPD in der Bundesrepublik steuert.

Büro Berliner Rundfunk

Der Berliner Rundfunk unterhält zur Unterstützung dieser Tätigkeit in Berlin W 30, Tauentzienstraße 16, ein sogenanntes Büro Berliner Rundfunk. Es wird von dem in Westberlin ansässigen FDJ-Funktionär Peter NEUHOF geleitet. Es ist zu einem Stützpunkt in der Infiltrationsarbeit gegen Westberlin ausgebaut worden. Durch den Fernschreiber verfügt es über direkten Kontakt zum Sowjetsektor von Berlin.

Ein besonderes Schwerpunktgebiet der Tätigkeit des Büros sind Interviews mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Westberlin zu politischen Fragen, wie die „atomare Ausrüstung der Bundeswehr“ oder Fragen des Handels zwischen Ost und West usw. Diese Interviews werden auftragsgemäß periodisch durchgeführt und später — geschickt geschnitten — über den sowjetzonalen Rundfunk gesendet. Ferner nehmen die Mitarbeiter dieses Büros an allen Aktionen und Versammlungen teil, die die SED, die FDJ und die anderen kommunistischen Massenorganisationen in Westberlin durchführen.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet der „aktuellen Berichterstattung“ ist die Teilnahme der Mitarbeiter des Büros an den Veranstaltungen solcher Organisationen, die nach außen hin als absolut demokratische Vereinigungen erscheinen, deren Arbeit aber in Wahrheit von der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin gesteuert wird. Ferner wird das Büro Berliner Rundfunk von den Kreisleitungen der SED und der kommunistischen Massenorganisationen regelmäßig auf politische, wirtschaftliche oder soziale

Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels

GESCHÄFTSSTELLE WEST

BERLIN-CHARLOTTENBURG SCHLÜTERSTRASSE 39, ZIM. 103 TELEFON 186 10
MONTAG-FREITAG 11-17 UHR

Berlin, den 20. November 1958

Westberlin ist — gemessen an der Zahl der in der Industrie Beschäftigten — die größte Industriestadt Deutschlands; dennoch war es bisher nicht möglich, der Stadt eine wirtschaftliche Grundlage zu geben, die es ihr erlauben würde, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Westberlins Leistungsbilanz schließt Jahr für Jahr mit einem ganz beträchtlichen Defizit ab (1957 = 1,3 Mrd. DM).

Hinzu kommt erschwerend für Westberlin, daß das Nachlassen der konjunkturellen Auftriebskräfte die Wirtschaft unserer Stadt ungleich stärker treffen muß, weil die Westberliner Wirtschaft keine Reservén einzusetzen hat.

Will man Westberlin für die Zukunft eine wenigstens gleich hohe — wenn nicht sogar eine höhere — Beschäftigung sichern, dann muß man in der heutigen Situation mehr denn je darum bemüht sein, neue Absatzmärkte zu erschließen. Schon auf Grund der geographischen Lage sollte es eigentlich das Nachstliegende sein, Westberlin mit seinem natürlichen wirtschaftlichen Hinterland wieder durch einen intensiveren Warenaustausch zu verbinden.

Dieser Notwendigkeit kommt bereits ein Angebot der DDR entgegen, das einen über die schon vereinbarten Warenmengen hinausgehenden Warenaustausch von 1,1 Milliarden DM vorsieht. Zweifellos würde Westberlin daran einen beachtlichen Anteil haben. Eine noch größere Bedeutung für uns Berliner hat aber das kürzlich vom Magistrat unterbreitete Angebot, zusätzlich aus Westberlin für 220 Mill. DM Industrieerzeugnisse zu kaufen, und zwar:

Maschinen, Werkzeuge und Erzeugnisse der Elektrotechnik	80 000 TDM	Druckluftwerkzeuge	
z. B. Werkzeugmaschinen		Waagen	
Prüfmaschinen		Pumpen	1 500 TDM
Maschinen und Apparate für die chemische Industrie		und anderes	
Kraftmaschinen/Getriebe und Antriebsmaschinen/Motoren		Armaturen und	
Autogene und Elektro-Schweiß		Nahrungsmittel und Genußmittel	2 000 TDM
		Textilien und Konfektion	2 000 TDM

Als Gegenlieferung sind vorgesehen:

Frischmilch	100 000 t	Spirituosen	5 000 TDM
Frischgemüse	30 000 t	Sprittrektifikat	0 500 TDM
Weizen	100 000 t	Diverse Lebensmittel und Genußmittel	1 500 TDM
Schweinefleisch	20 000 t	Baumstoffe	3 000 TDM
Zucker	20 000 t	Mineralerzeugnisse	1 200 TDM
Melasse	5 000 t		

Das Angebot ist geeignet, die erwähnten Schwächen in der Auftragslage der Industrie überwinden zu helfen, und stellt somit eine begrüßenswerte Unterstützung der gesamten Westberliner Wirtschaft dar; denn eine höhere Produktion in einzelnen Zweigen der Westberliner Industrie würde zu Einkommenserhöhungen führen, die ihrerseits eine Belebung aller Wirtschaftszweige nach sich ziehen. Die Annahme des Angebotes würde außerdem dazu führen, daß Westberlin, dessen Nahrungsmittelbedarf z. Z. aus unnatürlich weit entfernten Gebieten gedeckt werden muß, erhebliche Kosten einspart.

Wir sind der Auffassung, daß es sich Westberlin gerade in der heutigen Situation nicht erlauben kann, dieses Angebot auszuschlagen, und daß es Aufgabe aller Berliner Wirtschaftskreise und darüber hinaus der gesamten Berliner Bevölkerung sein sollte, den maßgebenden Stellen eine sachliche Prüfung und schließlich die Realisierung des Angebots nahezu legen.

Der Ausschuß zur Förderung des Berliner Handels, der für die Ausweitung und Normalisierung des Ost-West-Handels sowie des Interzonenhandels eintritt, hat die Angebote der DDR und des Magistrats unlängst auf einer erweiterten Mitgliederversammlung zur Diskussion gestellt. Das Interesse war so groß, daß nicht alle Erschienenen Platz fanden. Das hat uns veranlaßt, dieses Thema in einem größeren Kreis erneut zu behandeln.

Bitte, kommen auch Sie zu dieser Veranstaltung, für die wir Ihnen bereits eine Einladung zusandten.

Ergebnisse aufmerksam gemacht, von denen Tonbandaufnahmen für die kommunistische Propaganda zweckmäßig sind. So sind die Mitarbeiter beispielsweise bei Exmittierungen, Streiks und sonstigen Vorkommnissen zugegen, um die Beteiligten zu „interviewen“.

Bei gewissen Anlässen, z. B. Wahlgroßkundgebungen der SED, wird das Büro Berliner Rundfunk als nachrichtendienstlicher Meldekopf eingesetzt, dem regelmäßig Lageberichte gegeben werden. Welchem Ausmaß an Agitation insbesondere die Bevölkerung von Westberlin tagtäglich durch den sowjetzonalen Rundfunk und Fernsehfunk ausgesetzt ist, läßt sich am Beispiel der Aufstellung der politischen Sendungen des sowjetzonalen Rundfunks an einem einzigen Tage in der Zeit von 17.00 bis 22.00 Uhr erkennen (s. Abb. 19).

5. Das Ministerium für Nationale Verteidigung

Das Ministerium für Nationale Verteidigung im Sowjetsektor von Berlin unterhält eine sogenannte *Selbständige Abteilung*, die ausschließlich mit Agitations- und Infiltrationsarbeit gegen die Bundesrepublik einschließlich Westberlin befaßt ist. Obgleich sich die Infiltrationsarbeit dieser Abteilung in erster Linie gegen die Bundeswehr und damit gegen Westdeutschland richtet, wird Westberlin von der Arbeit dieser Abteilung berührt, da sie ihre Agitationstätigkeit nicht auf die Angehörigen der Bundeswehr beschränkt, sondern auch an die wehrfähige Jugend, die Angehörigen der „weißen Jahrgänge“, die ehemaligen Soldaten und Offiziere und besonders an die Mitglieder von Soldaten- und Traditionsverbänden richtet. Agitationsmaterial dieser Abteilung wird in Westberlin verteilt, vor allem aber in großem Umfang von Westberlin aus zur Versendung gebracht.

In der Selbständigen Abteilung, die ihren Sitz in Berlin-Schöneweide, Schnellerstraße, hat, sind folgende Offiziere leitend tätig:

Oberst MROCHEN, Leiter der Abteilung

Oberstleutnant KIENZL, Stellvertreter für organisatorische Arbeit

Major PETRUSCHKE, Stellvertreter für ideologische Arbeit

Oberstleutnant HANDTKE, Kaderleiter

E. Umfang und Finanzierung der Infiltrationstätigkeit

Aus den vorstehend dargestellten Einzelheiten ergeben sich zwingend Rückschlüsse auf das gewaltige Ausmaß der gegen Westberlin und das übrige Bundesgebiet gerichteten Infiltrationsarbeit, die keinen Lebensbereich ausspart.

Da sich die gesamte Infiltrationstätigkeit außerordentlich vielschichtig abspielt, ist es schwierig, konkrete Zahlen für den Umfang dieser Arbeit zu gewinnen. Abgesehen von der Darstellung der Infiltrationsträger und der Untersuchung ihrer speziellen Aufgabengebiete und Arbeitsweisen lassen sich Rückschlüsse auf den Umfang der Tätigkeit insbesondere aus der Zahl der mit dieser Arbeit befaßten Personen, aus der Menge des beschlag-

Major HAHN, stellvertretender Leiter des Sektors Bundeswehr

Hauptmann HÖFER, stellvertretender Leiter des Sektors wehrfähige Jugend, weiße Jahrgänge, Territorialverbände, ehemalige Soldaten und Offiziere

Major DÖLLING, Leiter des Sektors Verteilung

Major ANDRE, Leiter des Sektors Redaktion.

Die Abteilung arbeitet nach konspirativen Methoden. Die einzelnen Sektoren der Abteilung werden gegeneinander abgeschirmt. In ihrer Arbeit versuchen die Mitarbeiter der Abteilung,

alle vorhandenen politischen Gegensätze in der nationalen und internationalen Politik der Bundesrepublik und der NATO-Partner für ihre Ziele auszunutzen und zu vertiefen. Dazu gehören z. B. Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Zahlung von Stationierungskosten und in Fragen der allgemeinen Abrüstung sowie Gegensätze in militär-strategischen Fragen;

in der Zivilbevölkerung Ressentiments gegen die Bundeswehr zu wecken, indem z. B. das undisziplinierte oder unmoralische Verhalten einzelner Bundeswehrehöriger verallgemeinert wird, Manöverschäden aufgebraucht werden oder auf die Höhe der militärischen Ausgaben der Bundesrepublik im Vergleich zu den Ausgaben für soziale Zwecke hingewiesen wird;

„Klassengegensätze“ zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften aufzuzeigen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Freiwilligen und Wehrpflichtigen (wegen unterschiedlicher Besoldung) hervorzu-rufen;

führende Persönlichkeiten der Bundeswehr, Generale und Offiziere durch Wiedergabe aus dem Zusammenhang gerissener Einzelheiten aus ihrer Vergangenheit zu diffamieren oder ihr moralisches Verhalten anzugreifen; alle Gegensätze und unterschiedlichen Auffassungen in der Frage der Wiedervereinigung, der Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, der Wehrpflicht usw. innerhalb der Soldaten- und Traditionsverbände für ihre Ziele auszunutzen.

Zur Nachrichtengewinnung und zur Verbreitung des Infiltrationsmaterials in Westdeutschland und in Westberlin hat die „Selbständige Abteilung“ eigene Apparate nach konspirativen Regeln aufgebaut.

nahmen Materials und aus dem finanziellen Aufwand für diese Tätigkeit ziehen.

a) Die Anzahl der in der SEZ und im Sowjetsektor von Berlin hauptamtlich mit Infiltrationsarbeit beschäftigten Funktionäre kann mit mindestens 8000 veranschlagt werden. In diese Zahl sind nur solche Personen einbezogen, deren spezielles Aufgabengebiet in der Arbeit gegen die Bundesrepublik bzw. Westberlin besteht. Nicht einbegriffen sind dagegen die unzähligen Angestellten der Abteilungen Innere Angelegenheiten der Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden oder der Dienststellen der Deutschen Volkspolizei, die durch das Erfassen aller Besucher aus dem Westen und durch deren

Weitermeldung an die einzelnen Träger der Infiltrationsarbeit indirekt täglich Hilfsdienste leisten. Auch die Mitglieder der Kommissionen für Gesamtdeutsche bzw. Gesamtberliner Arbeit bei den Bezirks- und Kreisausschüssen der NF und in den VE-Betrieben sind in dieser Zahl nur zum geringen Teil erfaßt.

Ihre richtige Würdigung erhält diese geschätzte Zahl von 8000 hauptamtlichen mit Infiltrationsarbeit beschäftigten Funktionären erst dann, wenn man bedenkt, daß diesem Apparat allein in Berlin mit den ca. 6000 SED-Mitgliedern in Westberlin, den rund 10 000 Kampfgruppenangehörigen und den Zehntausenden von SED-Mitgliedern im Sowjetsektor von Berlin eine straff organisierte, jederzeit einsatzfähige Kadertruppe zur Verfügung steht, über die nach Belieben verfügt werden kann. (Dabei sind die Mitglieder der Massenorganisationen nicht berücksichtigt.)

b) Der Umfang des beschlagnahmten illegalen Agitationsmaterials ist in Westberlin, bedingt durch die offenen Sektorengrenzen, verhältnismäßig gering. Die Einschleusung bietet keinerlei Schwierigkeiten.

Wenn trotzdem im Oktober 1958 47 300 Sendungen und im November 1958, bedingt durch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, 83 000 Sendungen von der Post auf Grund der Verordnung 501/504 der Alliierten Kommandatur von der Weiterbeförderung ausgeschlossen worden sind, so läßt diese Zahl Rückschlüsse auf das überhaupt in diesem Zeitraum verteilte Agitationsmaterial zu.

In der Bundesrepublik einschließlich Westberlin werden nach amtlichen Unterlagen monatlich im Durchschnitt ca. 500 000 Stück kommunistischen Agitationsmaterials beschlagnahmt. Die Gesamtzahl des in der Bundesrepublik einschließlich Westberlin zur Verteilung gelangenden Agitationsmaterials wird auf monatlich ca. 10 Millionen Stück geschätzt.

Ferner werden in jedem Monat regelmäßig etwa 100 000 Exemplare der einzelnen Presseorgane der SED, abgesehen von den unzähligen Betriebszeitungen, in Westberlin verteilt. Diese Zahlen ermöglichen ein annäherndes Bild von dem Umfang der insbesondere gegen Westberlin gerichteten Infiltrationsarbeit.

c) Aus den vorstehenden Angaben wird ersichtlich, daß diese Infiltrationstätigkeit der Kommunisten einen erheblichen finanziellen Aufwand verursacht. Eine Ge-

samtsumme der Unkosten der Infiltrationsarbeit kann konkret jedoch nicht angegeben werden, da die Unkosten von den einzelnen Trägern der Infiltrationsarbeit häufig selbst getragen werden müssen. So hat jeder VE-Betrieb in seinem Betriebskollektivvertrag (BKV) von vornherein bereits eine bestimmte Summe für die Infiltrationsarbeit vorgesehen, die er aus seinem eigenen Aufkommen bestreitet und nicht ersetzt bekommt. Das gilt in gleicher Weise für einen großen Teil der Infiltrationsarbeit, soweit sie innerhalb der SBZ durch staatliche Organe getragen wird.

Die gesamten Beträge in DM West hingegen sowie die Zuschüsse in DM Ost, die die einzelnen Infiltrations-träger, insbesondere die Massen- und Tarnorganisationen, die NF und die sogenannten bürgerlichen Parteien der SBZ für ihre Infiltrationsarbeit erhalten, werden an zentraler Stelle im ZK der SED verwaltet. Über die Verteilung und Aufschlüsselung der Mittel auf die einzelnen Infiltrationsträger entscheidet das Politbüro in Verbindung mit dem Leiter des Arbeitsbüros. Hinsichtlich der Bereitstellung und Kontrolle dieser Mittel arbeitet das Arbeitsbüro mit der Abteilung Finanzen des ZK der SED und mit der Zentralen Revisionskommission zusammen.

Der Gesamtbetrag der dem ZK der SED zur Verfügung stehenden Mittel für die Infiltrationsarbeit ist mit mindestens jährlich 50 Millionen DM West und 250 Millionen DM Ost zu veranschlagen. Diese Summe ist eher zu niedrig als zu hoch geschätzt, wenn man bedenkt, daß z. B. allein dem Zentralvorstand der IG Bergbau im Jahre 1957 ca. 1 Million DM West für seine Infiltrationsarbeit zur Verfügung stand und daß eine solche relativ kleine Tarnorganisation wie die Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Deutschen Volks- und Laienkunst (vgl. unter D III) über rund 400 000,— DM West im Jahr verfügen konnte.

Die Bereitstellung der erforderlichen Beträge in DM West erfolgt durch die Deutsche Notenbank in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Finanzen der SBZ. Die Beträge werden im wesentlichen aus dem Aufkommen der Deutschen Reichsbahn und insbesondere der Berliner S-Bahn an DM West gewonnen. Daneben stehen die aus Autobahn- und Wasserstraßengebühren stammenden Mittel den sowjetzonalen Machthabern ebenfalls zur Verfügung.

Verzeichnis der Abbildungen

Verzeichnis der Abkürzungen

Anlagen

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1	Strukturskizze des Ministeriums für Staatssicherheit	Abb. 11	Infiltrationstätigkeit der SED
Abb. 2	Handschriftliche Aufzeichnungen des Generalmajors LINKE über die Aufgaben der Verwaltung für Koordinierung	Abb. 12	Agitation der SED und des FDGB
Abb. 3	Strukturskizze der Verwaltung für Koordinierung	Abb. 13	Betriebsarbeit der SED
Abb. 4	Zersetzungsschreiben	Abb. 14	Betriebsarbeit des FDGB und der Volkseigenen Betriebe
Abb. 5	Anleitungen zur Briefagitation	Abb. 15	Tätigkeit des „Demokratischen Frauenbundes Berlin“
Abb. 6	Beispiele zur Briefagitation	Abb. 16	Flugblätter des „Demokratischen Frauenbundes Berlin“
Abb. 7	Übersichtsplan: Infiltrationstätigkeit der SED	Abb. 17	Anweisung des DFB für die Arbeit in Westberlin
Abb. 8	Strukturskizze einer Westberliner SED-Kreisleitung	Abb. 18	Tätigkeit des „Ausschusses zur Förderung des Berliner Handels“
Abb. 9	Infiltrationstätigkeit der SED und des FDGB	Abb. 19	Politisches Tagesprogramm des sowjetischen Rundfunks
Abb. 10	Berichterstattung über „Aussprachen“		

Abkürzungen

BdD	Bund der Deutschen	LV	Landesverband
BKV	Betriebskollektivvertrag	MfS	Ministerium für Staatssicherheit
BPO	Betriebs-Partei-Organisation	ND	Nachrichtendienst
BV	Bezirksverwaltung	NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union	NF	Nationale Front des demokratischen Deutschlands
DAM	Deutscher Allgemeiner Mandolinbund	NMD	Nationale Mittelpartei Deutschlands
DAS	Deutscher Allgemeiner Sängerbund	NTS	Nazionalno Trudovoy Sojus
DDR	Deutsche Demokratische Republik		Nationaler Arbeitsverband (russische Emigrantenorganisation)
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin	OP	Operativ-Punkt
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands	OPE	Operativ-Punkt Erfurt, Gera, Suhl
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft	OPL	Operativ-Punkt Leipzig, Chemnitz, Kottbus
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	OPM	Operativ-Punkt Magdeburg, Halle
DKB	Deutscher Kulturbund	OPS	Operativ-Punkt Schwerin, Rostock
DM	Deutsche Mark	PKK	Partei-Kontrollkommission
DP	Deutsche Partei	PV	Parteivorstand
DS	Deutscher Sportausschuß	RU	Razvedyvatelnoe Upravlenie (Abwehrendienst des sowjet. Generalstabes)
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft	SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	SND	Sowjetischer Nachrichtendienst
FDJ	Freie Deutsche Jugend	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei	SSD	Staatssicherheitsdienst
FVP	Freie Deutsche Volkspartei	STAG	Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst
GST	Gesellschaft für Sport und Technik	TH	Technische Hochschule
HA	Hauptabteilung	UFJ	Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung	VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
HVDVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei	VEB	Volkseigener Betrieb
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation	VfK	Verwaltung für Koordinierung
IWE	Informationsbüro West	VP	Volkspolizei
KGB	Komitee Gosudarstvennoi Bezopasnosti	VPKA	Volkspolizeikreisämter
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	VPO	Verband politischer Ostflüchtlinge
KV	Kreisverwaltung	VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
KVP	Kasernierte Volkspolizei (getarnte Vorläuferorganisation der Nationalen Volksarmee)	WGB	Weltgewerkschaftsbund
KZ	Konzentrationslager	ZK	Zentralkomitee
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands	ZPKK	Zentrale Partei-Kontrollkommission
		ZV	Zentralverband

Plan für die Vorbereitung und Durchführung der II. Gesamtdeutschen Sportkonferenz

(Abschrift)

I. Tagungsort Leipzig; Kongreßhalle am Zoo

Verantwortlich für die Konferenzen:

Rudi REICHERT, Deutscher Sportausschuß

Tagungsleitung: Heinz KITZIG

Termin: 19. und 20. 8. 1954

Teilnehmer: Insgesamt 900

davon 350 Westdeutschland,

100 Westberlin

und 520 aus der DDR.

Für die Einladung der westdeutschen Teilnehmer verantwortlich: Sepp KAMM

Termin: 1. Berichterstattung am 5. 8. 1954

2. Berichterstattung am 12. 8. 1954

Verantwortlich für die Einladungen der Teilnehmer aus Westberlin: Max SALEWSKI, Berliner Sportausschuß

Termin: 1. Berichterstattung am 5. 8. 1954

2. Berichterstattung am 12. 8. 1954

Die Zahl der Teilnehmer der DDR-Sportler und Funktionäre gliedert sich wie folgt:

a) 200 Sportler und Funktionäre der Präsidien und Sektionen

Verantwortlich: Die Leiter der Fachabteilungen im Staatl. Komitee

b) 200 Funktionäre der Sportvereinigungen

Verantwortlich: Abt. Körperkultur und Sport, Werner KAUFMANN

c) 80 Funktionäre der Bezirks- und Kreiskomitees

Verantwortlich: Org.-Inspektion Staatl. Komitee, Gerhard HEIDLER

d) 30 Sportstudenten

Verantwortlich: Sportlehranstalten Staatl. Komitee, Günter HEINZE

e) 10 Mitglieder des Deutschen Sportausschusses

Verantwortlich: Leni SCHULZ, Deutscher Sport.

Termin 1. 8. 1954

Verantwortlich für die Absendung der Einladungen der DDR-Sportler: Org.-Büro Leipzig, Herbert VOLLSTADT

Verantwortlich für die Einladungen der DDR-Sp. und Funktionäre: Die o. a. Verantwortlichen

Verantwortlich für die Kontrolle und Übermittlung der Einladungskarten: Werner BERG.

Zur Konferenz werden außerdem 30 Ehrengäste eingeladen, und zwar:

15 Ehrengäste aus der DDR

15 Ehrengäste aus Westdeutschland

Verantwortlich für die Absendung der Einladungen: Herbert VOLLSTADT.

Auf der Konferenz werden je 10 Sportler bzw. Funktionäre aus der DDR und aus Westdeutschland sprechen.

Verantwortlich für die Anleitung und Vorbereitung dieser Diskussionsreden:

aus Westdeutschland: Sepp KAMM, Deutscher Sportausschuß

aus der DDR: Alfred HEIL, Staatl. Komitee

II. Organisatorische Vorbereitung der Konferenz in Leipzig:

Für die Bereitstellung der Kongreßhalle, der Quartiere (Privat- und Hotelquartiere für die Ehrengäste) sowie für die Bereitstellung der Verpflegung sind die Vorbereitungen von der westdeutschen Abteilung des Org.-Komitees des 1. Deutschen Turn- und Sportfestes zu treffen.

Verantwortlich: Gerhard GEBHARDT
für die Kontrolle: Herbert VOLLSTADT

Die Ausgestaltung der Kongreßhalle wie folgt:

Bühne: blau

Präsidium: grau

Rednerpult: grau

Blumendekoration vor dem Präsidium und auf der Bühne im Werte von 500,— DM.

Vor der Bühne rechts und links je drei geraffte Fahnen Schwarz-Rot-Gold.

Galerie mit den Farben: Schwarz-Rot-Gold.

Losungen: Bühnenwand — Unser Sport dient dem Frieden und der Völkerfreundschaft —

Galerie rechts und links — Das Gebot der Stunde Deutsche an einen Tisch — Für friedliche Entwicklung des deutschen Sportes in Einheit, Frieden und Freiheit —

Galerie Eingangsseite — Sportliche Siege sind Friedens-taten —

Am Eingang zur Kongreßhalle wird ein Transparent angebracht mit der Losung: — Wir grüßen die Teilnehmer der II. Gesamtdeutschen Sportkonferenz —

Für den Einlaßdienst zur Kontrolle der Einladungen sind 20 Ordner zur Verfügung zu stellen.

Verantwortlich: Gerhard GEBHARDT.

Zum reibungslosen Ablauf der Konferenz wird in der Kongreßhalle ein Org.-Büro eingerichtet.

Dazu gehören folgende Freunde:

Werner BERG, verantwortlicher Leiter
Isolde KRÜGER
Gerhard GEBHARDT
Hermann SACHSE

Zusätzlich für das Schreibzimmer:

Leni SCHULZ
Elisabeth IFFLANG
Anneliese FLASCHE
Gisela KLINGSPORN

Das Org.-Büro wird am 10. 8. 1954 besetzt.

Die Aufgaben des Org.-Büros: Auswahl der Diskussionsredner und Kontrolle der ausgearbeiteten Diskussionsbeiträge.

Betreuung der westdeutschen Teilnehmer während der Konferenz.

Fertigstellung und Ausgabe der Delegierten-Mappen, Vorbereitung und Durchführung der Kulturveranstaltungen.

Aufstellung und Kontrolle des Zeitplanes, Schaffung aller technischen Voraussetzungen wie Beschaffung, Beleuchtung, Bestuhlung, Einladung der Presse und Rundfunk und Einladung der Pressestenographen und Stenotypistinnen.

Organisierung einer Ausstellung der in der DDR herausgegebenen Sportliteratur.

III. Präsidium

Es wird ein Präsidium aus 30 bis 35 Personen gebildet. Dazu werden nach Absprache mit dem Leiter der Konferenz, Rudi REICHERT, die Namen festgelegt.

Verantwortlich: Werner BERG

Termin: 12. 8. 1954

IV. Ablauf der Konferenz

1. Musikstück. Sportlertmarsch (Sport der Millionen)
2. Eröffnung und Begrüßung: Heinz KITZIG
3. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen

4. Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Herrn Erich UHLIG

5. Referat:

Der Weg zum weiteren Aufstieg im Deutschen Sport:
Rudi REICHERT

6. Diskussionen:

Innerhalb der Diskussion wird die Konferenz durch den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig eine Delegation des Oberliga-Kollektivs der BSG Chemie Leipzig und eine Delegation der Jungen Pioniere begrüßen.

7. Bericht der Kommissionen

8. Beschlußfassung:

- a) Das Nationale Sportprogramm
- b) Wahl eines ständigen Präsidiums
- c) Aufruf an alle deutschen Sportler zur Verwirklichung der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse

9. Schlußwort: Rudi REICHERT

10. Schlußlied: „Sonne, Sonne, scheine heller ...“ mit Orchesterbegleitung

Am Abend des 1. Tages der Konferenz findet in der Kongreßhalle eine Kulturveranstaltung statt, an der mitwirken:

Die Sportwerbegruppe der Stadt Leipzig und die Söhler Volksinstrumentengruppen Herbert ROTH

Verantwortlich für den Ablauf der Kulturveranstaltung: das Org.-Büro.

V. Ausarbeitungen

a) Das nationale Sportprogramm wird von dem Sportfreund Rudi REICHERT überarbeitet und fertiggestellt.

Termin: 7. 8. 1954

b) Das Referat „Der Weg zum weiteren Aufstieg im Deutschen Sport“ wird von den Sportfreunden Hermann SACHSE und Rudi REICHERT ausgearbeitet.
Termin: 12. 8. 1954

Redaktionskommission:

1. Alfred HEIL, Staatl. Komitee für Körperkultur und Sport
2. Hermann SACHSE, Deutscher Sportausschuß
3. Rainer GLOCKNER, Westdeutschland
4. Ernst von ASSELT, Westdeutschland

**Auszüge aus dem Perspektivplan
und den Erläuterungen zum Valuta-Plan für 1956
der „Studien- und Arbeitsgemeinschaft
zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst (StAG)“**

(Abschrift)

Zur Zielsetzung der StAG heißt es in dem Perspektivplan und in den Erläuterungen
zum Valutaplan für 1956 wie folgt:

„Es ist die wichtigste Aufgabe der Studien- und Arbeitsgemeinschaft, in Westdeutschland die fortschrittlichen Kräfte der Volkskunst zu fördern. Unter Einhaltung und Auswertung der Beschlüsse des Zentralkomitees und Berücksichtigung der gegebenen politischen Situation muß sie mit den vielfältigen Mitteln des künstlerischen Volksschaffens der Arbeiterklasse in Westdeutschland helfen, ihre gesellschaftlichen und kulturellen Positionen zu halten und aufzubauen, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu fördern. Sie kann diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie eng mit den Genossen und Funktionären der KPD zusammen arbeitet, wenn es ihr vor allem gelingt, sich legale demokratische Positionen zu schaffen, die ein wesentlicher Ausgangspunkt der Zusammenarbeit mit den Genossen der SPD und fortschrittlichen Parteiloosen sind.“

„Für diese Arbeit ist es wichtig, im Kreis unserer westdeutschen Partner die Erkenntnisse der gesellschaftlichen Funktion der Volkskunst durchzusetzen. Nur, wenn wir unseren westdeutschen Partnern helfen, die gesellschaftliche Funktion der Volkskunst zu erkennen, werden sie stärker als bisher im politischen Kampf der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik in Erscheinung treten.“

„Die politische Entwicklung macht es notwendig, einige Gruppen in Westdeutschland auf ein hohes künstlerisches Niveau zu heben bzw. solche Gruppen neu zu bilden, ihnen bei der Entwicklung eines guten Repertoires zu helfen, westdeutsche Fachkräfte dafür einzusetzen und zu honorieren und die minimalsten materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Derartige Gruppen sind

beweglicher, immer einsatzbereit und gefährden politische Veranstaltungen weniger als es beim Einsatz von Gruppen aus der DDR wiederholt festgestellt wurde.“

„Der politische und soziale Kampf der Arbeiterklasse muß mit den Mitteln des künstlerischen Volksschaffens wesentlich unterstützt werden.“

„Die gegenwärtige politische Situation, bestimmt von der Existenz zweier Staaten mit verschiedenen sozialen Ordnungen auf deutschem Territorium, verpflichtet uns, das Repertoire aller Volkskunstgruppen, in erster Linie jener, die in unseren Partnerverbänden organisiert sind, so zu entwickeln, daß eine unmißverständliche Aussage gegen den wiedererstehenden deutschen Militarismus und Faschismus gewährleistet ist und die Unteilbarkeit unserer nationalen Kultur unterstreicht.“

Der konsequente Kampf gegen den Militarismus und Faschismus in Westdeutschland ist gleichzeitig der Kampf für eine soziale Ordnung, wie sie im ersten Arbeiter- und Bauernstaat gegeben ist. Die vorbildliche Förderung der Volkskunst in diesem Staat trägt wesentlich zur Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik in der westdeutschen Bevölkerung bei.“

„Die Studien- und Arbeitsgemeinschaft muß in die Lage versetzt werden, bei bestimmten politischen Situationen wirkungsvoll, aktuell und schlagfertig zu wirken. Um hierzu bessere Voraussetzungen zu schaffen, muß für alle Fachgebiete ein Einsatzplan erarbeitet werden. Dieser Einsatzplan ist kein starres System, sondern muß entsprechend der jeweiligen gesellschaftlichen Situation in Westdeutschland variabel und trotzdem schlagkräftig sein.“

Abschrift des Valutaplans 1956 der Studien- und Arbeitsgemeinschaft

zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst

sowie des Nachweises und der Spezifizierung der Valutabeträge

(Abschrift)

Valuta-Plan 1956

I. Kulturpolitische Arbeit

1. Arbeit mit den Verbänden (DAS, DSB, DAM, DMGB, H. und Vb.-Sp.V. Saargebiet) je 4 000 DM	=	24 000 DM	
2. Fachlehrgänge für alle Sparten Plan: 2 Einwochenlehrgänge für alle Gebiete 1 Lehrgang = 6 000 DM $\times$ 2 $\times$ 4	=	48 000 DM	
3. Fachseminare (Wochenendlehrgänge) 3 je Fachgebiet 1 Seminar = 1 000 DM $\times$ 3 $\times$ 4	=	12 000 DM	
4. Aufbau und Unterstützung von Gruppen (1 Ensemble, 1 Chor, 1 Laienspielgruppe)	=	10 000 DM	94 000 DM

II. Operative Arbeit in Westdeutschland

1. Stützpunkte: Hamburg, Hannover, Karlsruhe, } pro Stützpunkt Offenbach, Köln, München, Berlin } und Monat 1 100 DM	=	7 700 DM $\times$ 12 92 400 DM 9 600 DM	
2. Präsidium-Westdeutschland monatlich 800 DM $\times$ 12	=	9 600 DM	
3. Zeitschrift „Volkskunst“ monatlich 1 500 DM $\times$ 12	=	18 000 DM	120 000 DM

III. Für Fachausschüsse

a) Chor	43 000 DM	
b) Laienspiel	21 700 DM	
c) Musik	21 700 DM	
d) Tanz	21 600 DM	108 000 DM

IV. Großveranstaltungen

a) Chorkongreß	5 000 DM	
b) Chorfestival Paris	15 000 DM	
c) Parkfestspiele Potsdam	8 000 DM	
d) Laienspieltag	8 000 DM	
e) Tag der Volksmusik	8 000 DM	
f) Tag des Volkstanzes	8 000 DM	
g) Weltfestspiele	6 000 DM	
h) Eisenach	10 000 DM	68 000 DM
		390 000 DM

Bemerkung zu III.:

Die für die Arbeit der einzelnen Fachausschüsse festgesetzten Beträge sind für folgende Ausgaben vorgesehen:

1. Reisekosten von Einzelpersonen und Delegationen von und nach Westdeutschland.
2. Austauschveranstaltungen mit Gruppen in Westdeutschland und der DDR.

Berlin, den 19. Oktober 1955

I. Arbeit mit und in den Verbänden

1. Realisierung der bestehenden Abkommen

- a) Reisen der westdeutschen Verbandsfunktionäre in die DDR (mtl. 1 Reise von 1 Funktionär jedes Verbandes)

Fahrtgeld: $4 \times 40 \text{ DM} = 160 \text{ DM} \times 12 \dots\dots\dots = 1\,920 \text{ DM}$

- b) Reisen des gleichen Personenkreises in die Bundesrepublik in unserem Auftrage

Fahrtgeld: $4 \times 60 \text{ DM} = 240 \text{ DM} \times 12 \dots\dots\dots = 2\,880 \text{ DM} \quad 4\,800 \text{ DM}$

2. Arbeit der gesamtdeutschen Gremien

- a) Reisen d. westdt. Mitglieder in die DDR (mtl. 1 Reise f. 2 Mitgl. jed. Gremiums = 8 Personen)

Fahrtgeld: $8 \times 40 \text{ DM} = 320 \text{ DM} \times 12 \dots\dots\dots = 3\,840 \text{ DM}$

- b) Reisen der DDR-Mitgl. i. d. Bundesrepublik (mtl. 1 Reise f. 2 Mitgl. jedes Gremiums = 8 Personen)

Fahrtgeld: $8 \times 50 \text{ DM} = 400 \text{ DM} \times 12 \dots\dots\dots = 4\,800 \text{ DM}$

Tagegeld: für 3 Tage ($8 \times 3 = 24$) $24 \times 18 \text{ DM} = 432 \text{ DM} \times 12 = 5\,184 \text{ DM}$

- c) Durchführung von 3 Fachkongressen in der DDR

Fahrtgeldzuschuß f. westdt. Teilnehm.

Chor = 300

Musik = 180

Laienspiel $220 = 700 \times 40 \text{ DM} \dots\dots\dots = 28\,000 \text{ DM}$

Arbeitsausfall f. 50 Pers. je 2 Tage = $50 \times 20 \text{ DM} \dots\dots\dots = 1\,000 \text{ DM}$

- d) Durchführung einer „Studienwoche Volkstanz“ mit 150 Teiln. aus Westdeutschland

Fahrtgeldzuschuß: $150 \times 20 \text{ DM} \dots\dots\dots = 3\,000 \text{ DM}$

Arbeitsausfall: 15 Pers. je 5 Tage $75 \times 10 \text{ DM} \dots\dots\dots = 750 \text{ DM}$

- e) Unkosten f. Regionalbesprechungen (8 Reg.-Bespr. auf den 4 Fachgeb. = 32) mit je 15 Teiln. pro Teiln.:

Fahrtgeld: Hin- und Rückfahrt $\dots\dots\dots 20 \text{ DM}$

Verpflegung $1\frac{1}{2}$ Tage $\dots\dots\dots 10 \text{ DM}$

Unterkunft $\dots\dots\dots 6 \text{ DM}$

$36 \text{ DM} \quad 25\,536 \text{ DM} \quad 72\,110 \text{ DM}$

$36 \text{ DM} \times 15 = \dots\dots\dots 540 \text{ DM}$

Miete $\dots\dots\dots 30 \text{ DM}$

Material $\dots\dots\dots 10 \text{ DM}$

Lohnausfall $\dots\dots\dots 30 \text{ DM}$

Honorar $\dots\dots\dots 30 \text{ DM}$

Fahrtgeld f. 2 DDR-Teiln. à 25 DM $\dots\dots\dots 50 \text{ DM}$

Tagegeld f. 2 Pers. je 3 Tage $6 \times 18 \text{ DM} \dots\dots\dots 108 \text{ DM}$

798 DM

$798 \text{ DM} \times 32 = 25\,536 \text{ DM} \dots\dots\dots 76\,910 \text{ DM}$

3. Zusammenarbeit mit and. westdt. Verbänden

- a) Reisen von Verbandsfunktionären in die DDR — 2 Reisen im Jahr von 2 Vertretern jed. Verbandes (10 Verbände)

$4 \times 10 = 40$ Pers.

Fahrtgeld: 40×50 DM = 2 000 DM

- b) Empfang von Studiendelegationen dieser Verbände, je Verband 3 Delegationen zu 3 Pers. im Jahr = 90 Pers.

Fahrtgeld: 90×40 DM = 3 600 DM

- c) Reisen von Mitgl. der 4 DDR-Fachausschüsse, mtl. 2 Funktionäre ($2 \times 4 = 8$)

Fahrtgeld: 8×50 DM = 400 DM

Tagegeld: 8 Personen je 3 Tage 24×18 DM = 432 DM

832 DM

$832 \text{ DM} \times 12$ = 9 984 DM

- d) Reisen von Gruppen-Delegationen der DDR zum Abschluß von Freundschaftsverträgen — 3 Delegationen mit je 2 Personen im Monat

Fahrtgeld: 6×50 DM = 300 DM

Tagegeld: 6×3 Tage = 18×15 = 270 DM

570 DM

$570 \text{ DM} \times 12$ = 6 840 DM

Delg. i. d. DDR — 3 Deleg.-Reisen mit je 3 Personen im Monat

Fahrtgeld: 9×40 DM = 360 DM

$360 \text{ DM} \times 12$ = 4 320 DM

26 744 DM

4. Ideologisch-künstlerische Anleitung westdeutscher Gruppen

- a) 4 Einsätze eines Künstlers je Fachgebiet (4), Dauer eines Einsatzes: 2 Wochen

pro Einsatz:

Fahrtgeld: 80 DM

Tagegeld: 14×18 DM = 252 DM

332 DM

$332 \text{ DM} \times 16$ = 5 312 DM

- b) Jährlich 4 Seminare je Fachgebiet (4) mit je 10 Teilnehmern

Kosten für 1 Seminar:

pro Teilnehmer $36 \text{ DM} \times 10$ = 360 DM

Miete, Material, Honorar usw. = 100 DM

für 2 DDR-Teilnehmer

Fahrtgeld: = 50 DM

Tagegeld: 2 Personen je 3 Tage 6×18 DM = 108 DM

618 DM

$618 \text{ DM} \times 16$ = 9 888 DM

15 200 DM

5. Aufbau selbständiger westdt. Gruppen

- a) Vorbereitende Arbeiten und Kontrolle durch die Sekretäre und Instrukteure der Stud.- u. Arbeitsgem.

3 Pers. im Monat

Fahrtgeld: 3×50 DM = 150 DM

Tagegeld: 3×3 Tage = 9×18 DM = 162 DM

312 DM

$312 \text{ DM} \times 12$ = 3 744 DM

- b) Aufbau von 6 Beispielgruppen

Bedarf für 1 Gruppe im Monat

Honorar für künstlerischen Leiter 250 DM

Mieten 20 DM

Reisekosten für künstlerischen Leiter

Fahrtgeld: = 50 DM

Tagegeld: 3 Tage 1 Person 3×18 DM = 54 DM

374 DM

$374 \text{ DM} \times 6 = 2 244 \text{ DM} \times 10$ = 22 440 DM

26 184 DM

6. Propagandistische und agitatorische Arbeit

a) Unkosten der redaktionellen Mitarbeit an den gen. Zeitschriften		
3 Redaktionsbeauftragte, mtl. 1 Reise		
Fahrtgeld: $3 \times 25 \text{ DM}$	=	75 DM
Tagegeld: $3 \times 2 = 6 \times 18 \text{ DM}$	=	108 DM
Honorare: je Zeitung 80 DM	=	240 DM
		423 DM
$423 \text{ DM} \times 12$	=	5 076 DM
b) eigene Zeitschriften (5000 — 8000)		
Druckkosten:		1 250 DM
Versand:		300 DM
Honorare:		100 DM
Werbekosten:		50 DM
		1 700 DM
Unkosten 1 DDR-Mitarbeiter		
Fahrtgeld:		25 DM
Tagegeld: $2 \times 18 \text{ DM}$		36 DM
		1 751 DM
$1 751 \text{ DM} \times 12$	=	21 012 DM
c) Herausgabe von Broschüren		
Plan 1 Broschüre zu jedem Fachkongreß		
Honorare:		600 DM
Werbekosten:		300 DM
Vertrieb:		300 DM
		1 200 DM
$1 200 \text{ DM} \times 4$	=	4 800 DM
d) Lichtbildervorträge usw. (3 je Fachgebiet)		
Honorar:		100 DM
Miete und Abgaben:		60 DM
Werbekosten:		100 DM
Unkosten für 1 Fachinstrukteur:		40 DM
Tagegeld: $2 \times 18 \text{ DM}$	=	36 DM
		336 DM
$336 \text{ DM} \times 12$	=	4 032 DM

34 920 DM

7. Austauschveranstaltungen

a) nach Westdeutschland vierteljährlich 1 Gruppe aus jedem Fachgebiet		
$= 4 \times 4 = 16$		
Stärke 1 Gruppe: 50 Personen = 800 Personen		
Unkosten pro Person:		
Fahrtgeld:		20 DM
Tagegeld: $3 \times 4 \text{ DM}$	=	12 DM
$32 \text{ DM} \times 800$	=	25 600 DM
Unkosten f. d. leit. Gruppenfunktionäre 2 Pers. je Gruppe = 32 Pers.		
Fahrtgeld: $32 \times 20 \text{ DM}$	=	640 DM
Tagegeld: $3 \text{ Tage} \times 15 \text{ DM} \times 32$	=	1 440 DM
		2 080 DM
b) In die DDR mtl. 2 Gruppen aus jedem Fachgebiet $= 8 \times 12 =$		
96 Gruppen = 3 840 Pers.		
Fahrtgeld: pro Pers. $10 \text{ DM} \times 3 840$	=	38 400 DM
Arbeitsausfall für 200 Pers. = 2 Tage	=	4 000 DM
		42 400 DM
c) DDR-Delegationen zu zentralen Veranstaltungen in Westdeutschland		
Teilnehmer am:		
1. Verbandstag des Heimat- und Volksbühnenspielerverbandes	40 (4)	
2. Verbandstag Saarländischer Volksbühnenbund	20 (3)	
3. Bundesmusikfest DAM	100 (5)	
4. Bundessängerfest DSB	200 (8)	

5. Volkstanzfest Osnabrück	300 (10)		
6. Tag der Harmonika	100 (5)		
7. 5 weitere Veranstaltungen, die noch nicht festliegen	(5 × 30)		
	150 (15)		
in Klammern = Mitglieder der Delegationsleitung			
Fahrtgeld: 910 + 50 = 960 × 20 DM	=	19 200 DM	
Tagegeld: 3 Tage à 4 DM = 12 DM × 910	=	10 920 DM	30 120 DM
Kosten für Vorkommandos:			
7 Vorkommandos je 2 Personen			
Fahrtgeld: 14 × 20 DM	=	280 DM	
Tagegeld: 108 DM × 14	=	1 512 DM	1 792 DM
d) Teiln. von DDR-Teiln. an den Tagungen d. Fürstenecker Kreises (Volkstanz)			
4 Delegationen je 4 Personen = 16			
Fahrtgeld: 16 × 20 DM	=	320 DM	
Tagegeld: 16 × 5 Tage = 80 × 18 DM	=	1 440 DM	1 760 DM
e) Teiln. von DDR-Vertretern an den Tagungen der Arbeitsgem. Laienspiele d. DDR			
4 Deleg. je 2 Pers. = 8 Pers.			
Fahrtgeld: 8 × 20 DM	=	160 DM	
Tagegeld: 8 × 3 Tage = 24 × 18 DM	=	432 DM	
	=		592 DM
			104 344 DM

II. Arbeit mit den Kadern und operative Arbeit

- Arbeitstagungen mit den Mitarbeitern, vierteljährl. 1 Arbeitstag mit 8 Personen aus Westdeutschland = 8 × 3 = 24 Personen
Fahrtgeld: 24 × 40 DM = 960 DM
- Arbeitstagungen des Präsidiums, vierteljährlich 1 Präsidiumstagung mit 10 Personen = 10 × 2 = 20 Personen
Fahrtgeld: 20 × 40 DM = 800 DM
Arbeitsausfall: 4 Personen à 2 Tage = 80 DM
880 DM
- Reisen der Präsidiumsmitglieder in WD. (mtl. Durchschnittssumme)
Fahrtgelder: 80 DM = 80 DM
Tagegelder: 1 × 3 Tage = 3 × 10 DM = 30 DM
110 DM
110 DM × 12 = 1 320 DM
- Unkosten des Präsidiums (monatlich)
 - Personelle Kosten = 600 DM
 - Fahrtgeld = 80 DM
 - Tagegelder 6 × 10 DM = 60 DM
 - Verwaltungskosten = 40 DM
 - Hilfskraft (nicht ständig) = 150 DM
930 DM
930 DM × 12 = 11 160 DM
- Aufgaben auf territorialer Basis, Vorbereitung der Regionalbesprechungen, kulturpolitische Seminare u. d. künstlerische Anleitungen
monatliche Kosten je Stützpunkt
 - Fahrtgelder: (Netzkarte) = 260 DM
 - Tagegelder: 10 Tage à 10 DM = 100 DM
 - Übernachtungen: 10 à 6 DM = 60 DM
420 DM
420 DM × 7 = 2 940 DM × 12 = 35 280 DM

6. Arbeit mit den Verbänden — gemeinsame Vorbereitungen, Verhandlungen zentraler Veranstaltungen, monatliche Kosten je Stützpunkt		
a) Fahrgelder für Dritte	50 DM	
b) Tagegelder für Dritte	20 DM	
	70 DM	
70 DM $\times$ 7 = 490 DM $\times$ 12	=	5 880 DM
7. Personelle Kosten (monatlich je Stützpunkt):		
Pauschale:	450 DM	
Soziale Kosten:	60 DM	
Telefon:	30 DM	
Porto:	10 DM	
Zeitungen und Zeitschriften:	7 DM	
	557 DM	
557 DM $\times$ 7 = 3 899 DM $\times$ 12	=	46 788 DM
8. Eigene Verwaltungskosten:	3 430 DM	105 698 DM
		<u>390 000 DM</u>

Anlage 4

Die Infiltrationsarbeit der Nationalen Front

Als Beispiele für die Infiltrationstätigkeit der Nationalen Front werden nachstehend in Abschrift Auszüge aus Originalmaterialien der NF wiedergegeben.

I. Der Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland beschloß auf seiner Tagung am 15. und 16. Februar 1959 einen „Kampfplan“, in dem es u. a. wie folgt heißt:

„Wir stellen uns die Aufgabe, immer mehr westdeutsche Landsleute über den wirklichen Inhalt dieser Pläne und Vorschläge zu informieren und sie dafür zu begeistern, sich trotz Lüge und Verfolgung in ihrer Heimat für eine Volksabstimmung über die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und für einen Bund der beiden deutschen Staaten einzusetzen.“

Wir stellen uns die Aufgabe, die tausend und aber-tausend Verbindungen, die es innerhalb des deutschen Volkes in zwei deutschen Staaten gibt, die Briefe, Besuche, die Delegationen von Betrieb zu Betrieb, von Dorf zu Dorf, von Volksvertretung zu Volksvertretung, von Organisation zu Organisation einzusetzen für das eine Ziel: Wir wollen gemeinsam den Plan einer atomwaffen-freien Zone und den Plan eines Bundes der beiden deutschen Staaten durchsetzen. Wir wollen erreichen, daß immer mehr Gemeindevertretungen, Stadtparlamente usw., immer mehr politische und gesellschaftliche Organi-sationen offen gegen die Atombewaffnung und den Bau von Raketenabschlußbasen und für die Verständigung der beiden deutschen Staaten auftreten. Vor allem aber wollen wir erreichen, daß Gruppen, Organisationsein-

heiten und ganze Verbände der deutschen Arbeiterbewe-gung in Ost und West gemeinsam für diese Ziele ein-treten, denn erst die Aktionseinheit der deutschen Ar-beiter gibt der Volksbewegung für Frieden und Ver-ständigung den festen Kern, der ihren Sieg garantiert.“

II. Der „Ausschuß der Nationalen Front des Demokra-tischen Deutschland der Hauptstadt Berlin“ nahm in einem „Zwischenbericht über den Stand der Erfüllung des Kampfplanes der Nationalen Front durch die Aus-schüsse im demokratischen Berlin“ vom 13. Mai 1958 eingehend zur Gesamtberliner Arbeit der Nationalen Front Stellung. Wörtlich heißt es in diesem Bericht wie folgt:

„Hier soll am Beispiel eines Stadtbezirkes (Treptow) dargestellt werden, wie sich die Arbeit vollzieht (und im Laufe der nächsten Wochen in allen Stadtbezirken durchgeführt werden soll).“

Im Januar begann das Sekretariat des Stadtbezirksaus-schusses Treptow mit den Vorsitzenden der Wirkungs-bereichsausschüsse die neuen Aufgaben in der Gesamt-berliner Arbeit zu beraten und neue Methoden der Arbeit zu finden. So erhielten alle Wirkungsbereichsausschüsse Patenbetriebe im Patenbezirk Neukölln. Zum gegen-wärtigen Zeitpunkt haben 17 Wirkungsausschüsse in Treptow brieflichen Kontakt mit Neuköllner Bürgern aufgenommen. So z. B. im WBA 32 acht Hausgemein-schaften mit 45 Neuköllner Familien. In vielen Fällen gibt es bereits persönliche Kontakte. So z. B. im Wir-kungsbereich 43 und Wirkungsbereich 10.

(Dort, wo solchen Aktionen keine politischen Auseinandersetzungen in den Wirkungsbereichsausschüssen vorangingen, blieben konkrete Ergebnisse in der Arbeit bisher aus. So erklären die Freunde aus Friedrichshain daß bei ihnen 15 Wirkungsbereichsausschüsse zwar Briefe an Westberliner Häuser geschickt haben, ohne daß bisher nennenswerte Ergebnisse vorliegen. Die Begründung: Unterstützung der Bedeutung solcher Patenschaften und Verbindungen nach Westberlin durch die WBA.)

Die Stadtbezirksschüsse haben den Kampf gegen solche Unklarheiten bereits aufgenommen.

Große Unterstützung in der Westberliner Arbeit sind die Agitationseinsätze der Agitatoren der SED. Der Stadtbezirksschuß Treptow hat ferner mit der „Tribüne“-Verbindung aufgenommen, um gemeinsam die Arbeit durchzuführen ...

Ein Hemmnis in der Gesamtberliner Arbeit besteht darin, daß die Gesamtberliner Arbeit nicht organisiert auf dem Boden der Nationalen Front geleistet wird, sondern daß alle in Westberlin arbeiten, aber nebeneinander arbeiten ...

Um jedoch Überschneidungen zu vermeiden, ist es notwendig, die politische Arbeit nach Westberlin künftig besser zu koordinieren und ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Deshalb werden bei den Stadtbezirksschüssen und dem Berliner Ausschuß der Nationalen Front Arbeitsgruppen für „Gesamtberliner Arbeit“ geschaffen, in denen die Parteien und Organisationen vertreten sind. (Die Konstituierung der Arbeitsgruppe „Gesamtdeutsche und Gesamtberliner Arbeit“ beim BA erfolgt am 29. Mai 1958).“

III. Entsprechend der Forderung des V. Parteitag der SED, ganz Berlin zur „Hauptstadt eines friedlichen und demokratischen Deutschlands“ zu machen, forderte ein Stadtbezirksschuß der Nationalen Front im Sowjetsektor von Berlin in seinem Arbeitsplan für das II. Halbjahr 1958 vom 15. August 1958 die Durchführung folgender Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamtberliner Arbeit:

„Zur Verbesserung der Arbeit schlagen wir vor:

1. Der Stadtbezirksschuß der Nationalen Front bildet bis zum 15. September 1958 eine Arbeitsgruppe für gesamtberliner und gesamtdeutsche Arbeit.
2. Die Wirkungsbereichsausschüsse stellen ständige feste Verbindungen zu ganzen Wohngebieten in ihrem westberliner Patenkreis her, wobei die Hausgemeinschaften direkte Beziehungen zu Hausgemeinschaften in Westberlin anknüpfen mit dem Ziel, regelmäßige Aussprachen durchzuführen, gemeinsame Stellungnahmen zu den aktuellen politischen Ereignissen zu erarbeiten und bei Beschaffung von Aufklärungsmaterial wie Flugblättern, Broschüren usw. zu helfen.
3. Alle verwandtschaftlichen, freundschaftlichen, beruflichen oder sonstigen Verbindungen sind zu nutzen, um der westberliner und westdeutschen Bevölkerung den Weg zur Sicherung des Friedens, zur Beseitigung der Frontstadtpolitik und zur Herstellung guter, dem Frieden und dem Wohlstand beider Teile unserer Stadt dienenden Beziehungen aufzuzeigen.

Die Bildung von Briefzirkeln und der Versand von Aufklärungsmaterialien ist in allen Wohngebieten zu fördern. Insbesondere sind die Kreiszeitungen für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt sowie die Zeitung „Die Wahrheit“ in die ständige Agitationsarbeit nach Westberlin verstärkt einzubeziehen. (Werbung neuer Abonnenten, Übernahme von Patenabonnenten.)

4. Regelmäßig sind westberliner und westdeutsche Bürger dafür zu gewinnen, an politischen und kulturellen Veranstaltungen im demokratischen Sektor teilzunehmen und vor allem auch die Treffpunkte und Klubs der Nationalen Front zu besuchen. Stadtbezirksschuß und WBA tragen Sorge dafür, daß in die Veranstaltungsprogramme der Treffpunkte auch solche Themen aufgenommen werden, die besonders geeignet sind, die gemeinsamen Interessen der Bürger des demokratischen Teils Berlins und des Westsektors hervorzuheben.
5. Mehr als bisher ist den Besuchern aus Westdeutschland durch die Tätigkeit der WBA schon in den Wohngebieten die Möglichkeit zu geben, sich von den Zielen unserer Politik des Friedens und des Aufbaus des Sozialismus zu überzeugen. Durch die rechtzeitige Avisierung von Besuchern aus Westdeutschland ist die Voraussetzung zu schaffen, daß persönliche Gespräche im Wohngebiet durch Vertreter der Nationalen Front geführt werden können.
6. Um eine gute Koordinierung der gesamtberliner und gesamtdeutschen Arbeit zu erreichen, fordern wir alle Vorsitzenden der Wirkungsbereichsausschüsse auf, mit dem zuständigen Patenbetrieb Verbindung aufzunehmen und gemeinsam an die Lösung dieser wichtigen Aufgabe heranzugehen.

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen in Westberlin hängt von der verantwortungsbewußten Lösung dieser Aufgabe sehr viel ab.“

IV. In einer vom Büro des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland herausgegebenen „Fibel der guten Taten für den Sieg des Sozialismus“ fordert die Nationale Front ihre Bezirks-, Kreis- und Ortsausschüsse u. a. zur wirkungsvollen Gestaltung der gesamtdeutschen bzw. Gesamtberliner Arbeit auf, folgende Maßnahmen durchzuführen:

„Sprich mit den Gästen aus Westdeutschland, die Dich, Deine Nachbarn oder Deinen Betrieb besuchen, offen über die politischen Lebensfragen unseres Volkes, die uns heute alle gemeinsam berühren.

Sprich mit Deinem Gast auch darüber, wie man in Westdeutschland die Verhältnisse ändern kann, wie wir gemeinsam den Kampf gegen die Aggressionspolitik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen und gegen ihre NATO-Atomkriegspolitik führen können und wie es uns gelingt, in die Volksbewegung gegen die Politik der Bundesregierung immer mehr Menschen einzubeziehen. Überzeuge ihn, daß der Ernst der Lage zwingt, sich aktiv einzureihen in die breite Front der Gegner der Bonner Kriegspolitik. Bleib mit Deinem Gast weiter in Verbindung. Sende ihm unsere Schriften und Zeitungen für seine Diskussionen ...

Ladet die Besucher zu den Veranstaltungen der Nationalen Front ein, verabredet euch mit ihnen und ihren Gastgebern im Treffpunkt der Nationalen Front, gebt ihnen die Möglichkeit, die Sprechstunden des Volksvertreters mitzuerleben, damit sie sehen, welches neue Verhältnis bei uns zwischen den Wählern und ihren Abgeordneten besteht. Tragt dafür Sorge, daß der Ausschuß der Nationalen Front gemeinsam mit den Räten der Städte, der Kreise und der Gemeinden Besichtigungsfahrten oder Führungen veranstaltet, wo den westdeutschen Gästen die sozialistischen Errungenschaften nahegebracht werden.

Besucht sie auch im Hause des Gastgebers, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wenn es möglich ist, bittet sie zu einer Aussprache mit Vertretern der Stadt, der Parteien und Organisationen. Versäumt nicht, mit westdeutschen Arbeitern und Jugendlichen gesamtdeutsche Aussprachen und Foren durchzuführen, und besprecht mit ihnen den Weg in die Zukunft Deutschlands, die im Sozialismus liegen wird

Schreib unseren westdeutschen Landsleuten, Deinen Verwandten, Bekannten oder Freunden von unserem Leben

in der Deutschen Demokratischen Republik. Sendet ihnen Ausschnitte aus unseren Zeitungen, Flugblätter und wichtige Dokumente, die ihnen die Wahrheit über unsere Republik und über den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zeigen

Protestiert als Hausgemeinschaft gegen jede aggressive Handlung der Imperialisten. Sendet Eure Proteste schriftlich an die Urheber dieser aggressiven Handlungen und unterrichtet Euren Ausschuß der Nationalen Front von Eurer Aktivität

Es ist eine gute Tat, den westdeutschen Patrioten, die gegen die NATO-Kriegsvorbereitungen und die Herrschaft der Militaristen in Westdeutschland kämpfen, solidarisch als Freund zur Seite zu stehen. Schon ein Brief Eurer Hausgemeinschaft zeigt ihnen, daß sie in ihrem Kampf nicht allein sind, stärkt ihre Entschlossenheit. Besonders die Patrioten, die in den Gefängnissen des Adenauer-Staates sitzen, stärkt jeder Gruß aus der Deutschen Demokratischen Republik in der Gewißheit, daß sie in ihrer dunklen Zelle nicht vergessen sind. Bringt Eure Solidarität durch Geldspenden zum Ausdruck, wenn zu solchen Sammlungen aufgerufen wird."

Anlage 5

Der Rat des Bezirks
— Der Sekretär —

....., den 1958

Richtlinie

zur Verbesserung der politischen Arbeit nach Westdeutschland

In seiner Sitzung am und 1958 faßte der Bezirkstag den Beschluß zur Unterstützung der Volksaktion gegen den drohenden Atomtod und stellte fest, daß durch den Beschluß der reaktionären Mehrheit des Bonner Bundestages zur atomaren Bewaffnung der westdeutschen NATO-Armee im Herzen Europas eine neue gefährliche Lage entstanden ist.

Deshalb müssen sich alle Kräfte des Friedens auf die Forderung, die von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes erhoben wird, konzentrieren:

„Die Bundesrepublik muß frei sein von Atom- und Kernwaffen, frei von Abschußbasen dieser Massenvernichtungswaffen werden. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Welt und zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“.

Den Volksvertretungen, ihren Organen, der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands und ihren Gewerkschaften fallen hierbei eine große Verantwortung

zu. Das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Februar 1958 schafft auch die Voraussetzungen für eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen der Nationalen Front, den Gewerkschaften und den staatlichen Organen. Die Erziehung der Volksmassen für die Teilnahme am Kampf um die Erhaltung des Friedens und die sozialistische Entwicklung unserer Heimat ist eine ihrer entscheidenden Aufgaben. Sie werden sich deshalb gründlicher als bisher mit der Rolle der Arbeiter- und Bauernmacht und der Praxis der staatlichen Tätigkeit beschäftigen und in diesem Zusammenhang auch die politische Arbeit nach Westdeutschland wesentlich verbessern müssen.

Dieses neue Gesetz findet nicht nur in unserer Republik seine fruchtbringende Anwendung, sondern muß auch auf Westdeutschland wirkungsvoll ausstrahlen mit dem Ziel, der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu dienen. Das ist besonders deshalb notwendig, da die Wiedervereinigung durch das Verhalten der Bonner Machthaber ungeheuer erschwert

wird. Durch ihre Atomkriegspolitik richten sie immer höhere Schranken zwischen den beiden Teilen unseres Vaterlandes und sind bemüht, im Herzen Europas einen neuen Krieg vom Zaune zu brechen.

Deshalb ist der verstärkte Kampf um die Erhaltung des Friedens im Rahmen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erheblich zu verbessern, um auch den letzten Bürger in beiden Teilen Deutschlands für diesen Kampf zu gewinnen.

Unsere Arbeit nach Westdeutschland muß einen tiefen politischen Inhalt erhalten, muß sich durch offensiv geführte politisch-ideologische Auseinandersetzungen auszeichnen. In der gegenwärtigen Periode des Kampfes der fortschrittlichen Teile der westdeutschen Arbeiterklasse muß die Arbeit nach Westdeutschland besonders zur Unterstützung der Solidaritätsbewegung in Massentreiks und zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse beitragen. Dabei müssen folgende Grundfragen beachtet werden:

Das Kräfteverhältnis in der Welt —

Die Überlegenheit des sozialistischen Lagers —

Die Rolle der Sowjetunion —

Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, zu der beide deutschen Staaten gehören —

Die Entwicklung der Perspektive in Deutschland —

Der Weg der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die neue Qualität in der Arbeit nach Westdeutschland muß dazu beitragen, das vom 30. Plenum des ZK der SED entwickelte Programm des Friedens und der demokratischen Wiedervereinigung im Kampf gegen den Militarismus zielstrebig zu verwirklichen und die Volksbewegung in Westdeutschland für eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu stärken.

Der Rat des Bezirks legt schlußfolgernd aus der bisherigen Arbeit nach Westdeutschland folgende Maßnahmen fest und orientiert die Räte der Kreise auf folgende Schwerpunkte:

1. Für die Arbeit nach Westdeutschland ist der Rat als Kollegialorgan der Volksvertretung gegenüber voll verantwortlich. Die Stellvertreter des Vorsitzenden und die Ratsmitglieder haben in ihrem Aufgabenbereich die Arbeit nach Westdeutschland zu einem ständigen Bestandteil ihrer politischen und fachlichen Arbeit zu machen. Der Sekretär des Rates trägt für die Zusammenfassung der jeweiligen Berichte gegenüber dem Rat die Verantwortung. Das erforderliche Material haben die Ratsmitglieder dem Sekretär quartalsweise zur Verfügung zu stellen.

2. Der Rat des Bezirks und die Räte der Kreise haben bei der Behandlung aller Probleme in den Ratssitzungen die politische Wirkung nach Westdeutschland einzuschätzen und regelmäßig zu dieser Aufgabe Stellung zu nehmen und neue Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit nach Westdeutschland zu beschließen.

3. a) Zur Koordinierung der gesamten Arbeit ist eine ständige Verbindung zur Nationalen Front, den Gewerkschaften und zum Initiativkomitee des Bezirkstages herzustellen.

b) Zur wirkungsvollen Zusammenarbeit hat der Rat des Bezirks dem Bezirkstag Vorschläge zur Erweiterung des Initiativkomitees vorzuschlagen.

4. Mit Hilfe des Rates muß das Initiativkomitee des Bezirkstages stärker in Erscheinung treten und sich konkrete Aufgaben stellen, um noch besser nach Westdeutschland wirken zu können. Hierbei sollten folgende Hinweise Beachtung finden:

a) In Auswertung der politischen Situation muß das Initiativkomitee Empfehlungen an die Kreistage geben. Das Komitee sollte regelmäßig den Bezirkstag über das jeweilige politische Wirken nach Westdeutschland unterrichten und Vorschläge zur Verbesserung desselben unterbreiten.

b) Die Erörterung der politischen Probleme sollte im Mittelpunkt der Arbeit des Initiativkomitees stehen. Dabei geht es jetzt darum, die Arbeiterklasse und die Werktätigen durch die vielfältigsten Formen und Methoden mit einem tieferen marxistisch-leninistischen Wissen zu erfüllen, die politische Auseinandersetzung zu führen und alles zu tun, um das Bewußtsein der Massen zu entwickeln.

c) Das Initiativkomitee sollte darauf achten, daß die Arbeit nach Westdeutschland nicht mehr eine Sache einzelner Gruppen oder einzelner Mitarbeiter ist, die speziell mit dieser Sache betraut waren. Es kommt darauf an, die Enge des Einflusses zu durchbrechen und insbesondere die überwiegende Mehrheit der Arbeiter Westdeutschlands zu erfassen. Dazu ist aber notwendig, daß alle Organe — sowohl des Staatsapparates als auch der Nationalen Front — der Parteien und Massenorganisationen und insbesondere die Gewerkschaften besser als bisher zusammenarbeiten und sich für die politische Arbeit nach Westdeutschland verantwortlich fühlen.

Delegationsarbeit

Noch ungenügend ist im Rahmen der gesamtdeutschen Arbeit der Austausch von Delegationen. So wurden beispielsweise im IV. Quartal 1957 nur 2 Delegierte nach Westdeutschland gesandt. Der Rat der Stadt hat bei der Entsendung von Sportler- bzw. Kulturdelegationen eine gute Methode angewandt, indem er Stadtverordnete diesen Delegationen beigegeben hat. Dadurch war es möglich von den gemeinsamen Sportinteressen auszugehen und fruchtbringende politische Sportgespräche zu führen, die ein gemeinsames Kommuniqué als Ergebnis hatten. Die Mitglieder dieser Delegation konnten weitere Verbindungen zu Kommunalpolitikern und Arbeitern herstellen. Derartige gute Beispiele sind in unserem Bezirk äußerst gering. Insgesamt gesehen ist der politische Einfluß über den Delegationsaustausch weiterhin auszubauen. Die Hauptursache der bisher unbefriedigenden Arbeit liegt in der oft ungenügenden Einschätzung der jeweiligen politischen Situation in Westdeutschland und insbesondere im Patentreise. Daraus ergibt sich auch eine falsche Orientierung der Delegation und mangelnde Ergebnisse in ihrer Arbeit. Aus diesen Mängeln schlußfolgernd ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Es kommt darauf an, zu erkennen, daß die Arbeiterklasse bei uns der Hauptträger der Arbeit nach West-

deutschland ist. Über die Arbeiterklasse muß daher unser Einfluß insbesondere auf die Arbeiter und Kommunalpolitiker in Westdeutschland verstärkt werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind die künftigen Delegationen vorzubereiten.

2. Jeder Delegation, besonders Betriebsdelegationen, sollte ein Kommunalpolitiker angehören. Bereits bei der Zusammensetzung der Delegation und ihrer Aufgabenteilung hat durch den Sekretär des Rates, die Ausschüsse der Nationalen Front in Verbindung mit den Gewerkschaften eine entsprechende Anleitung und Koordinierung zu erfolgen.

3. Jede Delegation sollte einen konkreten Auftrag und eine klare Orientierung erhalten. Die Reisen der Delegation sind in der Regel langfristig vorzubereiten.

4. Jeder Delegationsaustausch muß gründlich ausgewertet und die Ergebnisse dem Sekretär des Rates des Bezirks übermittelt werden.

5. Es kommt nicht darauf an, durch die Delegationen irgendwelche „technische Kontakte“ nach Westdeutschland herzustellen, sondern solche, die den Kampf der Arbeiterklasse für Frieden und Einheit unterstützen.

6. Besondere Vorbereitungen sind beim Empfang von westdeutschen Delegationen zu treffen. Bei ihrer Betreuung kommt es darauf an, über gemeinsame Grundinteressen zu diskutieren. Die praktischen Beispiele der Entwicklung unserer Republik werden helfen, die westdeutschen Besucher von der Richtigkeit unseres Weges zum Sozialismus zu überzeugen. Ähnlich müssen auch die Vorbereitungen bei Einzelbesuchern aus Westdeutschland getroffen werden.

7. Westdeutsche Delegationen sollten insbesondere zu besonderen Anlässen, wie Jahrhundertfeiern, Volksfeste, usw. eingeladen werden. Es muß jedoch in jedem Fall eine ständige, individuelle Betreuung der Teilnehmer gesichert werden. Die Anzahl der einladenden Besucher darf die politische Kraft des Veranstalters nicht überschreiten.

8. Trotz diesem großzügigen Delegationsaustausch muß eine gesunde Wachsamkeit geübt werden. Den Feinden unserer Republik darf für die Wühl- und Hetzarbeit keinerlei Anknüpfungspunkt gegeben werden. Be-

sondres Augenmerk ist in diesem Zusammenhang der Abwerbung von Bürgern unserer Republik nach Westdeutschland zu widmen und Vorkehrungen zu treffen, die ein solches Vorhaben von vornherein unmöglich machen.

Schriftliche Verbindungen

Eine äußerst große Bedeutung für die politische Einflußnahme auf Westdeutschland hat die schriftliche Übermittlung von Beschlüssen, Dokumenten, Gesetzen und Erklärungen unserer Partei, Volkskammer und Regierung.

Auch auf diesem Gebiet gibt es in unserem Bezirk noch viele Schwächen. Zwar ist das formale Schreiben zum größten Teil überwunden, aber der Inhalt der Briefe läßt noch viel zu wünschen übrig. Insbesondere bleiben vielfach gemeinsame Interessen unbeachtet und werden durch schematisch abgefaßte Resolutionen ersetzt. Als Folge davon bleiben viele Briefe unbeantwortet. Eine weitere Schwäche zeigt sich darin, daß oftmals schon nach dem ersten mißglückten Versuch zur Aufnahme politischer Verbindungen, jede weiteren Bemühungen eingestellt werden. Es ist daher Aufgabe der Räte, sich ständig einen Überblick auf diesem Gebiet zu verschaffen, selbständig auf Veröffentlichungen zu reagieren und den Versand der Materialien systematisch zu organisieren.

Der Briefverkehr muß regelmäßig ausgewertet werden, und die besten Erfahrungen zur Verbesserung der Arbeit aller Räte sind zu verallgemeinern. Besondere Beispiele, die der Bevölkerung Westdeutschlands helfen, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung zu führen, sind in der Presse zu veröffentlichen.

Berichterstattung

Über die Methoden der politischen Arbeit nach Westdeutschland und Erfolge sowie über auftretende Unklarheiten und Probleme, ist dem Sekretär des Rates des Bezirks quartalsmäßig Bericht zu erstatten. Termine der Berichterstattung sind:

(vierteljährlich)

Sekretär des Rates

Anlage 6

Maßnahmeplan

zur Organisation der politischen Arbeit mit den Besuchern aus Westdeutschland

während des Weihnachtsreiseverkehrs 1958 in den Stadtbezirken von Berlin

(Abschrift)

Auf Grund des verstärkten innerdeutschen Reiseverkehrs während der Weihnachtsfeiertage erscheint es dringend notwendig, mit allen Besuchern aus Westdeutschland in ein politisches Gespräch zu kommen.

Um recht viele westdeutsche Bürger zu dieser Aussprache hinzuzuziehen, werden differenzierte Zusammenkünfte vorgeschlagen.

Das Hauptziel dieser Gespräche muß darauf gerichtet sein, den Besuchern die Politik unserer Regierung richtig zu erläutern, d. h. den westdeutschen Bürgern klarzumachen, daß von der Deutschen Demokratischen Republik eine konsequente Friedenspolitik betrieben wird.

Im Vordergrund dieser Gespräche sollte für die oben genannte Zeit die Note der Sowjetunion stehen, die

beinhaltet, daß Westberlin zu einer entmilitarisierten Stadt gemacht und auf der Grundlage einer Freien Stadt bestehen soll. Die in dieser Form in den Weihnachtsfeiertagen durchgeführten Gespräche können keine einmalige Angelegenheit sein, sondern müssen regelmäßig und systematisch unter Mitwirkung aller Partei- und Massenorganisationen in den Wirkungsbereichen für das Jahr 1959 weiter durchgeführt werden.

Um dieses zu verwirklichen, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Die im Stadtbezirk zu Besuch weilenden Rentner sollten von der Volkssolidarität zu den stattfindenden Weihnachtsfeiern unserer Rentner eingeladen werden. Ferner wird vorgeschlagen, in Verbindung mit der Abt. Sozialwesen des Rates des Stadtbezirks mit den westdeutschen Rentnern ein Feierabendheim zu besuchen, um mit den Heiminsassen Gespräche zu führen;
verantwortlich: Volkssolidarität und Sozialwesen
vorgeschlagener Termin: ...
2. Es sind Aussprachen mit westdeutschen Hausfrauen durch den DFD zu organisieren.
Vorgeschlagen wird der Kulturraum;
verantwortlich: DFD und Kulturbund
vorgeschl. Termin:
3. Mit den Arbeitern und Facharbeitern sollten Werk-tätige unserer Betriebe eine politische Diskussion führen.
Vorgeschlagen für diese Aussprachen werden die Betriebe;
verantwortlich: FDGB und Kreis
vorgeschl. Termin: ...
4. Die zu Besuch weilenden Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr sollten durch die Stadtbezirksleitung der FDJ erfaßt werden. Diese muß die Aufgabe übernehmen, in Verbindung mit der FDJ-Leitung eines Betriebes eine Aussprache mit diesen Jugendlichen in Form eines Heimabends durchzuführen;
verantwortlich: FDJ und FDGB
vorgeschl. Termin: ...
5. Für die anderen Berufsschichten, z. B. Lehrer, Kulturschaffende, medizinisches Personal, werden in Verbindung mit den zuständigen Fachabteilungen des Rates des Stadtbezirks Aussprachen geführt;

verantwortlich: Abt. Innere Angelegenheiten
vorgeschl. Termin: ...

6. Die Gastgeber sind zu diesen Ausspracheabenden ebenfalls mit einzuladen.
7. Die erwähnten Ausspracheabende sollen kulturell umrahmt werden.
8. Entsprechendes Agitationsmaterial, das am Schluß der Aussprachen verteilt werden soll, ist durch die Organe der Nationalen Front zu beschaffen.
9. Alle Partei- und Massenorganisationen werden verpflichtet, für die zu führenden Gespräche entsprechende Betreuer zur Verfügung zu stellen.
Bei der Auswahl der Betreuer ist Wert darauf zu legen, daß es politisch qualifizierte Mitarbeiter sein müssen:
verantwortlich: Sekretariat der Nationalen Front
vorgeschl. Termin:
10. Zwecks Auswertung dieser Gespräche ist an das Sekretariat der Nationalen Front innerhalb von 3 Tagen ein kurzer Bericht zu übermitteln, aus dem erkenntlich sein soll, wieviel Einladungen herausgegeben wurden, wieviel Teilnehmer zu der Aussprache erschienen waren und welche grundsätzlichen Hauptfragen auftauchten;
verantwortlich: ...
vorgeschl. Termin: ...
11. Die Abteilung Innere Angelegenheiten verpflichtet sich,
 - a) das entsprechende Adressenmaterial listenmäßig — nach Berufssparten unterteilt — dem Stadtbezirksausschuß der Nationalen Front zu übermitteln. Die Einladungen werden von der Abt. Innere Angelegenheiten geschrieben. Die entsprechenden Kopfbogen der jeweiligen Organisationen sind zur Verfügung zu stellen.
 - b) einen Mitarbeiter der Abt. Innere Angelegenheiten an diesen verschiedenen Ausspracheabenden zur Verfügung zu stellen.
 - c) bei der Auswahl der entsprechenden Betreuer Unterstützung zu gewähren und mit diesem Betreuerkreis eine halbe Stunde vor jedem Ausspracheabend zusammenzukommen, um das politische Gespräch, welches zu führen ist, festzulegen.